

MICHAEL MÜLLER
Poker oder
Energiewende

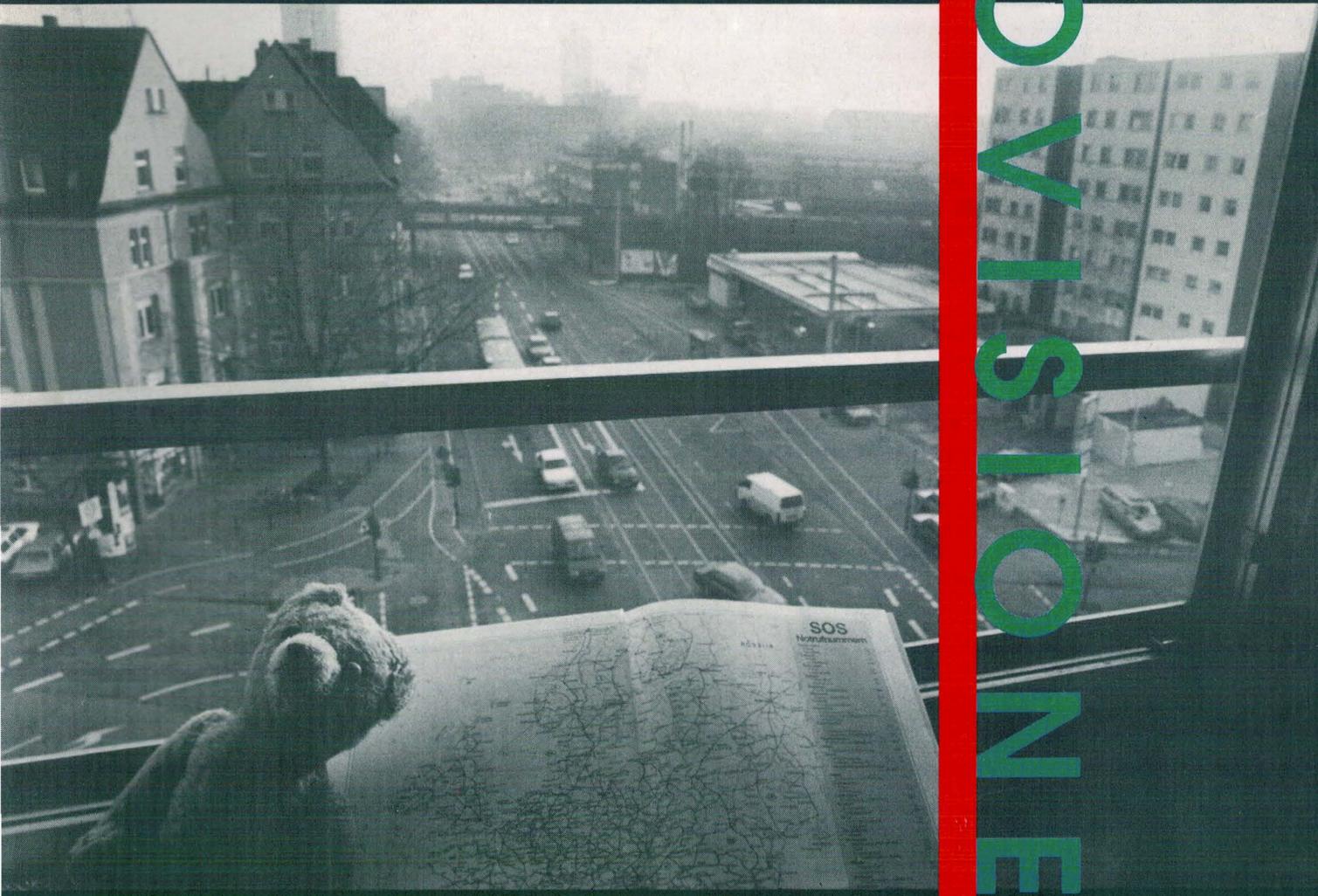
SUSI MÖBBECK
Rassismus und
Identität

MICHAEL BONDER/
BERND RÖTTGER
Eurovisionen:
Abschied von der
Triaden-Politik?

SPW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

EUROVISIONEN





von Uwe Kremer

„Eurovisionen“ - so haben wir den Schwerpunkt dieser spw-Ausgabe überschrieben. Eurovisionen ganz eigener Art präsentierte Ende des letzten Jahres die SPD in einer Broschüre bzw. Anzeige unter dem Motto „Europa. Eine historische Chance für Deutschland“. Dort wurden „10 vernünftige Gründe, die für Maastricht sprechen“ in einer Art Hitparade aufgeführt. An der Spitze der Top Ten: „Europas Währung - stark wie die Mark“, auf Platz 2 und 3 gefolgt von „Nur ein vereintes Europa kann den Wettlauf mit Japan gewinnen“ und „Je höher das europäische Wohlstandsniveau, desto besser auch für Deutschland“ und auf Platz 4 wird schließlich die Verbrechensbekämpfung als Vorteil der EG gepriesen, denn „Die Mafia ist gegen Maastricht“ - weit abgeschlagen die Felder Demokratie, Sozialpolitik, Umwelt, Verkehr und Frieden.

Nun bin ich schon der Meinung, daß sich die Linke auch Fragen der Wettbewerbsfähigkeit oder der Euro-Kriminalität stellen muß. Es geht also nicht um ein fundamentales „das geht die Linke nichts an“. Aber die Art und Weise, wie hier sämtlichen Stammtischargumenten

Tribut gezollt und das ureigenste Profil hintangestellt wird, drückt in der Breite jenen grundlegenden Wandel der Denkungsweise aus, wie wir ihn in zuge-spitzter Form in puncto Asyl erlebt haben. Kurzum: Die Asyl-Geschichte war kein böser Ausrutscher. Da basteln manche in unserer Partei anscheinend an einem größeren Projekt - der sozialdemokratischen Variante der „Festung Europa“: Wohlstand, gefestigt durch industrielle Wettbewerbsfähigkeit, Hartwährungs-politik und Schutzwälle gegen die Migration, im inneren abgesichert und austariert durch einen Sozialpakt. Vom „Sozialismus in einer Klasse“ zum „Festungssozialismus“?

Einigen Wirbel hat kürzlich ein in dieser spw dokumentierter „Dortmunder Appell“ verursacht, der wegen der Asyl-Geschichte den Rücktritt von Engholm und Klose fordert. Wirbel auch innerhalb mancher parteilinker Kreise, ob diese Personalisierung nicht eine Fehl-orientierung darstellt. Niemand behauptet, die Unterschrift unter diese Forderung sei Ausdruck einzig wahrer linker Gesinnung. Aber man soll - bitte schön - auch nicht neunmalklug daherkommen und von den eigenen Gestaltungssillusionen ablenken, wenn man als SPD-Linke ein derartiges Desaster wie Ende des letzten Jahres erlebt hat. Was haben wir denn denjenigen anzubieten, die mittlerweile schon mit einem Bein außerhalb der Partei stehen? Der Appell ist sicherlich nur ein Signal, daß man nicht bereit ist sich mit der jetzigen Konstellation

oder neuerlichen „Kompromissen“ abzufinden. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Richtig ist aber, daß der Aufruf in seiner Wirkung nicht lange vorhalten wird. Wenden wir uns also der Frage zu, was danach passiert. Vor allem der Frage: Was passiert, nachdem hoffentlich 40, 50 und mehr SPD-Abgeordnete im Bundestag gegen den Asyl-„Kompromiß“ gestimmt haben werden? Kaum jemand von uns Linken spricht zur Zeit über die Bundestagswahl im Herbst 1994. Man läßt sich treiben (im doppelten Sinne des Wortes). Verdrängung? Verlängert man die heutige Situation in die Zukunft, kann man den Wahlkampf getrost irgendwelchen Agenturen überlassen. Verweigerung? Das Problem besteht darin, daß man Wege des politischen Eingreifens finden muß, die sich jenseits der Parteibuchfrage bewegen.

Kurzum: Wir sollten über überparteiliche Initiativen für 1994 nachdenken, die nach Lage der Dinge Initiativen sein werden, die auf eine Revitalisierung des rot-grünen Projektes setzen (auch über die Wahl hinaus). Wichtig wäre es dafür, wenn die sozialdemokratische Linke dabei selbst vorangehen würde - den Kontakt zu ihren linken grünen Kolleginnen und Kollegen und auch zu Günther Grass und all denen sucht, die unsere Partei verlassen haben. Wir können und müssen damit im übrigen auch die Frage „bleibe ich drin oder geh ich raus“ in ihrer Bedeutung relativieren.

Ich möchte den FREITAG kennenlernen und bestelle sechs Ausgaben zum Probiertpreis von nur DM 12,- (Nur Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken). Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname _____
 Straße _____
 PLZ, Ort, _____
 Datum, Unterschrift _____
Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb einer Woche (Poststempel) beim Vertrieb FREITAG widerrufen kann.

2. Unterschrift _____

Coupon einsenden an: Vertrieb FREITAG
 Postfach 360 520 / W-1000 Berlin 36

Freitag
 Die Ost-West-Wochenzeitung



Für Linksausleger

Herausgeber Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht, Berlin
 Diether Dehm, Frankfurt/M.
 Jürgen Egert, Berlin
 Karin Fuchs, Wien
 Josef Lindels, Wien
 Klaus Peter Kisker, Berlin
 Hans-Joachim Lenker, Bielefeld
 Susi Möbbeck, Bremen
 Ursula Pausch-Gruber, München
 Claudia Wäthler, Aachen
 Kurt Wand, Hamburg
 Burkhard Zimmermann, Berlin

Redaktion:
 Ingo Arend
 Gisela Becker
 Uwe Kremer
 Fieta Saß
 Brigitt Zoerner

Redaktionssekretär:
 Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 Kiehl Str. 13, 5000 Köln 80
 Telefon (0221) 623271, Telex (0221) 612815

Verlag:
 spw-Verlag Redaktion GmbH
 Kiehl Str. 13, 5000 Köln 80

Geschäftsführer:
 Andreas Bach
 Ulla Saß

Konto des Verlages:
 Postg. r.o.m.t. Dortmund
 Kto. Nr. 32423468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement: DM 51,-
 dreimaßiges Jahresabonnement
 (für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbslose)
 DM 42,-, Auslandsabonnement DM 54,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschri-
 schrift und mit einem ausreichenden Rand
 versehen sein.

Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
 Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden
 (MS-DOS-Textverarbeitungssystem
 5.1.4 oder 3.1.2 Zol).

ISSN 0170-4613
 spw-Verlag Redaktion GmbH 1993.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Titelfoto
 Stephan Hoppe, Köln

Satz und Gestaltung:
 Judith Nußbaum, Köln

Druck:
 Note-Druck, Schwerte

1.3. Tausend, Februar 1993

Andreas Wehr	
Kopf und Bauch - Jürgen Egert ist tot	4
Edgar Göll	
Probleme mit Problemen mit Cuba	16
Oliver Brosch-Guesnet	
Anständig unmoralisch	18
BLICK IN DIE WELT	19

KOMMENTAR

Michael Müller	
Poker oder Energiewende	6

SOZIALDEMOKRATIE

Ralf Krämer	
Weiter so, NRW?	7
Klaus-Dietrich Sonn	
SPD im Oskaarland	9
Stefan Schostok	
Aufstehen, Einmischen, Verändern a.o. Bundeskongreß der Jusos 1993	10
„Dortmunder Appell“	12
Ralf Krämer	
Festung Europa oder sozialökologischer Umbau in globaler Verantwortung	14

Eurovisionen

spw-Redaktion	
Einführung	21
Michael Bonder/Bernd Röttger	
Eurovisionen - Triaden-Politik oder gesellschafts- und strukturpolitische Neuordnung Europas	22
Rezension	
Edgar Göll zu Ziebur/Bonder/Röttger: Deutschland in einer neuen Weltära	28
Uwe Kremer	
Staat, Industriepolitik und Wirtschaftskultur in Westeuropa	30
Harald Unfried	
Europäische Notenbankverfassung demokratisch gestalten	36
Ingo Arend	
Ein dritter Weg des europäischen Films?	41

MARX OUT?

Susi Möbbeck	
Rassismus und Identität	44
Thomas Metscher	
Thesen zur materialistischen Ästhetik (Teil III: Gegenwärtiger Stand und Perspektiven)	50

SOZIALDEMOKRATIE INTERNATIONAL

Norbert Faulhaber/Ingrid E. Schäfer	
Labor in Australien	55

Kopf und Bauch Jürgen Egert ist tot

Erinnerungen von Andreas Wehr

Es muß 1981 gewesen sein als ich, zusammen mit Peter Strieder, zu einem Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Jürgen Egert geladen war. Es handelte sich wohl um das erste längere Gespräch mit dem späteren Freund, mit dem mich in den nächsten Jahren so viel verband. Auf harten Stühlen saßen wir in einer mehr oder weniger provisorisch eingerichteten Wohnung in der Tiergartener Wichmannstraße und durften den Ausführungen eines bedeutenden Politikers mehrere Stunden lang folgen. Es war ein sehr einseitiges Gespräch. Vorsichtige Anmerkungen von Seiten der beiden geladenen Jungsozialisten boten nur willkommenen Anlaß, zu weiteren umfangreichen Ausführungen auszuholen. Als wir schließlich gingen hatten wir den Eindruck, über alles und zugleich über nichts gesprochen zu haben. Wie anders waren da die Begegnungen in den Jahren der intensiven Zusammenarbeit mit ihm. Wechselseitig wurden Gedanken und Ideen des Einen vom Anderen aufgegriffen und als Anlaß für die Weiterentwicklung der eigenen Vorstellungen genutzt. Aus welchem Anlaß wir uns auch immer trafen, fast immer nahm ich mindestens eine neue Einschätzung, einen neuen Gedanken mit nach Hause. 1985 war für ihn aber das wichtigste Jahr als Berliner SPD-Politiker. Am 29. Juni wurde er nach einer erbitterten öffentlichen und innerparteilichen Debatte mit knapper Mehrheit Landesvorsitzender. Bereits am 21. November 1986 - nach genau 512 Tagen - mußte er dieses Amt wieder abgeben. Bereits damals lag der Grund in seiner angegriffenen Gesundheit.

Er und der kurz zuvor gewählte neue Fraktionsvorsitzende Walter Momper beendeten erst wirklich die Agonie, in die die Partei nach dem Verlust der Regierungsmacht 1981 gefallen war. Erst jetzt lernte die Partei ihre Oppositionsrolle begreifen, ließ ab von dem Unsinn, durch den Import bundesdeutscher Politprominenz die eigenen Schwächen zu überdecken. In dieser Zeit besann man sich auf die eigenen Talente, rüttelte mit dem Begriff der Kampagnenfähigkeit die Basis der Partei wach und legte in diesen Monaten die Basis für



Bild: Paul Glaser

den Erfolg im Januar 1989. Jürgen Egert öffnete die Partei für die rot-grüne Option. Zum ersten Mal nach Jahrzehnten wurde ein Parteilinker Landesvorsitzender. Bis dahin waren die Mehrheitsverhältnisse klar geordnet. So durfte wohl Harry Ristock zwei Jahre zuvor Spitzenkandidat aber noch lange nicht Landesvorsitzender werden.

Seine in den letzten Jahren immer offener geäußerte Enttäuschung über die Entwicklung der Berliner Partei war auch darin begründet, daß er seine Idee eines Neubeginns, einer "Integration von links", mehr und mehr verwirrt sah. In den letzten Wochen vor seinem Tod zog er mit Monika Buttgeit durch die Kreisverbände, um ihr Rückenstärkung zu geben.

Jürgen Egert war ein Politiker, der vieles anstoßen aber nur wenig zu Ende bringen konnte. Sowohl die Funktion des Landesvorsitzenden in Berlin als auch des Stadtrats in Frankfurt, die er erst 1991 nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag angetreten hatte, mußte er bald aus gesundheitlichen Gründen wieder aufgeben. Nur sehr widerwillig mußte er sich eingestehen, daß ihm mehr und mehr die Kraft für eine tägliche zwölf- bis vierzehnstündige Arbeitszeit fehlte. Er litt auch aus diesem Grund unter dem Verlust seines Bundestagsmandats, gestattete doch die Abgeordnetentätigkeit in den sitzungsfreien Wochen immer wieder, "Auszeiten" zu nehmen, sich zu erholen und einfach aus dem politischen Alltag wegzutauchen und ihn einmal von außen zu betrachten. Aus jeder dieser "Pausen" kam er aber

auch mit einem Bündel von Vorschlägen, Ideen und Projekten zurück. So blieb es bis zum Schluß. In unseren letzten Gesprächen trug er mir die Idee vor, einen Film über das Leben von Paul Levi möglich zu machen, beschrieb er das Projekt einer Berichterstattung über das "andere Frankfurt" in der Rundschau und vieles andere mehr.

Die in seinem Kopf entwickelten Vorschläge und Projekte waren von einer Person alleine garnicht auszuführen. Es waren Anstöße für einen ganzen Apparat. Eines seiner Lieblingswörter als Landesvorsitzender war denn auch die Aussage, daß er "für jede Funktionärin und für jeden Funktionär eine Aufgabe finden werde". Oft reichte schon die vormittägliche Lektüre eines Bergs Zeitungen. Danach trug er fünf bis zehn Möglichkeiten vor, wo die Partei mit Erklärungen, Anfragen, Kampagnen eingreifen müßte. Fast immer sind aber die oft nur von ihm gesehenen Möglichkeiten ungenutzt verstrichen. Er wäre ein idealer Fraktionsvorsitzende gewesen. Es ist eine Tragik, daß er nie die Chance dazu bekommen hat.

Als erster linker Juso-Landesvorsitzender in Berlin gehörte er zu den jungen, ja wilden Linken, die mit der traditionellen Parteilinken um Harry Ristock so manche Auseinandersetzungen führten, bevor man sich schließlich in der Vereinigten Linken zusammenfand. Und doch gehörte er nicht zu den 68ern, die auf Bundesebene jetzt mit ihrer moralisierenden Weltanschauung so viel Unheil anrichten. Da war sein Stolz auf seine Herkunft aus kleinen Ver-

hältnissen, die immer wieder hervorgehobene ehrenamtliche gewerkschaftliche Tätigkeit vor seinem Parteibeitritt und der feinsinnige Spott des gelehrten Beamten auf die Politologen, Soziologen, Juristen und Theologen in der Politik. Es war sicher kein Zufall, daß er in der Bundestagsfraktion bald zum Experten in den Bereichen Gesundheit, Arbeit und Soziales wurde - in Politikfeldern, die sehr viel mit der klassischen, traditionellen Sozialdemokratie zu tun haben. Er gehörte zu den nur noch wenigen in der Partei, die die Sprache der kleinen Leute sprachen, ohne zugleich in den Fehler der Theorielosigkeit und des Antintellectualismus zu verfallen. Auf eine ganz andere Weise gehörte auch Harry Ristock zu ihnen. Der Verlust beider innerhalb nicht einmal eines Jahres verringert in gefährlicher Weise die Fähigkeit der Partei, gegenüber den sie tragenden Teilen der Bevölkerung kommunikationsfähig zu bleiben.

Der theoretischen Diskussion in der Sozialdemokratie maß er in den letzten Jahren eine immer größere Bedeutung zu. Er klagte über die inhaltliche Verflachung der Debatten in der Partei. So war es denn auch nur konsequent, daß er seine Bereitschaft zeigte, sich für diese Zeitschrift zu engagieren. Am 15. Mai 1987 wählte die Gesellschafterversammlung Jürgen Egert einstimmig in den damals dreizehn Mitglieder zählenden Herausgeberkreis der spw. Im Februar 1987 erschien sein letzter Beitrag. In einem Kommentar setzte er sich mit der geschichtlichen Bewertung Rosa Luxemburgs auseinander. Der Artikel trug die Überschrift "Vom Versuch, Rosa Luxemburg ein zweites Mal zu ermor-

den". Diese Intervention war sicherlich kein Zufall. Ihn hat, wie auch Harry Ristock, die Persönlichkeit Rosa Luxemburg sein Leben lang fasziniert.

Jürgen Egert ging es bei seinem politischen Engagement im klassischen und heutzutage leider oft belächelten Sinne schlicht um "die Sache". Und diese Sache hieß gesellschaftlicher Fortschritt, ein besseres Leben für die Menschen und eine Gesellschaftsordnung des demokratischen Sozialismus - das Einfache, das bekanntlich so schwer zu machen ist. Ämter und Mandate waren für ihn daran zu messen, ob sie diesem mühsamen Voranschreiten dienen konnten. Sie waren Mittel, nicht Zweck. Auch deshalb war ihm die Partei immer wichtiger als die so oft beschworene Macht in der Regierungsverantwortung. Wer konnte schon - wie er es tat - von sich sagen, daß ihm mit der Wahl zum Landesvorsitzenden "ein Traum erfüllt wurde", gelten doch heute oft Parteiämter nur als lästige Verpflichtungen, als unumgängliche Durchgangsstationen auf dem Weg nach "oben", zu den angeblich letztlich nur zählenden staatlichen Ämtern. Er hingegen empfand den Auftrag, den die Partei ihm erteilt hatte, als "Ehre und Auszeichnung".

Bis zu seinem Tod lebte er vielmehr in relativ bescheidenen und letztlich finanziell noch nicht einmal gesicherten Verhältnissen. In dieses Bild paßte, daß er die ihm nach seinem gesundheitlich bedingten Ausscheiden in Frankfurt zustehende Stadtratspension nicht in Anspruch nahm. Auch darin dürfte er wohl eine Ausnahme unter den heutigen Politikern gewesen sein. Seine Angst vor der eigenen Korruptierbarkeit

nahm manchmal seltsame Züge an. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem Vorstand der Schering AG. Nach dem offiziellen Gedankenaustausch wurden wir in einen Raum gebeten, wo bereits der Tisch gedeckt war. Die Gastgeber machten deutlich, daß sie es als große Ehre betrachteten würden, könnten wir ihnen noch bei einem "Imbiß" Gesellschaft leisten. Zu meinem Entsetzen lehnte Jürgen jedoch mit einem Hinweis auf seine gesundheitlichen Probleme dankend ab. Wir aßen anschließend gegenüber eine Pizza. Er hatte mich natürlich eingeladen.

Liest man seine Reden nach, so stößt man immer wieder auf das Begriffspaar von Kopf und Bauch. Für ihn gehörte beides zusammen: das intellektuelle Begreifen, der Kopf, mit der sinnlichen Erfahrung, dem Bauch, wie er es nannte. Er war ein überaus sinnlicher Mensch, der gerne und nicht selten ohne Rücksicht auf seine Gesundheit lebte. Er wußte um die Gefährlichkeit seiner heimtückischen Krankheit und fürchtete das Siechtum als mögliche Spätfolge. Niemand - auch er selbst nicht - rechnete aber mit der Möglichkeit eines jähen Endes. Bei seinem Abschied als Landesvorsitzender am 21. November 1986 sagte er, daß er eigentlich an eine Amtszeit von acht Jahren gedacht hatte, "wenn (man) es denn immer wieder gewollt hätte". Sie wäre im Jahr 1993 abgelaufen. Jürgen Egert starb am 16. Dezember 1992. Die am Fortschritt Interessierten und die Partei haben einen furchtbaren Verlust erlitten. Ich habe einen Freund verloren.

Egert

Wenn die Beschädigten aufstehen
steht die Beschädigung auf
Mangelhaftes will dann nach oben
und so wird Mangel behoben

Aber: wenn die Beschädigten aufstehen
spüren sie, was von oben an ihnen
beherrscht wird, was sie nicht verstehen
solange sie es bloss bedienen
drum beim Reden mit seinen zwei Fingern
das gekniffene Aug am Detail
pult Egert wie an winzigen Schlingen
ob da nicht Veränderung einfädelbar sei

Wenn die Beschädigten aufstehen:
Sich-nicht-Abfinden - sowas braucht Tricks
und zwar solche die sie verstehen
("und ne Abfindung ist mehr als nix")
Egert heitersant in der Sprache
gewitzt, als ob er sich abfände

mit den Beschädigungen der Lage,
als Ausgangspunkt, doch nicht als Ende!

Wenn die Beschädigten aufstehen
wer mag schon Geruch und ihr'n Anblick
die gern frischere Kräfte verzehren
lassen Müll und Alter zurück
mit Beschädigern sich nicht abfinden
wie die Smarties mit dem Heilen-Schein
die jetzt lernen wollen bei Clinton:
wie nimmt man Beschädigte ein

denn wenn die Beschädigten aufstehen
dann bieten sich an Kandidaten
um für sie an die Spitze zu gehn
auf makellosen Plakaten
mit dem Charisma siegreicher Lacher
der ganz grossen Vergessenmacher
von Beschädigung, Beschädigern
(auch ihr Charisma ist zum verzehren)

denn bevor die Beschädigten aufstehen
fehlt dann ja der Egert schon lange
vielleicht müßte doch jemand mal nach-

sehen:
wie wär der damit umgegangen
mit dem Druck vom Erfolg des Erfolgs
mit der Lähmung durch die heile-Welt-Stars
wenn ausser diesem Opium des Volks
doch'n Himmel wär, statt bloss: das war's!

warten könn'n hätt' der Himmel doch
bis nach diesem Kälterwerden
da ist im Etat noch'n Loch
für'n paar Unterkünfte auf Erden
Denn wenn das Beschädigte aufsteht
und das Beschädigte hochgeht
Achtung: Mangelhaftes will da nach oben
"So?" sagt Egert, "dann wer'n Mängel
behoben!"

Diether Dehm

Poker oder Energieepuëm

von Michael Müller MdB*

Es war ein denkwürdiger Tag, an dem der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder mit großem Presse-Tam-Tam den Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie verkündete. Denn 60 Jahre zuvor, am 2. Dezember 1942, wurde in Chicago der erste Atomreaktor angefahren, um den USA die Bombe zu bauen. Nur zweieinhalb Jahre später wurde die schreckliche Kraft dieser Technologie zur Explosion gebracht, eingesetzt zur völligen Vernichtung von Hiroshima und Nagasaki. In den 50er Jahren kam dann, auch um von den militärischen Zielen der Nuklearspaltung abzulenken, die zivile Nutzung der Atomkraft dazu.

Der Super-GAU von Tschernobyl wurde zum zweiten Kainsmal des nuklearen Irrwegs, dessen Vernichtungspotential zeitlich und räumlich alle Vorstellungskraft sprengt. Seit dieser "Aktualisierung des Undenkbaren" gibt es in der Bundesrepublik eine stabile Mehrheit für den Ausstieg aus der Atomkraft. Innenpolitisch zerbrach damit zugleich der bis dahin zwischen den Parteien existierende Energiekonsens, dessen Basis die breite Streuung des Energieangebots war - genannt Offenhalten aller Optionen. Das hatte durch die Mischkalkulation der Stromkosten auch Kohle und Atomenergie in einem festen Bündnis zusammengeschmiedet.

Seitdem stagniert es in der Energiepolitik. Die einen wollen eine Energiewende, haben dafür aber nicht die politischen Mehrheiten. Die anderen wollen den Ausbau der Atomenergie, können dies aber in der Gesellschaft nicht durchsetzen. Selbst die Einsparung von Energie, für die es zumindest verbal einen Konsens gibt, verkümmert in der Praxis zu einem reinen Alibiprogramm.

Die großen Energiemultis setzen auf Zeit. Sie spekulieren darauf, daß angesichts des Nichtstuns die weiter steigenden Kohlendioxid-Emissionen die Klimagefahren so vergrößern, daß die Rettung im Ausbau der Atomenergie gesehen wird. Und wenn man hinter die Schlagzeilen der letzten Wochen guckt, so scheinen sie mit diesem Kalkül gar nicht so schief zu liegen, auch wenn die Sache selbst noch so unsinnig ist.

Die Energieversorgung ist eine Schlüsselfrage im Spannungsverhältnis zwi-

schen Ökonomie und Ökologie, zwischen Wachstum und Bewahrung. Ihre Neuordnung ist insofern ein entscheidender Kernpunkt jeder ernsthaften Umweltpolitik. Doch bislang liegen die Interessen der Akteure woanders. Möglichst viel Strom zu verkaufen; das ist unter den Bedingungen des Energiewirtschaftsgesetzes von 1938 für die Energieunternehmen allemal lukrativer als das mühevoll Einsparen, Vermeiden und Umbauen von Energie.

Neue Bewegung soll nun aus Hannover kommen. Nach Gesprächen mit dem dortigen Ministerpräsidenten, dessen Land von der Bundesregierung als atomare Müllkippe mißbraucht werden soll, verkünden die Stromkonzerne RWE und VEBA das "geordnete Auslaufen" ihrer Atomkraftwerke, um anschließend sofort wieder zu versichern, daß es keinen generellen Verzicht auf Atommeiler geben wird. Und Hessens Vorzeige-Grüner Joschka Fischer gratuliert Gerhard Schröder zu seinem Coup. Hoppla, hat sich die Welt über Nacht in ihr Gegenteil verkehrt? Sind RWE und VEBA energiepolitisch vom Saulus zum Paulus geworden? Warum war dieser Kurswechsel, sofern er einer in diesem Sinne ist, nicht schon vor zweieinhalb Jahren möglich, als sich der Bundestag bei der Beratung der Klimaberichte einstimmig (!) für eine Politik des Einsparens und Vermeidens von Energie aussprach und auch die Regierungsfaktionen keinen Sinn im Ausbau der Atomenergie sahen? Ende 1990 übernahm, bis heute freilich folgenlos, sogar die Bundesregierung die Position, die nationalen Kohlendioxid-Emissionen um 25 bis 30 Prozent bis zum Jahr 2005 zu verringern.

Nun soll das alles ganz anders sein, obwohl die Bundesregierung ihren Umweltminister demontiert und von den selbstgesteckten Klimaschutzziele nichts mehr wissen will? Jetzt, zumal unter dem Druck einer Wirtschaftskrise, soll die Energiewirtschaft ihr liebstes Hätschelkind, die "billige Atomkraft", so ohne weiteres fallen lassen? Das grenzt an ein Wunder. Um so wichtiger ist es, genauer hinzusehen.

Tatsächlich enthält das vorgelegte "Konsenspapier" nicht die notwendige Richtungsänderung in der allgemeinen Energiepolitik. Zwar entledigt sich Niedersachsen möglicherweise des Atom-
mülllagers Gorleben (wohin und zu wessen Lasten?), was wohl das Hauptanlie-

gen der Initiative der politischen Seite ist, vielleicht werden sogar einige wenige besonders alte Atomkraftwerke aus dem Verkehr gezogen. Dagegen wird Mühlheim-Kärlich wohl ans Netz gehen und andere Atomkraftwerke bekommen bei der zugrundegelegten Regellaufzeit von 40 Jahren eine längere Nutzungsdauer zugestanden.

Das Angebot von RWE und VEBA, über die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke zu verhandeln, hat praktisch keine große Bedeutung. Dafür bekommen die Konzerne jedoch als Gegenleistung neue fossil befeuerte Kohlekraftwerke auf der Basis von Importkohle und wohlmöglich im Ausland eine sehr viel preiswertere Entsorgung.

Für einen Konsens kann das keine Basis sein, denn es ist im Kern nichts anderes als die Zusammenführung unterschiedlicher, aber sehr spezifischer Interessen, die aber noch kein Konzept sind. Eine Energiewende erfordert mehr: ein umfassendes und langfristig angelegtes Programm des Energieeinsparens, der Energievermeidung und des Umstiegs in eine solare Zukunft. Dafür ist eine Debatte nach dem Motto Kohle oder Atomenergie im Ansatz falsch. Das entscheidende Ziel muß vielmehr sein, alle Ressourcen auf eine Effizienzrevolution zu lenken und dafür die finanziellen und ordnungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Dies setzt eine Richtungsentscheidung für eine veränderte Energiepolitik voraus, mit der ein solches Ziel erreichbar ist. Die Atomkraft, deren Nutzungsgrad sehr niedrig, aber deren Zwang zur Ausnutzung der Kapazitäten zugleich sehr hoch ist, gehört nicht dazu.

Das ist vielfach belegt: Ohne Ausstieg aus der Atomenergie läßt sich die Energiewende nicht vollziehen, und nur sie kann einen dauerhaften Schutz von Klima und Umwelt erreichen. Gut an dem Vorstoß ist, daß die Diskussion endlich wieder in Gang kommt. Jetzt wird es darauf ankommen, sie nicht zu einem Rückfall in die 70er Jahre werden zu lassen, sondern eine Energiepolitik des Vermeidens zu konkretisieren. Vielleicht wird aus dem bisherigen Interessenpoker doch noch eine kreative und fruchtbare Debatte über die Möglichkeiten einer ökologischen Energiewende in der Bundesrepublik. Unter dieser Perspektive ist die Initiative von Gerhard Schröder eine Chance, sie muß aber inhaltlich genutzt werden.

Weiters NRW!

von Ralf Krämer*

In NRW ist die sozialdemokratische Welt noch in Ordnung, jedenfalls demoskopisch gesehen. Schlimmstenfalls sinkt die SPD mal knapp unter 50%, aber in der Regel weisen die Meinungsumfragen aus, daß die WählerInnen erneut für eine absolute Mehrheit im Landtag sorgen würden. Selbst diverse Pannen und Skandalchen in den vergangenen Monaten haben den etwa 10%-igen Bonus der SPD auf Landesebene im Verhältnis zu den NRW-Wahlergebnissen bei Kommunal- und Bundestagswahlen nicht wegschmelzen lassen.

Wenn man die Lage etwas genauer betrachtet, wird allerdings deutlich, daß dieser Befund keineswegs ein Grund zur Beruhigung sein sollte und daß gerade Linke in der SPD viele Gründe haben, auf Erneuerung auch und gerade in der NRW-SPD zu drängen. Bleibt man zunächst bei der Demoskopie, die für viele in der Partei leider immer mehr zur entscheidenden politischen Orientierungsgeberin zu werden scheint, zeigt sich, daß auch in Bezug auf die NRW-SPD sinkendes Vertrauen der BürgerInnen in die Problemlösungskompetenz der Partei zu verzeichnen ist. Dies wird bisher noch aufgefangen einerseits durch das besondere Ansehen, das Johannes Rau in der Bevölkerung genießt. Andererseits zehrt die NRW-SPD meines Erachtens immer noch davon, daß unter ihrer Führung der Strukturwandel an Rhein und Ruhr bisher ökonomisch und sozial vergleichsweise gut bewältigt wurde und davon, daß eine erstickende Opposition nicht in Sicht ist.

Schattenseiten des Modells NRW-SPD=Rau

Damit sind aber auch die Probleme benannt: Auf der personellen Ebene

* Ralf Krämer, Dortmund, Jus-Landesvorsitzender NRW, Mitglied im SPD-Landesvorstand NRW

SOZIALDEMOKRATIE

stellt sich die Frage, was oder besser gesagt wer kommt nach Rau? Und je länger Johannes Rau diese Frage wegzuschieben versucht, indem er selbst weiter macht, desto älter werden die bisher als potentielle Nachfolger (Frauen sind nicht darunter) gehandelten Personen. Spätestens wenn er denn doch irgendwann mal aufhört, wird sich als Problem erweisen, daß Rau keine kontinuierliche Erneuerung und Verjüngung der Landesregierung betrieben hat und alle Mahnungen in diese Richtung stets zurückgewiesen hat. Auch in der Partei hat er als zugleich Landesvorsitzender niemanden aus seinem Schatten treten lassen. Auch die politisch-inhaltlichen Probleme haben mit den Schattenseiten des Modells NRW-SPD=Rau zu tun. Nach der Reformphase der 70er Jahre insbesondere im Bildungsbereich und dem Bemühen in den 80er Jahren, den Strukturwandel sozial abzufedern und mit strukturpolitischen Initiativen wie ZIM ökonomisch zu fördern und sich damit auch als soziales Gegengewicht zum Bund zu profilieren, verstärkte sich in den letzten Jahren der Eindruck politischer Stagnation und mangelnder Perspektive und Strategie in Hinblick auf die 90er Jahre und darüber hinaus. Es besteht die Gefahr, daß auf die Dauer auch die bisher erfolgreich hergestellte "Wir in NRW"-Identität und insbesondere ihre Verbindung mit der SPD an Substanz und Wirksamkeit verlieren. Anstatt in der Bevölkerung und insbesondere in der Jugend vorhandene Potentiale für soziale und ökologische Politik zu mobilisieren und zu fördern, richten sich entsprechende Bewegungen etwa im Bildungsbereich in NRW gegen die SPD und ihre Politik, mit möglicherweise fatalen Folgen für die politische Orientierung der Beteiligten und mit ihnen in Kommunikation stehenden Menschen.

Hauptaufgaben für die Zukunft

Zwei Hauptaufgaben stellen sich meines Erachtens für die nächsten Jahre und Jahrzehnte: Zum einen muß angesichts enger Finanzspielräume, verschärfter Verteilungskonflikte und wachsender sozialer Probleme versucht werden, trotzdem und erst recht soziale Kriterien und Zielsetzungen in den Mittelpunkt der Landespolitik zu

stellen.

Zum anderen muß der ökologische Umbau der Industriegesellschaft in NRW entschieden vorangetrieben werden. Die bisherigen Reduzierungen der Schadstoffbelastungen im Zuge des Strukturwandels und ständig verbesserten technischen Umweltschutzes stoßen an Grenzen. Insbesondere die Belastungen und Umweltschädigungen durch den Verkehr wachsen anscheinend unaufhaltsam. Nötig ist eine ökologisch orientierte Umgestaltung der gesamten ökonomischen Strukturen und auch wesentlicher Momente der Lebensweise der Menschen in Richtung möglichst geschlossener Stoffkreisläufe und minimierten Energieverbrauchs und Verkehrs. Dies erfordert stärker regional integrierte Strukturen, soweit das stofflich und ökonomisch möglich ist (also z.B. nicht bei in Weltmarktkonkurrenz stehenden High-tech-Produktionen). Es erfordert die Abkehr von einer selbstzweckhaften Orientierung der Gesellschaft auf Produktions-, Konsum- und Mobilitätssteigerung, die die damit verbundenen ökologischen und sozialen Kosten weitgehend ignoriert.

Eine neue ökonomische Konzeption für die Sozialdemokratie

Das entscheidende ist nun, daß diese Aufgaben nur in Zusammenhang miteinander bewältigt werden können und daß sie eine neue ökonomische Konzeption der Sozialdemokratie erfordern. Diese muß anknüpfen an die im Berliner Grundsatzprogramm der SPD formulierte Programmatik der Wirtschaftsdemokratie, die bisher von den für die SPD politisch Handelnden als völlig irrelevant behandelt wurde. Es muß ernst gemacht werden mit den dort formulierten Zielsetzungen gesellschaftlich gesteuerten Wachstums und Schrumpfers, bei dem der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen durchgesetzt wird. Dies betrifft auch den notwendigen Um- und Ausbau (nicht Abbau) des Sozialstaats und eine Finanzierung öffentlicher Ausgaben, die einen Beitrag zur Umkehrung der seit Anfang der 80er Jahre abgelaufenen massiven Umverteilung von unten nach oben leisten müssen.

Es ist klar, daß dies Aufgaben sind, die sich auf Bundes- und EG-Ebene stellen und vom Land NRW allein nicht zu lösen sind. Dennoch ist eine entsprechende Perspektive und Vision auch notwendig, um Politik in NRW orientieren zu können, entsprechende politische Aufklärung und Bewußtseinsbildung zu betreiben und Druck auf die Bundesregierung und die EG auszuüben. Die gegenwärtig in immer mehr Bereichen stattfindende Kapitulation vor den Problemen bzw. der Übermacht ökonomischer Kriterien und Kapitalverwertungsinteressen und Abkehr von sozialen und ökologischen Reform- und Umgestaltungsprojekten (von Chancengleichheit bis zur CO₂-Reduktion) bietet jedenfalls keine Zukunft für sozialdemokratische Politik.

Um dem gerecht zu werden, darauf läuft meine Argumentation hinaus, auch wenn diese Position gegenwärtig nicht gerade populär sein mag, braucht die Gesellschaft und braucht die SPD wieder mehr Sozialismus. Die SPD müßte eine Alternative von links gegen die Chaospolitik der Konservativen und Liberalen formulieren und auf dieser Grundlage offensiv die Auseinandersetzung suchen. Stattdessen versuchen sich einige als Modernisierer verstehende Leute um den Landesgeschäftsführer der NRW-SPD Bernhard Kasperek als Protagonisten eines marktwirtschaftlich-sozialpartnerschaftlichen Kurses in der Partei, der nicht mehr als nur "besser" als die CDU sein will.

Gestaltung der Parteiorganisation und Demokratiedefizit

Dieser Kurs läuft hinaus auf eine fortschreitende "Amerikanisierung" der Politik, wobei die SPD so etwas wie die Democratic Party werden soll. Welche aus linker Sicht katastrophalen Konsequenzen dies für die politische und gesellschaftliche Integration hat und welche Interessen dann noch systematischer als heute sich durchsetzen und welche übergangen werden, zeigt das Originalbeispiel mehr als deutlich allen, die es sehen wollen. Hinsichtlich der Gestaltung der Parteiorganisation und des Verhältnisses von Partei und sozialdemokratisch geführter Regierung geht es den rechten

Modernisierern um Effektivierung der Parteiorganisation als Instrument der Parteiführung und um verbesserte medienmäßige Darstellung der führenden Personen. Beteiligung der Mitglieder und Öffnung der Partei wird angestrebt nur im Sinne unverbindlicher Meinungsäußerung und bei der Umsetzung von Kampagnen der Parteiführung. Zugleich soll die Handlungsfähigkeit der Parteiführungen, Parlamentsfraktionen und von der SPD geführten Regierungen im Sinne ihrer Unabhängigkeit von demokratischen Willensbildungsprozessen der Partei gesteigert werden. Eine Urwahl der KandidatInnen der Partei für Parlamentsmandate nach einem innerparteilichen Vorwahlkampf a la USA oder Israel, wie sie Clement gelegentlich vorschlägt, würde wahrscheinlich zu einer noch stärkeren Abkopplung der MandatsträgerInnen von Parteibeschlüssen mißbraucht werden.

Schon jetzt muß in der NRW-SPD ein erhebliches Demokratiedefizit konstatiert werden. Landesparteitage finden in der Regel nur alle zwei Jahre statt und sind regelmäßig so gestaltet, daß ein Großteil der vorliegenden Anträge aus Zeitgründen nicht behandelt werden kann. Landesregierung und Landtagsfraktion agieren weitgehend abgekoppelt von den Willensbildungsstrukturen der Partei, auch der SPD-Landesvorstand spielt für landespolitische Entscheidungen in aller Regel keine Rolle. Um demokratische Kontrollmöglichkeiten zumindest etwas zu verbessern, sollte der SPD-Landesausschuß zum höchsten beschlußfassenden Organ der Landespartei zwischen den Parteitag aufgewertet werden. Davon, daß die Landespartei ernsthafte innerparteiliche Diskussions- und Willensbildungsprozesse organisiert, die möglichst mit den außerhalb der SPD dazu stattfindenden Diskursen vermittelt sein sollten und deren Ergebnisse dann Bedeutung für die Landespolitik hätten, kann in der Regel nicht die Rede sein. Die Publikationen von Landtagsfraktion und Landespartei dienen überwiegend der Selbstbeweihräucherung.

Die Diskussion über Parteireform ist aber auch in den Bezirken und Unterbezirken weitgehend im Sande verlaufen. Vor allem von den Jusos vorgebrachte Forderungen, Öffnung der Partei mit Verjüngung und konkreten

Reformen zur Demokratisierung der SPD zu verbinden, sind bisher weitgehend abgeblockt worden. Die Parteilinke hat dabei zumeist aktiv mitgewirkt und weigert sich mehrheitlich, die Erkenntnis zu akzeptieren und daraus Konsequenzen zu ziehen, daß die Verteidigung der traditionellen Strukturen letztlich nur ihren weiteren unaufhaltsamen Niedergang zur Folge haben wird und auch als Verteidigungslinie gegen die rechten Modernisierer untauglich ist.

... und die Parteilinke

Überhaupt kann von einer linken Strömung in der Partei, die in den verschiedenen Politikbereichen mit einigermaßen zusammenhängenden Positionen eingriffsfähig ist, in NRW auf Landesebene und in den meisten Untergliederungen nicht gesprochen werden. Insbesondere in der Landtagsfraktion gibt es nur wenige und keine organisierte Linke, die politischen Eingriffsmöglichkeiten sind gering. Die Parteilinke z.B. auf Parteitag ist dagegen in weiten Teilen durchaus für linke Vorstöße ansprechbar.

Allerdings ist auch die Parteilinke wie die Partei insgesamt gegenwärtig nicht in der Lage, den Rechten eine wirkliche, soziale, ökologische und wirtschaftsdemokratische Alternative entgegenzustellen und mit fortschrittlichen Perspektiven der zunehmenden Orientierungslosigkeit und Anfälligkeit für rassistische Demagogie in weiten Teilen der Bevölkerung entgegenzuwirken. Mag sein, daß das bei den nächsten Landtagswahlen noch mal überspielt werden kann. Aber eine Perspektive ergibt das nicht. Ich habe große Zweifel, daß die Partei oder die Parteilinke aus sich heraus das ändern wird. Eine linke Alternative wird sich wohl nur entwickeln lassen, wenn entsprechende Bedürfnisse wieder verstärkt in außerparlamentarischen Interessenvertretungen und Bewegungen artikuliert werden und Druck auf die Parteien und insbesondere die SPD ausgeübt wird. Doppelstrategie ist also gefragt. Wer mal bei den Jusos war, kann sich vielleicht noch daran erinnern, was das ist.

SPD im Oskaarland

von Klaus-Dietrich Sonn

Wiewohl ein klassisches Montanrevier, war das Saarland bis in die achtziger Jahre dieses Jahrhunderts eine Hochburg christlicher Parteien. Das katholische Zentrum galt den Arbeiterbauern, die werktags in den Gruben das "schwarze Gold" förderten und an freien Tagen in den abgelegenen Heimatdörfern den eigenen Acker bestellten, als die natürliche Opposition zum evangelischen preußischen Staat, dem die Bergwerke gehörten.

Die Stahlarbeiter litten unter der starken Unterdrückung durch die Eisenbarone Röchling und Stumm. Dessen terroristische Ausbeutungsmethoden waren ohne Gleichen: der Stumm-Konzern verfügte über das Privatleben seiner Beschäftigten, verbot jegliche sozialdemokratische Agitation und war dermaßen mit dem Staat verquickt, daß ihm die Polizei gehorchte.

In der Zwischenkriegszeit dann, als das Saargebiet einen eigenständigen Staat bildete, waren die Kommunisten die führende Linkspartei, die Sozialdemokratie unter Leitung des weitsichtigen Internationalisten Max Braun lag bei Wahlen zwischen 5 und 10 Prozent. Doch den Ton in der Landespolitik gab die Rechte an: nicht Klassenkampf, sondern die Rückgliederung an (das ab 1933 faschistische) Deutschland stand auf der Tagesordnung. Dagegen formierten sich SPD, KPD und Linkskatholiken zur Einheitsfront, unterlagen aber in der - vermutlich verfälschten - Volksabstimmung deutlich.

In den fünfziger Jahren war das Saarland wieder eigenstaatlich, regiert von Großen Koalitionen pro-europäischer christlicher und sozialdemokratischer Parteien (jede politische Gruppierung hatte ein pro-deutsches und ein pro-europäisches Pendant). Von der zweiten Rückgliederung an, bis 1985, befand sich die SPD in der Opposition. Mitte der siebziger Jahre machte ein sozialliberales Bündnis in der Landeshauptstadt den Jungsozialisten Oskar Lafontaine zum Oberbürgermeister. Eine vorbildliche, von ökologischer, kultureller und sozialer Innovation geprägte Kommunalpolitik begann. Eine zeitlang wurde aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik betrieben.

Dank seiner Energiepolitik ist Saarbrück-

ken heute die erste Großstadt Deutschlands ohne Atomstrom: Standbeine sind hier die Eigenstromerzeugung im Wirbelschichtverfahren mit Kraft-Wärme-Koppelung, Förderung von Stromsparen und Solarenergie. Auf allen kommunalpolitischen Feldern stand links für Modernität und rechts für aggressive Rückwärtsgewandheit. Das wurde selbst im Streit um die Schloßrenovierung deutlich: Konzeption "BürgerInnenschloß" unter Einbeziehung phantasievoller moderner Architektur versus simple Restauration des Barockschlosses.

Eine gesellschaftliche Polarisierung war auch in der Landespolitik zu spüren: die Einsicht wuchs, daß die konservative Landesregierung die Stahlkrise keinesfalls im Interesse der abhängig Beschäftigten lösen würde. So ist der SPD-Sieg von 1985 als Ausdruck der Emanzipation des saarländischen Proletariats aus der politischen Bevormundung der katholischen Kirche zu werten. Die erste Legislaturperiode der SPD-Regierung stand zunächst im Zeichen von Reformpolitik, die dann immer mehr von bloßer Modernisierung überlagert wurde. Das Bundesland war bis dato der totale CDU-Staat gewesen, in viele Ministerien kam selbst eine Maus nur hinein, wenn sie ein CDU-Parteibuch hatte. Die Union wehrte sich vehement gegen die Beschneidung ihrer Besitzstände, doch seit ein paar Jahren ist es stiller um diese Partei geworden. Bloße Pöbeleien gegen den "Ökosozialismus Lafontaines" ziehen halt langsam selbst bei den Dümmlen nicht mehr. Die Landesregierung ihrerseits machte sich erfolgreich an die Entschärfung der Stahlproblematik.

Im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit gilt es als das größte Verdienst Lafontaines, das Saarland aus seiner Mauerbüchleinrolle herausgeführt zu haben. Das gelang v. a. durch Imagepflege und die Ansiedlung neuer Forschungsstätten. Doch langsam gewannen solche Aktivitäten die Überhand in der Landespolitik.

Nach dem 90er Erdrutschsieg begann die Methode des Unsinnns, das Primat minimaler Gesellschaftsveränderung endgültig abzulösen. Ministerien wurden unnützlich gesplittet, um personellen Bedürfnissen gerecht zu werden. Kaum ging die zuständige Ministerin in den

Ruhestand, wurde ihr Ministerium auch schon wieder aufgelöst. Viele andere Skandalchen folgten und bestimmen heute das Erscheinungsbild des neuen Saarlands wieder als das der alten Bananenrepublik.

Im übrigen stellt sich heute die ökonomische Lage des Saarlandes folgendermaßen dar: in naher Zukunft wird es nur noch drei Bergwerke geben, innerhalb kurzer Zeit hat sich damit die Zahl der Gruben halbiert. Durch die starke Zunahme der Autoindustrie besteht die Gefahr einer neuen Monostruktur. Die Verschuldung des Landes liegt seit Jahren in verfassungswidriger Höhe, das Kartell der Landtagsparteien hat bisher eine Verfassungsklage und die daraus resultierende Auflösung des Landes verhindert. Hoffnung auf Teilentschuldung gibt es jetzt, weil der Länderfinanzausgleich neu geregelt wird.

Und die Partei? Nahezu 5 % der SaarländerInnen sind SPD-Mitglieder. Waren es während der ersten Legislaturperiode noch Sympathien für den Machtwechsel, die Tausende in die SPD strömen ließen, ist heute schierer Opportunismus die Hauptmotivation dafür. Inhaltlich am schwersten wiegt der Rechtsschwenk in der Asylfrage: zeichnete sich die Innenpolitik nach dem Regierungswechsel dadurch aus, daß wir das einzige Bundesland waren, in dem sich AsylbewerberInnen frei bewegen durften, so drängen Lafontaine und Läßle jetzt massiv auf die Einschränkung der Sozialleistungen für Asylsuchende. Innerparteiliche Demokratie ist ein Fremdwort, der Geist des Berliner Programmes gedieh in diesem Klima noch nie. So wird deutlich, daß die progressiven Impulse, die in der jüngeren Vergangenheit von dieser Partei auszugehen schienen, in Wirklichkeit das Werk einiger weniger waren.

Zusammenschlüsse von Parteilinken gab und gibt es nicht. In Neunkirchen, der traditionellen SPD-Hochburg, ist der Stadtparteivorsitzende Georg Jung gerade dabei, eine "Parteireform von oben" durchzuführen. Am lebendigsten sind noch die Arbeitsgemeinschaften. Doch auch die Jusos bleiben hinter ihrem sozialistischen Anspruch weit zurück, in vielen UBs dominiert der nackte Dilettantismus.

Aufstehen Einmischen Verändern

Neues Selbstbewußtsein
am seidenen Faden!

Außerordentlicher Bundeskongreß der Jusos 1993 in Bonn

von Stefan Schostok*

Nach dem Beschluß des Wolfenbütteler Bundeskongresses vom Mai 1992, im Falle einer Grundgesetzänderung, die mit Hilfe der SPD beschlossen würde, das Verhältnis der Jusos zur SPD neu zu überdenken und dabei alle Optionen offenzuhalten, waren die Erwartungen an den außerordentlichen Bundeskongreß entsprechend hoch geknüpft. Durch die Auseinandersetzungen um "die Petersberger Empfehlungen", denen die Jusos innerparteilich heftigen Widerstand und innerhalb von drei Wochen ein "Alternatives Sofortprogramm" entgegengesetzten und die Beschlüsse des Bonner Parteitags, in deren Zusammenhang die Jusos die ersten Bezüge zu den außerparlamentarischen und anti-rassistischen Bewegungen herstellen konnten, war die mögliche Verständigung auf die Erarbeitung einer innerparteilichen Oppositionsrolle bereits gegeben. Daran konnten das unentschlossene und wenig energische Verhalten seitens der Mehrheit des Bundesvorstands in der Auseinandersetzung gegenüber der Partei und der Parteilinken, die Blockade der in Wolfenbüttel beschlossenen Anti-Rassismus-Kampagne oder auch die Fehlleistungen des Bundesbüros in Bezug auf die Bewegungen nichts ändern. In der Generaldebatte nach einem Referat des MdEP Detlev Samland "Zum Linkssein in Europa" wurden Unterschiede in der Einschätzung der SPD nach Petersberg und dem Bonner Sonderparteitag deutlich. Während der größte Teil der RednerInnen den Schwenk der SPD-Enkel als deutlichen Rechtsruck und Anpassung an die konservative Verteilungslogik und Mauerstaatskonzepte einschätzte, sah nur eine kleine Anzahl der Delegierten im Beschluß von Bonn und in der Verhinderung von Petersberg einen relativen Erfolg, ansonsten die Orientierung der Parteiführung aber für gescheitert.

* Von Stefan Schostok, Juso-Betriebsvorsitzender Hannover

Mit dem im Anschluß an die Generaldebatte beschlossenen Antrag "Alternative und nicht Anpassung" aus Baden-Württemberg verabschiedeten die Jusos ein Arbeitsprogramm für die kommenden Monate bis zum Bundeskongreß Mai 1993, in dem das Handeln des Bundesverbandes auf drei Bereiche konzentriert werden soll:

- "Demokratie wagen und Grundrechte verteidigen" mit Ausrichtung auf den 30. Januar 1993, den 60. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers,
- "Wirtschaft und Soziales" mit Veranstaltungen zum Strukturwandel, Beschäftigung und Sozialstaat vor dem Hintergrund der Entwicklung in den FNL und
- Friedenspolitik mit dem Schwerpunkt auf Möglichkeiten zur friedlichen Konfliktlösung.

Engholm-Auseinandersetzung

Der Bundeskongreß sah eine harte Auseinandersetzung mit Engholm, die mit Trillerpfeifen und dem Abspielen des Liedes "Die Partei hat immer recht" über die Saallautsprecher begonnen wurde. In seiner Rede versuchte er einen Bogen zu den Jusos zu schlagen, indem er vor dem Hintergrund der Beendigung des Systemgegensatzes die Gültigkeit des Ziels des "Demokratischen Sozialismus" betonte. In allen Beiträgen der Delegierten einer qualitativ hochwertigen Debatte wurde ihm die Verantwortung für "Petersberg" vorgeworfen und als Ursache für den Rechtsruck der SPD fehlende Realitätswahrnehmung, Anpassung und Opportunismus in Bezug auf den Konservatismus und fehlende eigene programmatische Konzeptionen ausgemacht. Etliche Beiträge stellten eine Mitverantwortung der SPD für den wachsenden Rassismus und die Übergriffe gegen AusländerInnen und AsylbewerberInnen heraus. Heftigen Angriffen waren Engholm und der anwesende Bundesgeschäftsführer Blessing auch wegen der Parteitagsregie mit dem massiven Polizeiaufgebot ausgesetzt. Eine massive Ausgrenzung der eigenen Jugendorganisation ist wohl kaum vorstellbar. In seiner durch Beschluß herbeigeführten Erwiderung distanzierte sich Engholm von den Vorwürfen und verwahrte sich gegen den Stil, der nach seiner Ansicht nur persönlich und durch Anti-Autorität gekennzeichnet sei. Sowohl das tiefe Unverständnis gegenüber der inhaltlichen Kritik, als auch sein Programm offenbarten sich durch seinen Ausspruch, "er sei schon immer gegen Hegemonieansprüche gewesen, ... seien sie nun links oder rechts" ausgerichtet. Obwohl sich in den Debatten vor und auf dem Bundeskongreß eine große Übereinstimmung in den wesentlichen Fragen der Parteieinschätzung und der Situation der Jusos zeigte, war es nicht möglich, eine gemeinsame Antragsgrundlage zu finden. Ein Antrag des Bundesvorstands, im Vorfeld des Kongresses erarbeitet, wurde auf dem Kongreß zurückgezogen, nachdem sich herausstellte, daß er von niemandem mehr getragen wurde. So erfüllten die anschließend verabschiedeten Anträge jeweils unterschiedliche Funktionen.

Ein Antrag aus Rheinland/Hessen-Nassau beschäftigte sich mit der Situation der Jusos, wobei die Betonung stärker auf einer Zustandsbeschreibung der Probleme anhand der Bereiche der Feminisierung des Verbandes, des Zusammenwachsens des Verbandes in Ost und West und der Linksorientierung der Jusos in der SPD lag. Mit dem "Manifest - Für einen Aufbruch von links!", einem über den Bezirk Hannover eingebrachten Antrag aus verschiedenen Bezirken, die sich überwiegend der Juso-Linken zurechnen, verabschiedeten die Jusos eine Einschätzung des gegenwärtigen Anpassungskurses der SPD, des Erstarkens der Jusos in der innerparteilichen Ausein-

anderung um "Petersberg" und der Orientierung auf die Arbeit in den sozialen Bewegungen. Für die Arbeit in der SPD fordert das Manifest einen "Bruch mit der Enkelgeneration", eine Erneuerung der Parteilinken in Form programmatischer und personeller Alternativen zum gegenwärtigen Anpassungskurs an die Konservativen. Für die zukünftige Arbeit der Jusos wird eine erneuerte Doppelstrategie formuliert: Spontane und flexible Formen des Protests und der gesellschaftskritischen Auseinandersetzungen von Jugendlichen, darüber hinaus erfordern institutionalisierte und spezialisierte soziale Bewegungen eine neue Verbindung zwischen kontinuierlicher Arbeit in der Partei und fester Verankerung in der Jugend außerhalb der Partei. "Entscheidend für diese Doppelstrategie ist es daher, wie es uns gelingt, einerseits Perspektiven von Jugendlichen in den Mittelpunkt unserer Politik zu rücken, um damit spontane und flexible Protest- und Politikformen aufzugreifen und andererseits die jugendlichen Ansprüche an Leben und Arbeiten zum Ausgangspunkt einer reformpolitischen Alternative gegen die führende Enkelgeneration in unserer Partei zu machen."

In einem Antrag aus Bayern verabschiedeten die Jusos eine Einschätzung der Auseinandersetzung um Petersberg und den Bundesparteitagsbeschluß zur Asylpolitik und eine ausführliche historische und politische Analyse des Verlustes der wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptionen der SPD in den vergangenen zwei Jahrzehnten.

"Bester Kongreß, aber..."

Viele bezeichnen diesen Kongreß als den konstruktivsten der vergangenen Jahre. Allerdings bleiben genügend kritische Punkte, die deutlich machen, daß die Perspektive der Jusos als "junger, radikaler, sozialistischer Verband" durchaus am seidenen Faden hängt. Die Jusos haben eine neue Parteilinken-Orientierung durchgesetzt, und einen Kern von innerparteilicher Opposition hergestellt und damit eine Perspektive für viele Aktive und FunktionärInnen zum Verbleib in der SPD geboten. Große Probleme bereiten aber die Bereiche der Verbandserneuerung. Frauenthemen lassen sich perspektivisch nur durch ein neues inhaltliches Projekt wieder in die Offensive bringen. Die

Betonung von quantitativen Quotierungsfragen bietet gegenwärtig nur ein Feld für weitere Unzufriedenheit seitens der Frauen und Ignoranz großer Teile der Bezirke. Einen Ansatzpunkt stellt die Umsetzung des im Manifest beschriebenen Projekts "Möglichst viele Möglichkeiten - sinnvoll Arbeiten und Leben in einer Welt" auch als Reformprogramm für eine rot-grüne Regierung mit starker Ausrichtung auf die Frauenbewegung und Stoßrichtung gegen die "Petersberger" Einfalt (der schmucken Riege von Ministerpräsidenten) dar.

Die geringe Beteiligung der Delegierten aus den FNL stellte einen Tiefpunkt in der Entwicklung des Juso-Verbandes dar. Dieser wird substantiell auch nicht durch finanzielle Förderprogramme zu beheben sein. Die unterschiedlichen Welten erfordern sowohl die Erarbeitung einer Verbandsreform mit unterschiedlichen Akzenten für Ost und West, als auch eine politische Schwerpunktsetzung in der Erarbeitung einer gemeinsamen ökologischen und sozialen Reformperspektive für die gesamte Bundesrepublik anstatt der weiteren Betonung der schlichten Aufholjagd des Ostens gegenüber dem "geilen Westen".

Innerverbandlich stehen die Jusos gegenwärtig vor dem Problem, daß verschiedene Prozesse recht unvermittelt ablaufen: auf der einen Seite setzt sich der Prozeß des Bedeutungsverlustes der Strömungen unvermindert fort, gleichzeitig findet ein Prozeß der Radikalisierung im Zusammenhang mit Tendenzen der Entpolitisierung statt. Die Elemente von Radikalisierung müssen allerdings erst wieder mit einer reformsozialistischen Orientierung zusammengebracht werden. Ein großes Defizit auf diesem Weg ist die von den Jusos zurückgehaltene Klärung ihrer organisatorischen Vorstellungen bezogen auf die Gestalt des eigenen Verbandes mit wachsender Autonomie und der Trennung von den Ritualen der Erwachsenenorganisation. Die Formulierung der im Manifest beschlossenen Projekte, die Vermittlung ihres inneren Zusammenhangs muß in nächster Zeit geleistet werden, da der Verband ansonsten seine Orientierung auf kurzfristig-pragmatische Vorgehensweisen und die Abarbeitung von Akutproblemen beibehält und sich nicht in der Formulierung von gezielten gesellschaftlichen Eingriffen mit Hilfe konsistenter Projekte versucht.

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaftler 195



Anti-Rassismus Sonderheft
Methodendiskussion
Georg Auernheimer, Wilhelm Heitmeyer, Margret Jäger, Siegfried Jäger, Jürgen Link, Wolfgang Kowalsky, Rudolf Leiprecht, Jost Müller, Ute Osterkamp, Nora Rätzbel, Erich Wulff, W.F. Haug
34. Jahrgang, Heft 2, September-Oktober 1992

In jedem Heft literarische Beiträge, Aufsätze zu einem Schwerpunktthema, aktuelle Analysen aus Politik und Kultur, Kongreßberichte und einen umfangreichen Rezensionsteil, der Besprechungen aus allen Gebieten der Humanwissenschaften bringt.

Heft 195 (Sept./Okt. 1992)

Anti-Rassismus
Methodendiskussion

Dies Sonderheft ist ganz den drängenden Fragen einer Problematik gewidmet, die mit dem Wort »Ausländerfeindlichkeit« eher wolkig umschrieben als präzise auf den Begriff gebracht wird. Zum Thema äußern sich: *Georg Auernheimer*: Universelle Rechtsansprüche und kulturelle Differenz; *Wilhelm Heitmeyer*: Die Gefahren eines »schwärmerischen Antirassismus«; *Margret Jäger/Siegfried Jäger*: Rassistische Alltagsdiskurse; *Wolfgang Kowalsky*: Moralischer Antirassismus; *Rudolf Leiprecht*: Auf der Suche nach Begriffen für antirassistische Arbeit; *Jürgen Link*: Normalismus und Neorassismus; *Jost Müller*: Rassismus und Nationalismus der »Neuen Rechten«; *Ute Osterkamp*: Weitere Fallstricke und Problematikisierungen; *Nora Rätzbel*: Zivilgesellschaft und Einwanderung; *Erich Wulff*: Notiz zur Konstruktion von »Rassismus«; *W.F. Haug*: Sechs vorläufige Nachsätze.

Gerne schicken wir Ihnen Abonnementinformationen!

Argument

Rentzelstraße 1, 2000 Hamburg 13

Dortmunder Appell

Wir sind empört über das Verhalten der SPD-Parteiführung. Statt eine humane Zuwanderungspolitik durchzusetzen und das individuelle Grundrecht auf Asyl zu erhalten, hat sie dessen faktischer Abschaffung zugestimmt. Die Partei wurde getäuscht. Auch in anderen Politikbereichen verfolgt die SPD-Führung einen Kurs der Anpassung nach rechts, statt eine soziale und ökologische Alternative zu vertreten. Die SPD ist für viele Mitglieder und andere Menschen, die Hoffnungen in sie gesetzt hatten, kaum noch als ihre Partei erkennbar. Wir nehmen nicht hin, daß sozialdemokratische Grundsätze zu Lippenbekenntnissen verkommen und die SPD Schritt für Schritt zu einer anderen Partei gemacht wird. Wir fordern den Rücktritt von Hans-Ulrich Klose als Vorsitzender der Bundestagsfraktion und von Björn Engholm als Parteivorsitzender der SPD.

Unterschiedene Appelle senden an: Ralf Krämer, Fresienstr. 26, 4600 Dortmund 41

Liste der Erstunterzeichnenden des "Dortmunder Appells":
Andreas Bach (OV-Vorsitzender), Jochen Braune (OV-Vorsitzender), Ulrich Dreiskäm-

Erklärung zum "Dortmunder Appell"

In unserem "Dortmunder Appell" fordern wir den Rücktritt nicht nur von Klose als Fraktionsvorsitzender, sondern auch von Engholm als Parteivorsitzender der SPD. Dafür wollen wir in der gesamten Bundesrepublik möglichst viele unterstützende Unterschriften von Mitgliedern der Partei und anderen Menschen, die sich von der Entwicklung der SPD betroffen fühlen, sammeln. Viele, die mit dieser Forderung konfrontiert werden, schlucken erst mal, sind skeptisch. Dann denken sie nach, diskutieren mit anderen und mit sich selbst, und unterschreiben dann doch. Uns selbst ging es nicht anders.

Dieser Prozeß als solcher ist schon wichtig, bedeutet eine Politisierung der Auseinandersetzung in der und um die SPD. Die Forderung nötigt dazu, sich über Konsequenzen aus der Wut über die Asylvereinbarung mit CDU/CSU/FDP Gedanken zu machen und diesen Vorgang in Zusammenhang zu setzen mit anderen Entwicklungen der letzten Monate und mit den Auseinandersetzungen, die in den nächsten Monaten noch bevorstehen. Unsere Diskussionsergeb-

einandersetzungen um den Kurs der SPD mit der Voraussetzung herangehen, den Parteivorsitzenden nicht beschädigen zu dürfen, werden wir sie schon von vornherein genauso verloren haben wie die ums Asylrecht.
- Engholm und Klose haben sich durch ihren Umgang mit der Partei und mit Parteitagbeschlüssen für Spitzenpositionen der SPD disqualifiziert. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, die Partei möglichst geschlossen in die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und für gemeinsam beschlossene Positionen zu führen. Stattdessen scheinen sie als ihre Aufgabe zu begreifen, ungeachtet aller Parteitagbeschlüsse ihren Anpassungskurs nach rechts zu verfolgen und sich über den innerparteilichen Widerstand gegen diesen Kurs hinwegzusetzen.
- Die Frage nach der personellen Alternative ist kein Gegenargument, denn schlimmer kann es kaum werden. Als linke Partei ist die SPD angewiesen auf Verbindungen zu demokratischen Bewegungen und kritischen Intellektuellen. Engholm und Klose schaffen es schon in der Opposition, diese Verbindungen weitestgehend zu kappen und die Partei in Zerreißen zu treiben. Wäre die SPD mit diesen Leuten in der Regierung, wäre eine weitere Verschärfung dieser katastrophalen Entwicklungen zu befürchten. Wenn sich die Frage wirklich stellt, werden sich auch personelle Alternativen finden und profilieren - je eher, desto besser.
- Die Zuspitzung ist auch notwendig, weil eine weitere Rechtsentwicklung der SPD für die Gesellschaft insgesamt politisch verheerend wäre. Nichts ist wichtiger als eine Alternative von links zur Politik der konservativ-liberalen Koalition, die letztlich nur die SPD bieten kann. Der Mangel an alternativen linken Deutungsmustern und Konzepten trägt in hohem Maße bei zur politischen Orientierungslosigkeit und zur Wahlenthaltung vieler, vor allem auch jüngerer Menschen. Und er trägt auch dazu bei, daß etlichen Menschen die extreme Rechte als einzige Alternative erscheint. Albrecht Müller und Horst Peter haben in einem offenen Brief an die Delegierten des SPD-Sonderparteitags (dokumentiert in der FR vom 10.11.1992) deutlich gemacht, daß die der SPD von oben aufgedrückten Kursänderungen sich nicht auf die Asylfrage beschränken, sondern sich einordnen in eine umfassende Politik der Anpassung der Par-

nisse und Begründungen für diesen außergewöhnlichen Schritt sind:

- Diese Zuspitzung ist notwendig, um ein deutliches Signal zu setzen, daß es nicht mehr um Meinungsverschiedenheiten geht, wie es sie in einer demokratischen Partei immer geben wird. Die Vorgänge der letzten Monate und die Fortschreibung gegenwärtig erkennbarer Tendenzen werfen die grundsätzliche Frage auf, ob das dann noch die Partei sein wird, für die wir uns gemeinsam engagieren können. Parteitagdiskussionen und -beschlüsse und Protestbriefe reichen offenbar nicht mehr aus, der Parteiführung den Ernst der Lage bewußt zu machen.

- Diese Zuspitzung ist notwendig, um den Widerstand gegen die Rechtsentwicklung der SPD insgesamt zu formieren und ein möglichst großes Druckpotential zu entwickeln. Mit der Rücktrittsforderung kommen wir aus der passiven Rolle des Hinnehmenmüssens in eine Position der Offensive. Und es würde nur Illusionen wecken, dabei Engholm außen vor zu lassen, als wäre er ohne Klose ganz anders.

- Die Personalisierung ist notwendig, weil allen klar werden muß: Wenn wir auch an die noch bevorstehenden Aus-

einandersetzungen um den Kurs der SPD mit der Voraussetzung herangehen, den Parteivorsitzenden nicht beschädigen zu dürfen, werden wir sie schon von vornherein genauso verloren haben wie die ums Asylrecht.

- Engholm und Klose haben sich durch ihren Umgang mit der Partei und mit Parteitagbeschlüssen für Spitzenpositionen der SPD disqualifiziert. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, die Partei möglichst geschlossen in die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und für gemeinsam beschlossene Positionen zu führen. Stattdessen scheinen sie als ihre Aufgabe zu begreifen, ungeachtet aller Parteitagbeschlüsse ihren Anpassungskurs nach rechts zu verfolgen und sich über den innerparteilichen Widerstand gegen diesen Kurs hinwegzusetzen.

- Die Frage nach der personellen Alternative ist kein Gegenargument, denn schlimmer kann es kaum werden. Als linke Partei ist die SPD angewiesen auf Verbindungen zu demokratischen Bewegungen und kritischen Intellektuellen. Engholm und Klose schaffen es schon in der Opposition, diese Verbindungen weitestgehend zu kappen und die Partei in Zerreißen zu treiben. Wäre die SPD mit diesen Leuten in der Regierung, wäre eine weitere Verschärfung dieser katastrophalen Entwicklungen zu befürchten. Wenn sich die Frage wirklich stellt, werden sich auch personelle Alternativen finden und profilieren - je eher, desto besser.

- Die Zuspitzung ist auch notwendig, weil eine weitere Rechtsentwicklung der SPD für die Gesellschaft insgesamt politisch verheerend wäre. Nichts ist wichtiger als eine Alternative von links zur Politik der konservativ-liberalen Koalition, die letztlich nur die SPD bieten kann. Der Mangel an alternativen linken Deutungsmustern und Konzepten trägt in hohem Maße bei zur politischen Orientierungslosigkeit und zur Wahlenthaltung vieler, vor allem auch jüngerer Menschen. Und er trägt auch dazu bei, daß etlichen Menschen die extreme Rechte als einzige Alternative erscheint. Albrecht Müller und Horst Peter haben in einem offenen Brief an die Delegierten des SPD-Sonderparteitags (dokumentiert in der FR vom 10.11.1992) deutlich gemacht, daß die der SPD von oben aufgedrückten Kursänderungen sich nicht auf die Asylfrage beschränken, sondern sich einordnen in eine umfassende Politik der Anpassung der Par-

teiführung an rechte Stimmungen in der Bevölkerung, an Kapitalinteressen und an die Parteirechte. Zugleich werden demokratische Willensbildungsstrukturen der SPD in Frage gestellt, um den Spielraum der Parteiführung gegenüber Parteitagbeschlüssen und der Basis zu vergrößern.

Der Asylkompromiß, der in Wirklichkeit eine Kapitulation vor den Forderungen von CDU und CSU darstellt, hat die damals geäußerten Befürchtungen noch weit übertroffen. Auch in vielen anderen Punkten, in denen der Petersberger Entwurf des Sofortprogramms weit hinter bisherige programmatischen Forderungen

gen der SPD zurückfiel, werden anderslautende Beschlüsse die Parteiführung letztendlich nicht davon abhalten, ihren Anpassungskurs weiterzuverfolgen. Genannt seien nur: Kampfeinsätze der Bundeswehr, großer Lauschangriff, Atomausstieg, Privatisierung der Post, Sozialkürzungen und Reallohnabbau im Rahmen des "Solidarpakts". Von Wirtschaftsdemokratie, grundlegendem ökologischem Umbau und sozialer Grundsicherung, wie sie noch im Berliner Programm gefordert wurden, redet ja schon länger kaum noch jemand. Dabei haben diese Forderungen nach der deutschen Einheit und dem Wegfall der

Blockkonfrontation nichts von ihrer Bedeutung verloren, im Gegenteil. Deshalb führt kein Weg daran vorbei: Wenn wir die Entwicklung der SPD zu einer anderen Partei stoppen wollen, brauchen wir einen Bruch mit dieser Parteiführung. Wir brauchen einen Kurswechsel der SPD von einer Politik der Anpassung nach rechts zu einer Politik der linken Alternative, die die soziale und ökologische Gestaltung und Umgestaltung der Lebensverhältnisse in globaler Verantwortung anstrebt und glaubwürdig vertritt.

Dortmund, 22.12.1992, Andreas Bach, Barbara Heinz, Ralf Krämer

Zur Arbeit mit dem "Dortmunder Appell"

Die Resonanz und Wirkung, die der "Dortmunder Appell" erreichen kann, hängt entscheidend davon ab, daß viele aktive Genossinnen und Genossen in allen Teilen der Republik ihn aufgreifen und zu ihrer eigenen Sache machen. Es reicht nicht aus, den Appell an einen Verteiler zu verschicken oder auf einer Veranstaltung auszulegen, und das war es dann. Es kommt vielmehr darauf an, gezielt Leute anzusprechen und mit ihnen zu diskutieren. Dazu ist die Erklärung zum "Dortmunder Appell" eine gute Grundlage, sie sollte daher bei Verschickungsaktionen stets mitverschickt werden. Wenn Leute sich nicht sofort entscheiden, sondern erst noch darüber nachdenken, lesen oder mit anderen diskutieren wollen, sollte kein Druck auf sie ausgeübt werden. Es ist aber wichtig, sie nach einigen Tagen erneut anzusprechen, damit es nicht nur bei dieser vorläufigen Aussage bleibt.

Die Erfahrungen zeigen, daß viele Genossinnen und Genossen, insbesondere viele Parteilinke, Jusos und ASF-Frauen, sehr wütend und empört sind und bereit sind bzw. das Bedürfnis haben, dies in geeigneten Aktivitäten zum Ausdruck zu bringen. Insbesondere mit diesen muß die Diskussion gesucht und deutlich gemacht werden, wieso der "Dortmunder Appell" mit seiner Rücktrittsforderung eine angemessene und notwendige Zuspitzung ist. Möglichst viele Mitglieder, aber auch ehemalige Mitglieder und bisher mit der SPD sympathisierende Menschen sollen den Appell unterschreiben. Besonders wertvoll sind Unterstützungserklärungen von BasisfunktionärInnen, der Appell soll deutlich machen, daß erhebliche Teile der aktiven Basis der

Partei diese Entwicklung der SPD nicht hinnehmen. Führende FunktionsträgerInnen auf überörtlicher Ebene und MandatsträgerInnen werden nur in Ausnahmefällen unterschreiben. Selbst dann, wenn sie die Forderung an sich richtig finden, sehen sie sich oft nicht zu einer Unterstützung des Appells in der Lage, weil sie zu viele Rücksichten nehmen müssen.

Die Arbeit mit dem "Dortmunder Appell" muß schnell beginnen, solange die Wut über das Vorgehen der Parteiführung nicht bei vielen schon wieder verrauchte oder Resignation gewichen ist. Es ist also wichtig, ihn so schnell wie möglich über die verschiedenen Kanäle zu verbreiten. Ein Enddatum für die Kampagne ist bisher nicht festgelegt. Sie endet jedenfalls nicht mit der Bundestagsbeschlußfassung über das Asylrecht, weil davon auszugehen ist, daß weitere Aktionen der Parteiführung in anderen Bereichen die Notwendigkeit des Appells bekräftigen werden. Wichtig ist aber, darauf zu achten, daß Unterstützungserklärungen möglichst bald schriftlich oder über die Mailbox nach Dortmund weitergemeldet werden, damit die InitiatorInnen Rücklauf haben und weitere Meldungen über den bis dahin erreichten Stand an Unterstützungserklärungen veröffentlichen können.

Darüber hinaus ist es sinnvoll, die Unterstützung in einzelnen Gliederungen zu erfassen und für die eigene Öffentlichkeitsarbeit und innerparteiliche Mobilisierung zu nutzen. Der Appell sollte in Parteiveranstaltungen eingebracht und disku-

tiert werden. Dies ist auch eine gute Grundlage, um anschließend einige GenossInnen noch mal gezielt anzusprechen. Insbesondere sollte der Appell eingebracht werden, wenn positive Resonanz erwartet werden kann, also bei Parteilinken, Jusos etc. Falls das aussichtsreich ist, kann auch ein Beschluß zur Unterstützung des Appells beantragt werden, dies dürfte insbesondere bei Juso-Konferenzen sinnvoll sein. Der Appell und die Diskussionen darum können und sollten auch vor Ort dazu dienen, eine Re-Formierung der Parteilinken voranzutreiben. Dabei muß klar sein, daß die Parteilinke natürlich auch GenossInnen umfaßt, die aus verschiedensten Gründen den Dortmunder Appell nicht unterstützen. Die Arbeit mit dem "Dortmunder Appell" kann auch eine gute Vorbereitung für die Aufstellung der BundestagskandidatInnen der SPD sein. Diese muß zum Anlaß einer breiten politischen Diskussion um den weiteren Kurs der SPD gemacht werden. Die Jusos haben schon die Forderung aufgestellt, daß Bundestagsabgeordnete, die der Asylvereinbarung mit CDU/CSU/FDP zugestimmt haben, nicht wieder aufgestellt werden sollen. Allerdings wird auch das Verhalten in anderen Auseinandersetzungen der Vergangenheit und der nächsten Monate eine Rolle bei der Beurteilung spielen müssen. Auf jeden Fall ist es wichtig, die KandidatInnenaufstellung zu politisieren und in viel größerem Maße als bisher Gegenkandidaturen vorzubereiten.

Ralf Krämer

WAZ Mittwoch, 6. Januar 1993 Nummer 4 W DO 3

SPD-AktivistInnen setzen Säge an Stuhl von Parteichef Björn Engholm

32 unterzeichnen „Dortmunder Appell“ – Rücktrittsforderung wegen Asylvereinbarung – Kein Ausverkauf

Die Basis mückt auf 32 „Dortmunder Appell“-Mitglieder und -Funktionäre - darunter neben Juso-AktivistInnen und Ortsvereinsvorsitzenden mit Gerhart Rohr auch ein sozialdemokrati-

scherr - haben einen „Dortmunder Appell“ unterzeichnet, der den Rücktritt des SPD-Bundesvorsitzenden Björn Engholm und des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Ulrich Klose, fordert. Damit sich die Rücktrittsforderung nicht nur als Sturm im Wasserglas entpuppt, wollen die Erstunterzeichner nach den Worten von Initiator Ralf Krämer, Mitglied

des SPD-Landesvorstandes, bundesweit Unterstützungserklärungen sammeln. Mit dem „Dortmunder Appell“ soll der SPD-Spitze die rote Karte für die Asylpolitik gezeigt werden: Die mit der Bonner Regierungskoalition ausgehandelte Asylvereinbarung bedeute die „faktische Abschaffung des individuellen Grundrechts“ auf Asyl - und stehe damit im Gegensatz zur Forderung des SPD-Parteitag. Wörtlich heißt es: „Wir nehmen nicht hin, daß sozialdemokratische Grundsätze zu Lippenbekenntnissen verkommen und die SPD Schritt für Schritt zu einer anderen Partei gemacht wird.“

Festung Europa

oder sozial-ökologischer Umbau in globaler Verantwortung?

Bericht von der Herbsttagung des Projekts Moderner Sozialismus zum Schwerpunkt "Sozialdemokratie"

von Ralf Krämer*

Ca. 40 Genossinnen und Genossen trafen sich vom 11.-13.12.1992 zur bundesweiten ProMS-Herbsttagung in Berlin, um über das Verhältnis der sozialistischen Linken zur SPD und die Entwicklungstendenzen der Sozialdemokratie zu diskutieren. Zu Anfang ging es um eine Aufarbeitung vergangener theoretischer Positionierungen in den "eigenen Reihen". Dazu stellte Kurt Neumann, in den 70er Jahren ein führendes Mitglied des Hannoveraner Kreises marxistischer Jusos und heute Mitglied des SPD-Landesvorstands Berlin, die traditionellen Begründungen für die Orientierung von SozialistInnen auf die SPD dar, wie sie insbesondere in den Herforder Thesen von 1980 ihren Niederschlag gefunden hatten. Da die Arbeiterklasse als entscheidendes Subjekt des Übergangs zum Sozialismus mehrheitlich auf die SPD orientiert sei, erfordere und ermögliche - als prinzipiell lösbare Kampfaufgabe - dies die Durchsetzung konsequent sozialistischer Politik in dieser Partei. Andreas Wehr, in der Generation nach Neumann Juso-Landesvorsitzender und heute ebenfalls Mitglied des SPD-Landesvorstands Berlin, trug seine wesentlich auf Analysen von Otto Kirchheimer gestützten Überlegungen zur Entwicklung der SPD zur "Allerweltpartei" vor (vgl. seinen Artikel in spw 62). Durch die "Amerikanisierung" schwinde der Klassenbezug der Parteien ebenso wie ihr ideologisch gegensätzliches Profil, was auch die traditionelle "klassenmäßige" Begründung des SPD-Bezugs infrage stelle.

In der Diskussion wurde die Sozialdemokratie im wesentlichen in ihren Be-

ziehungen zu sozialen Bewegungen und zum Staat diskutiert. Das traditionelle sozialstaatlich-reformistische Projekt, als dessen linker Flügel sich faktisch auch die SozialistInnen in der SPD bewegt hätten, sei mehr oder minder zu Ende. Damit stelle sich auch die Frage nach der Haltung von SozialistInnen zur Sozialdemokratie grundsätzlich neu. Die Antwort sei nämlich nicht von allgemeinen theoretischen Bestimmungen zur Sozialdemokratie "an und für sich", sondern vom künftigen "Projekt" abhängig, das sich im Kontext der "neuen Weltordnung" herausbilden dürfte (s.u.).

Am Samstag referierte Franz Vlach, SPD-Kreisvorsitzender Prenzlauer Berg, über die Linke in der Ost-SPD. Die Opposition in der DDR, aus der auch die Ost-SPD hervorgegangen sei, sei vor allem eine Opposition linker Intellektueller gewesen. Heute erfahre man, daß man damit sozialstrukturell und konzeptionell an Grenzen stoße. Die SPD müsse wieder zu einer Partei der "Produzenten" (im weiteren Sinne von produktiven Kräften) werden und brauche ein neues Wirtschaftskonzept, bei dem die Demokratisierung eine zentrale Rolle spielen müsse.

Horst Peter MdB, bis vor kurzem Koordinator des Frankfurter Kreises, kennzeichnete den Petersberger Putschversuch der Parteiführung als Vollendung der fortschreitenden Verdrängung des Berliner Grundsatzprogramms aus der Politik der SPD. Petersberg sei Ausdruck populistischer Inszenierung und Abkehr von demokratischen Willensbildungsprozessen gewesen und bedeute inhaltlich Anpassung an rechte Stimmungen in der Bevölkerung, an Kapitalinteressen und an die Parteirechte. Die Diskussion spitzte sich auf die Frage

zu, ob sich nicht zwei dermaßen gegensätzliche Perspektiven oder "Projekte" für die Zukunft der SPD herauskristallisierten, daß man zunehmend eigentlich von zwei Parteien innerhalb der SPD ausgehen müsse: auf der einen Seite stehe die Weiterentwicklung und vor allem Erweiterung des sozialstaatlichen Projekts um ökologische Gestaltung im Zusammenhang wachsender Verantwortung für die Lösung globaler sozialer und ökologischer Probleme, wie sie sich im Berliner Programm niedergeschlagen habe. Auf der anderen Seite stehe das Projekt einer Festung oder "Wagenburg" Deutschland-Europa, die sich gegenüber dem Überschwappen von Problemen aus anderen Teilen der Welt abschottet, während innerhalb der Mauern die SPD erneut ihre Rolle in der Herausbildung sozialer Kompromisse unter Dominanz kapitalistischer Interessen finden könne. Problematisiert wurde in der Diskussion einerseits, daß die Spaltung zwischen diesen Konzeptionen zum Teil quer durch die innerparteilichen Gruppierungen und die einzelnen Personen selbst gehe und deshalb von "zwei Parteien" (noch?) nicht geredet werden könne. Andererseits sei fraglich, ob in Bezug auf die SPD von einem "Projekt Festung" im aktiven Sinne gesprochen werden könne oder ob es sich nicht eher um eine Politik der Anpassung handele (was die Sache auch nicht viel besser mache).

Anschließend ging es um die Rolle des Frankfurter Kreises und die Entwicklung der Parteilinken. Klar war, daß es eine positive Bezugnahme auf die "Enkelei" für die Linke nicht mehr geben darf. Auf Bundesebene sollte wieder an der Programminkonsequenz im Sinne eines Kreises der "Freunde des Berliner Grundsatzprogramms" angeknüpft werden. Das stellt



Perspektiven
und
Projekte

Strategische Diskussion mit
Luciana Castellina, MdEP,
Rifondazione Comunista
Christa Randzio-Plath, MdEP, SPD

Kongreß
konkret:

Termin: 13. 3., ab 10.30 Uhr/14. 3. 1993, ab 9.30 Uhr Ort: Nikolaus-August-Otto-Schule, Köln-Deutz, Ehrenstr. 19
Anmeldung beim Kongreßbüro: SPD-Bürgerbüro Günter Oesinghaus, MdB, Kalker Hauptstr. 212, W-5000 Köln
Bitte angeben, ob Schlafplatz oder Kinderbetreuung gewünscht!
Teilnahmebeitrag: DM 30,-/DM 20,- (ermäßig); Schlafplatz inbegriffen;
überweisen an (bitte gleichzeitig mit der Anmeldung): G. Bell/JUSOS Köln,
Kto. Nr. 17 32 29 67, Stadtparkasse Köln, BLZ 370 501 98 (Stichwort 'Kongreß')

Der Kongreß findet mit Unterstützung der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft - spw (W-5000 Köln 80, Kieler Str. 13) statt.

Projekt Moderner Sozialismus

ProMS: mehrfach in dieser Zeitung erwähnt. Aber was ist das eigentlich?

"Projekt Moderner Sozialismus" - das ist ein politisch-theoretischer Arbeitszusammenhang, der auch in den heutigen Zeiten ein "sozialistisches Projekt" denken und für diese Gedanken in der Sozialdemokratie streiten will.

"Projekt Moderner Sozialismus" - versteht sich aber nicht als Strömung in der SPD, sondern will die sozialdemokratische Linke unterstützen und dabei Raum bieten für Diskussionen, die auch über die Tagespolitik hinausweisen.

"Projekt Moderner Sozialismus" - ist ein offener Zusammenschluß aus der Zeitschrift spw, der Juso-Linken, mehre-

ren Projektgruppen und einer Diskussionsrunde von sozialistischen SPD-Linken.

Und was veranstalten wir mit ProMS?

halbjährliche Diskusstagungen

fachliche und regionale Projektgruppen

einen internen Informationsdienst

Unterstützung für die Zeitschrift spw

Vorschläge für die Arbeit der SPD-Linken

ab und zu einen öffentlichen Kongreß

Das sieht vielleicht nach mehr aus, als wir als ehrenamtlicher Zusammenhang tatsächlich leisten können. Aber gerade deshalb das Angebot:

Wer ProMS unterstützen oder dabei mitmachen möchte, kann sich zwecks weiterer Informationen und Kontakte wenden an:

ProMS c/o spw-Verlag, Kieler Str. 13, 5000 Köln 80

(Fortsetzung: "Festung Europa")

den Frankfurter Kreis als breites innerparteiliches Forum nicht in Frage. Wichtig sei der Aufbau dezentraler linker Strukturen in den Gliederungen. Vor allem müsse man sich um Verbindungen der Linken zu den Bewegungen und zum fortschrittlichem Umfeld außerhalb der SPD bemühen.

ProMS und die spw sollen dazu durch ihre inhaltliche und publizistische Arbeit beitragen. Dazu soll insbesondere über die bislang mehr intern diskutierenden Projektgruppen von ProMS versucht werden, einen Brückenschlag zwischen

der Entwicklung einer sozialistischen Programmlinke in der SPD und der Rekonstruktion einer überparteilichen wissenschaftlich-theoretischen Linken zu gewährleisten. Weiterhin wurden Initiativen diskutiert, um die Zeitschrift und die gesamte bisher noch völlig unzureichende materielle und personelle Infrastruktur von ProMS und spw zu stärken.

Als konkrete größere Aktivität steht am 13./14. März in Köln ein bundesweiter Kongreß "Die Linke in Europa" bevor, der gemeinsam mit dem Juso-Landes-

verband NRW und dem Juso-Unterbezirk Köln durchgeführt wird. Als längerfristiges inhaltliches Projekt steht die Erarbeitung einer umfassenderen Konzeption sozialistischer Politik an, da die Herforder Thesen von 1980 und auch die 53 Thesen von 1989 den veränderten Bedingungen längst nicht mehr gerecht werden und weitreichende neue Überlegungen notwendig sind. Dieses Vorhaben wird allerdings sicherlich erst im Verlauf mehrerer Jahre zu realisieren sein.

Probleme mit Problemen mit Cuba

von Edgar Göll*

„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“: entgegen dieser Feststellung Che Guevaras scheinen sich einige deutsche Linke als zynische Zuschauer der Geschichte zu mausern - so auch Oliver Bosch-Guesnet mit seiner „Meinung“ zu Cuba (spw 67). Während einige mit dem Westen befreundete Regierungen Teile ihrer Völker ungehindert bombardieren (aktuell: Türkei) und verelenden lassen dürfen, und dabei sogar mit weiteren Waffen beliefert werden, während Folter und Staatsterror von vielen anderen Regierungen praktiziert werden, fordern westliche Politiker gebetsmühlenartig und in heldenhafter Pose die Demokratisierung Cubas. Einige Linke scheinen das chic zu finden - nicht immer, aber immer öfter. Nun will ich Oliver „Meinung“ nicht eingehender analysieren, obwohl einige modisch-zynische Aspekte dazu herausfordern würden. Vielmehr möchte ich daran anknüpfend etwas zu Cuba und zur ‚Haltung‘ der hiesigen Linken anmerken. Ex-US-Präsident Bush sagte vor einem Jahr: „Meine Regierung wird fortfahren, Regierungen in der ganzen Welt zur ökonomischen Isolation des Castro-Regimes zu drängen.“ Solche US-Kreise wollen anscheinend den „totalen Sieg“: die seit 1959 bestehende Wirtschaftsblockade ist noch im Herbst 1992 intensiviert worden („Torrice-Plan“). Ein Sekundäreffekt der US-Versuche zur ökonomischen Integration des amerikanischen Doppelkontinents mittels verschiedener Freihandelsabkommen (z.B. NAFTA) ist, daß Cuba damit weiter isoliert wird. Aber trotz der Blockade könnten die CubanerInnen

ein System aufbauen, das sich sehen lassen kann: Bildung, Gesundheitswesen, soziale Versorgung und demokratische Beteiligungsstrukturen sind im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern (deren Eliten mit den USA kumpanieren) hervorragend und gelten vielen Latinos als Modell. Cuba steht auf der Liste des „Human Development Index“ auf Platz 61 (Cuba ist also bestimmt nicht nur „hero just for one day“, wie Oliver meint). Aber es ist noch viel zu tun: Umstrukturierung der Exportsektoren, Rationalisierung, weitere Demokratisierung etc. stehen auf der Tagesordnung ganz oben. Neben der seit 1959 bestehenden US-Blockade kann der Wegfall der RGW-Beziehungen (85% des gesamten Handelsvolumens Cubas) als „zweite Blockade“ (F.Niess) bezeichnet werden. Verwaltung des Mangels gehört zum Alltag, Streichungen sozialer Errungenschaften drohen, militärische Sticheleien der USA belasten die Atmosphäre, die Konsumversprechungen Uncle Sams wirken bei vielen. Die Defizite Cubas haben sich aber bereits vor dem Zusammenbruch des RGW gezeigt und verweisen auf Strukturdefizite des Systems: zentrale Planung, Comecon-Arbeitsteilung und mangelnde Leistungsanreize führten zu ökonomischer Stagnation, die durch revolutionäre Appelle nur bedingt bzw. befristet verbessert werden kann. Die ökonomische Lage in Kuba ist miserabel, die Unzufriedenheit nimmt zu. Angesichts der ‚Alternative‘, wieder nur eine US-Bananenrepublik werden zu können, gehen die Cubaner weiter mit Castro, mit dem sie Batista hinausgeworfen und die Yankees draußen gehalten haben. Der Stolz auf die eigene Revolution und ihre Errungenschaften, per-

sonifiziert in Fidel Castro, ist noch groß. Wir, daß Cuba nicht demokratisch genug ist, daß die Menschenrechte nicht so wie bei uns beachtet werden. Aber gerade die Blockade und die arrogante Aggressivität verhindert fällige Reformen, schwächt die demokratische Opposition und hungert das Volk aus, was auch von cubanischen Oppositionen gesehen und kritisiert wird. Die Politik der cubanischen Regierung in dieser „besonderen Periode in Friedenszeiten“, zu denen Nationalwahlen und Wahlen zur Nationalversammlung mitten in dieser Periode gehören, läßt auf eine langsame Öffnung hoffen (was durch den neuen „zweiten Mann“ Carlos Lage forciert werden könnte), müßte jedoch durch ein Entgegenkommen der anderen Seite unterstützt werden. Doch ergeben sich für Cuba weiterhin Dilemmata aus den Marktzwängen: beispielsweise soll der Tourismus als Devisenquelle intensiviert werden. Daraus entsteht aber notgedrungen eine Art ‚Apartheid‘, weil nur Devisenbesitzer zu bestimmten Läden und Lokalen zugelassen sind, so daß die ausgeleitete soziale Gleichheit unterminiert wird. Man spürt bereits den Todeshauch marktwirtschaftlicher (Geld-Schein-) Freiheit. Prinzipiell befindet sich Cuba in dem Dilemma, das der Stalinischen Not-Konzeption der Entwicklung des „Sozialismus in einem Land“ zugrunde liegt: wie kann „Sozialismus auf einer Insel“ entwickelt werden, die umgeben ist von kapitalistischen Drohungen und Verlockungen? Meines Wissens haben auch schöngeistige Kritiker zu der Castro-schen Alternative „Vaterland oder

Tod“ keinen anderen Weg anzubieten außer vielleicht den der Kapitulation - und die dürfte mit den aufrechten Kubanern so bald nicht zu haben sein. Eine weitere Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Lage in Cuba läßt sich wohl kaum noch lange durchhalten, insbesondere nicht gegenüber der jüngeren Generation und den Intellektuellen. Aber da pennen Leute auf der Linken, ergehen sich in Erörterungen über vereinzelte cubanische Schriftsteller, denen es hier im Westen besser gefällt, u. a. weil sie hier auf bereitwillige Meinungs-vervielfältiger stoßen. Zahlreiche Verfassungsreformen wurden beschlossen, doch der Drohbrief des cubanischen Kultusministers an den Schriftsteller Diaz erhielt bei uns eine ziffache Publizität. Zwar ist auch für mich wie für Oliver der Fall des Schriftstellers Diaz kritisierenswert: aber was hilft das schon in der jetzigen Lage?

komplexe wegen des ‚Untergangs‘ der osteuropäischen Staaten, an denen scheinbar von Linken zu wenig Kritik geübt worden ist (sagen die Konservativen) - als wenn das irgendetwas genutzt hätte, als wenn wir dadurch in den Augen der Herrschenden auch nur einen Deut „glaubwürdiger“ geworden wären, als wenn dadurch die „NATO-Eindämmungspolitik“ eingeschränkt worden wäre. Meiner Meinung nach würde auch Intellektuellen wie Diaz nachhaltiger geholfen werden, wenn die Rahmenbedingungen für Cuba verbessert würden: vielleicht durch die Arbeit der Linken hier und in den USA. An uns in Europa ist es, den ‚Scharfmachern‘ in den USA und hier auf die Füße zu treten, um die Verelendung oder eine soziale Explosion auf Cuba zu vermeiden und eine selbstbestimmte Zukunft des cubanischen Volkes zu ermöglichen. Für Linke könnte dies ein zentrales Feld internationalistischer Arbeit sein, denn in Cuba wird tatsächlich (noch) an einem vorbildlichen Entwicklungsmodell gearbeitet und eine (notgedrungen) sparsame, ökologische Lebensweise anvisiert. Nicht zuletzt ist Cuba gerade heute ein bedeutendes Symbol für (relativ) eigenständige Entwicklung, Gegenmacht gegen Imperialismus und kapitalistische Expansion: Mutmachend also. Konkrete Ziele für Aktionen gibt es viele: Hilfe der BRD (z.B. Ex-DDR-Verpflichtungen), Aufhebung der (US-) Blockade, Sammlung von Spenden und von Hilfsgütern (Medikamente etc.), Partnerschafts- und Austauschprogramme, Technologie- und Ökologieprojekte, vielleicht müßte das Auswärtige Amt in einer symbolischen Aktion eingemauert werden. Meines Erachtens ist den Linken das Mitfühlen und solidarische Bewußtsein abhanden gekommen, bzw. wird es seit längerer Zeit schon nicht mehr massenwirksam artikuliert. Durch die uns aufgedrückte Kritik an einigen Aspekten der cubanischen Innenpolitik lassen sich noch zu viele von uns abhalten von nachhaltiger Solidarität. Die Linke reagiert lediglich, ist in der Defensive. Nötig ist aber ein linkes, außenpolitisch relevantes Aktionsbündnis. In Cuba geht es um mehr als nur um den Aufbau von „Sozialismus auf einer Insel“, es geht um konkrete Perspektiven für die Menschen, auch in Lateinamerika, die Abschied nehmen wol-

len vom Neo-Liberalismus, den ihre Eliten ihnen aufzwingen. Mit Cuba geht es meines Erachtens aber auch um einen Testfall für das außenpolitische Aktionspotential der Linken hier - bislang ist dies sehr negativ bzw. fast ganz „ausgefallen“. Es geht um eine Bewußtmachung und Überwindung der außenpolitischen Abstinenz der westeuropäischen Linken. Die Ohnmacht wird anhand der schrecklichen Gewaltakte in verschiedenen Weltregionen augenfällig, meines Erachtens findet sie aber in der Haltung gegenüber Cuba ihren prägnantesten Ausdruck: weil die Linke (fast) nichts tut, sondern geschehen läßt bzw. defensiv reagiert. Dies finde ich vor allem deshalb beängstigend, weil der außenpolitische Kurs Deutschlands und EG-Europas ja nicht automatisch zum Besten sich wenden dürfte, sondern mittlerweile militaristische Züge dominieren. Dagegen hilft nichts anderes, als daß wir nachdrücklich und offensiv Solidarität üben mit diesem „internationalistischsten Land der Welt“ (E.Galeano). Mit den sarkastischen Meinungsäußerungen Olivers ist evtl. ein lockeres Lesevergnügen befriedigt worden, doch den cubanischen Menschen oder uns selbst hat er dadurch keinerlei Andeutungen für eine Alternative aufgezeigt. Und diese Kombination schicker Kritik mit einer Vorenthaltung realer Utopien oder politischer Optionen empfinde ich besonders unpassend in der heutigen Zeit, die nach linker Praxis schreit. Vielleicht ist es gerade die offensive, konstruktive und aufrechte Haltung des cubanischen Volkes, die ihm einen sozialistischen Weg ermöglichte, während die bundesdeutsche Linke mit abstrakt-theoretischen, personalisierenden, fragmentierenden, puristischen und moralisierenden Erörterungen ihre Zeit verbrachte. Solidarität mit Cuba ist ein Testfeld für die Politikfähigkeit und das Aktions- und Mitwirkungspotential der Linken in der BRD und in EG-Europa auf dem Feld der Außenpolitik. In Zukunft werden mehr Problemfälle und Aufgaben auf uns zukommen, für die wir uns durch engagierte Zusammenarbeit wappnen müssen.

- Was kann mensch damit erreichen?
- Werden dadurch die Handelsbeziehungen Cubas zur EG verbessert?
- Wird dadurch die Bundesregierung sich überzeugen lassen und endlich das früher von der DDR gelieferte Milchpulver für cubanische Schulkinder wieder nach Cuba senden?
- Wird Bonn wieder das cubanische Nickel importieren?
- Werden dadurch die Erlikubaner davon zurückgehalten, mit Schnellbooten cubanische Küstengebiete zu beschleichen? Werden dadurch die geheimdienstlichen Aggressionen gegen Cuba reduziert werden?
- Nein - aber vielleicht haben ‚linke‘ Cuba-Kritiker die Genugtuung eines reinen Gewissens. Vielleicht gibt es da noch unverarbeitete Schuld-

* Edgar Göll, Sozialwissenschaftler, Berlin, Mitglied in der ProVis-Praxisgruppe „Internationalen“.

Anständig unmoralisch

von Oliver Brosch-Guesnet

Der Mann - im Fernsehen sah es so aus, als trüge er einen Ledermantel - stand auf einem Podium. "Heuchler, Heuchler" - Sprechchor: irritiert ihn nicht. Der Mann hat das Wort: "Organisiert den Anstand." Diesmal Imperativ. Für die anständige Mehrheit der Deutschen. Wir machen das anständiger. Das Asylrecht anständig abschaffen.

Der Mann hat auch etwas zu demonstrieren: seine Sekundärtugenden. Die Partei, über die der Mann meist mit einem besitzanzeigenden Fürwort spricht, ist vor der feindlichen Welt und vor der politisch-moralischen Verheerung, die sie selbst angerichtet hat, in die warme Feldküche des Anstands geflüchtet. An den heimischen Herd, wo man sich gerne erinnert, wie's früher einmal war; früher, als es noch Manieren gab, und Männerbünde, saubere Lösungen und eine heiße Suppe für die Bedürftigen, aber keinen Grund, bei Parteiveranstaltungen "Pfui" und "Unverschämtheit" zu rufen, und keine Fremden, die auf unsere Gartenzwerge scheißen. Bei den Reaktionen gegen die Postmoderne macht ein Wort Karriere, bei dem mir eigentlich nur Tante Therese (Anstandswauwau) und eine Bestellung einfallen: "Machen'se mir mal'n anständiges Frühstück, und drei Aspirin bitte!"

Außerdem ist Anstand noch, so steht es im Lexikon, "die versteckte Stelle, an der der Jäger das Wild erwartet". Es gibt gute Jäger, die nach alter Väter Sitte den Blattschuß beherrschen, und gesetzlose Wilderer im angestammten Revier. Nachdem sie eine Zeitlang nützlich waren, wird ihr Treiben nun - mit einem Zeichen der Versöhnung - beendet. Der Jagdschein und die Waidgerechtigkeit unterscheiden schließlich die, die das Volk vertreten oder bereit zur Verantwortung stehen, von denen, die für das Volk den Freischütz mimen und denen das Publikum Beifall zollt. "Wir bringen die Asylantenmeute legal zur Strecke, verlaßt Euch nur auf den guten Maxl, den wackeren Grünrock" - und auf die ganze Biedermeier-Mythologie, der er genauso entstammt wie der Glaube, die deutsche Sozialdemokratie wisse einmal im ent-

scheidenen Moment, wo der Hase langläuft.

Das wüßte sie, wenn sie neben "Führungsqualität" und "Verantwortungsbereitschaft", neben "Zuwanderungssteuerung" und "Verhandlungsgeschick" noch etwas primäres hätte, eine Instanz, die nicht wahr oder falsch, aber gut und böse unterscheidbar macht. Aber mit dem Aufstieg des Anstands ließ sich der Abstieg der Moral so gut verbinden. Und das hat eigentlich allen gut gefallen. Denn was den einen ihre Verantwortungsethik, ist den anderen die wissenschaftliche Herangehensweise: sozialistisch, aber wertfrei. Einträchtig gebrauchen sie das Wort Moral seit langem nur noch pejorativ: "Das ist leider nur moralisch argumentiert." Komparativ: "Moralisiert". Superlativ: "Total moralisch unter Druck gesetzt". Gemeinsam werden sie nicht gerne daran erinnert, daß alles einmal auch in ihren Köpfen mit einer Empfindung von Ungerechtigkeit, mit einer Wut und einer Sehnsucht angefangen haben muß.

Die früher kluge Landesvorsitzende, die in einer Talkshow keinen geraden Satz mehr sprechen kann außer dem, daß Politik schließlich keine moralische Instanz sei; oder

der einstige kritische Kritiker, der sich beißt, weil er im Vorzimmer eines künftigen Ministerpräsidenten so viele Hetzbriefe gegen Flüchtlinge zu lesen bekommt; oder

der neue große alte Mann der Partei, den schon eine Drei-Minuten-Satire im Fernsehen ausflippen läßt; oder

der sonst so joviale Altlinke, der vor versammelter Mannschaft einen Pfarrer abkanzelt, weil der seine Prinzipien behalten hat; oder

der mutierte Antirevisionist, der sich im "Vorwärts" beklagt, daß die Partei dem Mob nicht alles recht machen will - sie alle sind in der Partei und nicht in der Therapie, und sie bilden eine Bande der Sorte Mensch, die Maxim Biller

kürzlich "Feiglinge ohne Moral" genannt hat.

Was Moral eigentlich ist? "Moral ist nichts anderes als eine Art zwischenmenschlicher Nichtangriffspakt, die Grundlage jeder Debatte, jeder vernünftigen Analyse. Und Moral ist das einzig passable Instrument zum Bändigen der echten, gemeinen, existenzbedrohenden Realität", sagt Biller. Sie ist der Treibstoff der Zivilgesellschaft, dessen Zufuhr eine Kamarilla des "business as usual" gerade abzdrehen versucht. Der Zucker, den sie in den Tank schüttet, heißt Anstand, oder Asylkompromiß oder Absage an die Gesinnungsethik.

Die Welt der Postmoderne, des Chaos, der Unsicherheit, die Welt von Risiko, Alternative, Konflikt und Multikulti, kennt nicht viele Spielregeln. Eine davon ist, im richtigen Augenblick "Nein" zu sagen, eine weitere ist, einen bestimmten Rest des eigenen ideellen Vermögens niemals, unter keinen Umständen preiszugeben. Der Rest muß ausgehandelt werden. Ein Spielverderber ist, wer sich daran nicht hält, aber sonst alles bis ins kleinste Detail wissen und festlegen will. Wer zurück in die siebziger Jahre oder gleich ins 19. Jahrhundert will, zurück zu Romantik, Tugend, Ehre und Utopie der schlechten Art, ist unmoralisch.

Der sichere Hafen, das Ziel der Gewißheitssuche, die Heimat oder die Regierungsbank: es sind leere Orte, an denen es keine offenen Widersprüche, keinen Streit, keine Tabuverletzung, kein Anderssein und keine Lust mehr gibt. Grobian, den Schutzpatron der Schlemmer und Säufer, den Antihelden aus der "Anstandsliteratur" früherer Jahrhunderte, sucht man dort vergeblich. Aber wer weiß, vielleicht werden statt Parteibüchern bald Benimmbücher ausgegeben, und niemand wird sich mehr daran erinnern, daß im Prozeß der Zivilisation vor dem Verbot des Rülpsens und Popelns bei Tisch der Brauch eingeführt wurde, Menschen nicht mehr auf offener Straße zu erschlagen.



B L I C K
IN
D I E W E L T

Heinz-Gerd Hofschien

Wie der "Spiegel" schreibt, plant Innenminister Seiters den Einsatz der Bundeswehr zur Sicherung unserer Ostgrenze gegen illegale Grenzübertreite. Dann sollte aber subito mit den Mauerschützenprozessen Schluß gemacht werden, sonst werden unsere Grenztruppen am Antiasylanten-Wall aber arg demotiviert.

Und die GRÜNEN sind doch noch eine radikale Partei. So tragen sie zwar in der Bremer Ampelkoalition bedingungslos eine Sanierungspolitik mit, die Bonner Finanzhilfen für das hochverschuldete Bundesland dadurch erreichen will, daß sie rigide Sparmaßnahmen in der Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik zugunsten weiterer Industriesubventionen vorsieht, aber schön ist, wie sie dies tun: In dem Antrag zu ihrer Landesmitgliederversammlung, der das senatorische Sanierungskonzept gutheißt, schreiben sie "ohne Verkleisterungslyrik" ausdrücklich, daß diese von ihnen mitgetragene Politik auf Kosten der Armen und Schwachen gehen werde. "Radikale Ehrlichkeit" nannte das ein Sprecher der GRÜNEN.

Eduard Schwewardnadse, der frühere Außenminister, der sich in einem Gespräch mit Brigitte Seebacher-Brandt rühmte, mit Gorbatschow allein die deutsche Einigung an allen sowjetischen Gremien vorbei durchgesetzt zu haben, ist nun bürgerkriegsführender Präsident Georgiens - wo er vormals Er-

ster Sekretär der KPdSU war - und neuerdings Christ. Er ließ sich in der georgisch-orthodoxen Kathedrale in Tiflis auf den Namen Georgi taufen und verkündete, daß an der Stelle in seinem Arbeitszimmer, wo früher ein Porträt Stalins gehangen habe, jetzt ein Bild der Jungfrau Maria die Wand ziere. Wie man sieht, war der Mann schon immer gläubig.

Auch in Ungarn herrscht jetzt Demokratie und da kann der Vizepräsident der Regierungspartei "Ungarisches Demokratisches Forum", Istvan Csorba, auch ungestraft schreiben, daß das "Ungarntum" Opfer einer internationalen jüdisch-bolschewistischen Verschwörung sei. Demokratischerweise überläßt diese Partei, deren Ministerpräsident Antal ein hierzulande besonders hochgelobter Demokrat ist, ihren Ordnungsdienst Skinhead-Banden, die Juden, Sintis und Linke terrorisieren und den liberalen Staatspräsidenten mit "Judenschwein"-Rufen niederbrüllen. Aber wieso sollen die Ungarn nicht zu ihren Pfeilkreuzlern zurückkehren, wenn ihr deutsches Vorbild wieder jedes Wochenende brennend und mordend vor die Ausländerheime zieht?

In Westdeutschland ist kein einziger Nazi-Richter nach 1945 von deutschen Gerichten verurteilt worden. Damit solche Fehler wie bei der Entnazifizierung nun bei der Entkommunistifizierung nicht wieder vorkommen, werden nun die Richter vor Gericht gebracht, die in der Ostzone und der DDR die Nazis verurteilt haben. Der erste dieser Angeklagten ist der heute 86jährige Otto Jürgens, der 1950 in Waldheim den Nazi-Staatsanwalt Rosenmüller zum Tode verurteilt hat, der an zahlreichen NS-Terrorurteilen beteiligt gewesen war. Letzteres interessiert aber weder das Leipziger Bezirksgericht, das Jürgens wegen "Mordes zulasten Herrn Rosenmüllers" anklagte, noch die Presse, die von "Willkürverfahren der DDR gegen angebliche Nazis" schreibt. Wahrscheinlich war tatsächlich der Prozeß von 1950 in Waldheim kein rechtsstaatliches Verfahren. Wie herrlich rechtsstaatlich war dagegen die Justiz der Bundesrepublik,

die die Nazi-Blutrichter nicht nur nicht anklagte, sondern sie bald wieder in ihren Diensten hatte, bis sie in Ehren pensioniert ihre schönen Ruhestandsbezüge verzehren konnten.

Die "FAZ" macht sich Sorgen um die Linke. "What's left" heißt der feingeistige Titel ihrer Artikelserie, in der zum Beispiel Ernst Nolte uns erklärt, daß sich die Linke allseitig durchgesetzt habe - soweit sie marktwirtschaftlich und liberal gesonnen sei - und daß nur die sozialistische Linke keine Chance mehr bekommen dürfe, anderenfalls das Bürgertum wieder zur Notwehr greifen würde. Aber auch die mediale Nachlaßverwalterin der Frankfurter Sponti-Szene, Cora Stephan, darf ein paar Hunderter verdienen: "Gut, daß es sie gibt, die Linke, die gutwilligen Kreise, die edlen Seelen und wie man sie sonst noch titulieren mag, unsere Gesellschaftskritiker von Rang. Denn ohne sie fehlte etwas im Spiel deutscher Selbstvergewisserung: der Gegner, an dem sich abarbeiten kann, was ohne ihn ein bißchen blaß daher käme - die demokratische Gesellschaft der Bürger... Das Watschenkollektiv 'die Linke' hat noch nicht ausgedient. Deshalb: Hiergeblieben! Und schließlich: es fehlte denn doch etwas, käme es nicht mehr regelmäßig zum sogenannten Intellektuellenstreit, der zwar nur eben diese so richtig aufzuwühlen vermag. Aber schließlich haben wir unsere Minderheiten lieb. Von daher sei sie unentbehrlich, die Linke, und "man wird sich darauf verlassen können, daß sie immer wiedererstehen wird... Nicht nur als Folge des von Katharina Rutschky bemerkten 'konstitutionellen Schwachsinn der Jugend'..." Frau Stephans Hoffnung auf diese Wiedererstehung ist verständlich, denn ohne diese wird sie ihren Lebensunterhalt auch nicht mehr mit Attacken gegen die Arbeiterbewegung, die Stamokaps und den Totalitarismus der Linken bestreiten können, was sie seit 15 Jahren mit dem schicken Flair der Sponti-Herkunft tut - seit ihr "konstitutioneller Schwachsinn der Jugend" der gewöhnlichen Altersdemenz unserer Lohnschreiber gewichen ist.

Neu im Herbst '92



Gisela Preuschoff/Axel Preuschoff
Gewalt an Schulen
 Und was dagegen zu tun ist

156 Seiten, DM 18,-
 ISBN 3-89438-049-7

Vorankündigung zum 175jährigen
 Jubiläum des Wartburgfestes

Ludwig Elm/Dietrich Heither/
 Gerhard Schäfer (Hg.)
Füxe, Burschen, Alte Herren
 Studentische Korporationen
 vom Wartburgfest bis heute

Etwa 350 Seiten, ca. DM 24,-
 ISBN 3-89438-050-0

(lieferbar im Oktober)

PapyRossa Verlag

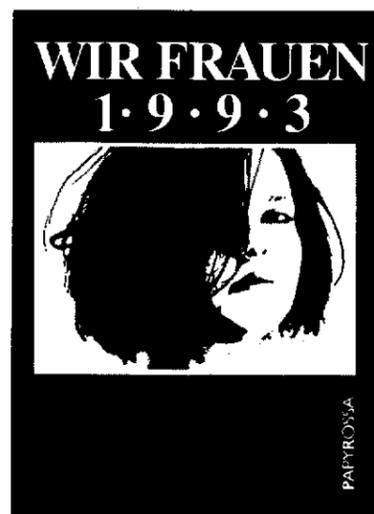
Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 u. 44 62 40, Fax 44 43 05

Edith Laudowicz (Hg.)

Fatimas Töchter
Frauen im Islam

Mit Beiträgen von Rukhsana
 Ahmad, Nadia al-Bagdadi, Nasrin
 Bassiri, Gohartaj Daneshvar, Elke
 Grawert, Sabine Kebir, Edith
 Laudowicz, Margitta Ogundare

197 Seiten, DM 19,80
 ISBN 3-89438-051-9



Der Frauenkalender

WIR FRAUEN 1993
Taschenkalender

288 Seiten, DM 11,80
 ISBN 3-89438-046-2

Einführung zu "Eurovisionen"

Auch dieses Jahr eröffnen wir die spw-Saison mit einem Europa-Schwerpunkt. Zur Erinnerung: Im Heft 1/92 setzten Peter Scherer und Klaus-Peter Weiner zwei unterschiedliche Akzente, um Europa in der "neuen Weltordnung" zu verorten. Ging es dem einen (Scherer) darum, die geopolitische Positionierung bzw. Formierung Europas im Sinne der Imperialismus-Theorie zu verstehen, ging der andere (Weiner) stärker von der Dynamik der westeuropäischen Integration aus. Sie markierten damit ein Spannungsverhältnis - freilich mit der Gemeinsamkeit, daß die Frage nach Entwicklungsoptionen der Linken, nach "Leitbildern europäischer Zukunft" offen blieb.

Die Aufsätze in diesem Heft versuchen nun schon, einige kleine Schritte weiter voranzugehen, wobei die beiden Hauptaufsätze von Bonder/Rötger sowie von Kremer offenkundig von einer ähnlichen Grundgedankenföhrung ausgehen. Sie werfen nämlich die Frage auf, ob sich im Kontext der "neuen Weltordnung" auch Spielräume für eine spezifisch-europäische Fortschrittsperspektive ergeben, was im Grundsatz bejaht wird. Weitgehend an Bonder/Rötger anschließend lassen sich folgende (west) europäische Entwicklungsalternativen einschließlich ihrer Ambivalenzen so zusammenfassen:

Dominant ist die "metropolitane EG-Integration", die durch zwei Pole gekennzeichnet ist - nämlich den Neoliberalismus (Deregulierung und Privatisierung) und Monetarismus (restriktive Geld- und Finanzpolitik) auf der einen, weltmarktorientierte Industriepolitik in der "Triade" Nordamerika/Ostasien/Westeuropa und Regulierung von technologischen Innovationsprozessen auf der anderen Seite. Dies ist letztlich die "Festung Europa" - die Verfestigung von "Wohlstandsringen" um den inneren westeuropäischen Kern und die weitgehende Abschottung gegenüber den südlichen Erdteilen. Auf der anderen Seite steht ein offenes Modell innerer und äußerer Strukturpolitik, das sich zwischen den Polen einer umbau- und

"süd"orientierten Industrie- und Strukturpolitik und einer keynesianisch inspirierten (geld- und finanzpolitisch gelockerten) Investitions- und Beschäftigungspolitik bewegt, das also "mit dem Primat der monetären Stabilisierung bricht und einen Primat der Strukturpolitik durchsetzt." (so Bonder/Rötger) Diese Pole werden durch den industriepolitischen "umbauorientierten" Aufsatz von Kremer und den "nachfrageorientierten" bzw. "euro-keynesianischen" Artikel von Harald Unfried abgesteckt. Vielleicht eröffnet die Verbindung beider Elemente den Zugang zu einer politisch-ökonomischen Gesamtkonzeption? Allerdings sind unter diesem Blickwinkel noch einige weitere Fragen zu klären:



- o Kremer plädiert ziemlich pauschal für eine industriepolitische Wende und ein Comeback des Staates. Zumindest diese Wende ist mittlerweile schon weitgehend eingetreten. Daß der Marktliberalismus zunehmend den Bach abgeht, ist zu begrüßen, doch spaltet sich nun auch immer klarer der Weg der "neuen Industriepolitik" zwischen kapitalorientierter Weltmarktkonkurrenz und ökologisch-sozialem Umbau. Müßten daher nicht auch diese Alternativen deutlicher herausgearbeitet werden?
- o Bei allen sonstigen Gleichklängen bestehen zwischen Bonder/Rötger und Kremer doch Unterschiede in

der "Staatsfrage". Zwar sind beide Aufsätze einig in der Betonung gesellschaftlich formulierter und verankerter Kompromißstrukturen. Kremer neigt allerdings dazu, aufgrund der Dimension der Umbaufaufgaben dem Staat dabei wieder eine deutlich stärkere Rolle zuzumessen als dies in der Linken seit mehr als 10 Jahren üblich war. Bonder/Rötger hingegen betonen eher den "zivilen Charakter" einer neuen europäischen Strukturpolitik.

- o Bonder/Rötger sprechen offen von einem europäischen "Wachstumsmodell", Kremer erinnert an die "Politik ausgewählter Wachstumsfelder" und bei Unfrieds mehr oder weniger keynesianischer Option darf man wohl getrost eine erhebliche Wachstumsdynamik unterstellen. Bitte schön: Der Abgleich mit dem in der spw jüngst von Uli Wolf, früher schon von Tjaden u.a. formulierten Position der Fortschrittspolitik und des Wachstumsverzichts steht noch aus. Dabei geht es gar nicht um einen allgemeinen Schlagabtausch, sondern man müßte die Sache mit den "ausgewählten Wachstumsfeldern" oder einer "südorientierten Industriepolitik" usw. einmal durchbuchstabieren...

- o Schließlich argumentieren die Aufsätze überwiegend polit-ökonomisch. Der sozial-kulturelle Kontext fehlt doch weitgehend. Er dürfte sich auf zweierlei beziehen: einmal auf die Prozesse der Migration, der ethnischen Konflikte, der regionalen Identitätsbildung usw., zum anderen auf das Verhältnis zwischen europäischer und US-amerikanischer Kultur. Immerhin: Sehr interessante Anstöße dazu gibt es schon in diesem Heft durch Ingo Arends Bericht über ein Forum zum europäischen Film.

Die spw-Redaktion

EUROVISIONEN

Triaden-Politik oder gesellschafts- und strukturpolitische Neuordnung Europas?

EUROVISIONEN

von Michael Bonder/ Bernd Röttger*

In Maastricht sollte der EG die Tür ins 21. Jahrhundert aufgestoßen werden. Kaum hatte der EG-Troß die Stadt verlassen, schon schlug die Europhorie in eine Europhobie um. Das Vertragswerk stürzte die EG in eine tiefe Krise. Kein Tag vergeht, an dem sie nicht für negative Schlagzeilen sorgt. Jüngstes Beispiel ist der von der Kommission ausgehandelte Kompromiß im Agrarstreit mit den USA. Tenor der Kritik ist, die EG habe die europäischen Bauern ohne Not und willfährig amerikanischen Interessen geopfert. Hier offenbart sich die gegenwärtige Malaise des europäischen Integrationsprozesses. In einer Zeit, in der Europa vor neuen gewaltigen Herausforderungen steht und politische Gestaltungskraft gefordert ist, versteckt sich die politische Klasse hinter den "Sachzwängen" der liberalisierten Weltwirtschaft: Sie habe keine Handlungsspielräume. Aber weder der vielgeschworene und angeblich omnipotente Markt, noch die Verbündeten in den USA oder Japan werden Westeuropa von der Herausforderung befreien, den daniederliegenden Osten in die westliche Arbeitsteilung zu integrieren. Westeuropa ist gezwungen, sich entgegen der gewohnten Konzentration auf die Wettbewerbsfähigkeit im westlichen Konkurrenzverhältnis Handlungsspielräume für ein gesamteuropäisches Wachstumsmodell zu schaffen. Stellt die von einigen geforderte, von anderen befürchtete

"Renaissance der Politik" im Maastricht-Europa geeignete Instrumente hierfür zur Verfügung? Oder ist die herrschende Neuordnung Europas dadurch geprägt, daß sich die Politik an den Sach- und Anpassungszwängen der Konkurrenz zu den US-amerikanischen und japanischen Anbietern ausrichtet? Was sind schließlich die konstitutiven Strukturen eines europäischen Wachstumsmodells, das in der Lage wäre, der akuten Gefahren des Nationalismus und des Neorassismus Herr zu werden?

Aufstieg der Triade und Niedergang der Politik

Die weltwirtschaftliche Dynamik der 80er Jahre spricht eine eindeutige Sprache. Die Handels- und Produktionsverflechtungen, aber auch der Kampf um Weltmarktanteile, die industrielle Produktion und der transnationale Finanzmarkt konzentrieren sich immer enger auf das Zentrum des OECD-Wirtschaftsraums. Die Aufschwungphase der Weltwirtschaft in den 80er Jahren läßt sich als Prozeß der Triadisierung

zwischen den USA, Westeuropa und Japan charakterisieren¹. In seiner Folge haben sich nicht nur die gegenseitigen Abhängigkeiten erhöht, sondern auch neue politische Verhaltensmuster durchgesetzt. Es handelt sich um Tendenzen der Vereinheitlichung innerhalb der Triade, die zunächst ökonomischen Ursprungs waren, dann aber gesellschaftliche und politische Dimensionen erreicht haben.

Wegbereiter dieser Transnationalisierungswelle war in den 80er Jahren der ideologische und wirtschaftspolitische Triumph des Neoliberalismus, der sich in der Form von "Reaganomics" und "Thatcherismus" wie ein Flächenbrand in den entwickelten kapitalistischen Ländern ausdehnte. Vor seinem herben Charme erlebten selbst sozialistische Regierungen. Die wirtschaftspolitischen Strategien schienen wie über einen Kamm geschert: Zurückdrängung des Staates aus der Ökonomie, Privatisierung, Steuerentlastung für Unternehmen und Geldbesitz, Einschnitte in der sozialen Sicherung und Flexibilisierung im Arbeitsrecht.

Das vorherrschende Verhaltensmuster ist das der Imitation. Im globalen Konkurrenzkampf setzt der auf seinem Gebiet Erfolgreichste die Normen. Wer hier bestehen will, kann sich diesen Vorgaben nicht entziehen. Er wird gezwungen, die vermeintlichen Erfolgsrezepte des jeweils anderen zu kopieren. In Westeuropa und den USA ist die Umsetzung japanischer Management- und Arbeitsorganisationkonzepte schon zur

Existenzfrage stilisiert worden². Die Gesellschafts-"Modelle" durchdringen sich. Zwar sind die bestehenden industriellen Spezialisierungsprofile in den drei Weltregionen nicht identisch, aber keiner von ihnen kann auf den alleinigen Besitz eines dynamischen Wachstumssektors verweisen. Hegemoniefähig ist keiner mehr. Fällt einer der regionalen Konkurrenten in einem Sektor zurück, etwa Europa in der Halbleiter-Industrie oder in der Luft- und Raumfahrt, wird auf Biegen und Brechen versucht, verlorenes Terrain durch Technologiepolitik wieder wett zu machen³. Nationalstaatliche Strategien werden durch die Triade bestimmt.

Indem die Transnationalen Konzerne (TNK) zu den eigentlichen Modernisierungsakteuren geworden sind, hat sich darüber hinaus innerhalb der Metropolen die Standortkonkurrenz verschärft. Standortentscheidungen werden nicht aus Gründen nationaler Zugehörigkeit getroffen, sondern wegen der jeweiligen Standortvorteile, die sie für das Produktionssegment bieten können. Je mehr die Transnationalisierung der Produktion voranschreitet, desto schärfer werden die Auseinandersetzungen zwischen den regionalen und lokalen Instanzen und Interessen. Die Politik wird zur Funktion des Standorts, indem versucht wird, die Region in die neuen, transnational-vernetzenden Modernisierungsprozesse der TNKs einzubinden. Der so bewirkte Deregulierungs- bzw. Subventionierungswettlauf engt den Handlungsspielraum der regionalen und lokalen Politik zusehends ein. Gleichzeitig werden aber auch nationalstaatliche Strategien, die auf eine Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse im Innern zielen, notgedrungen relativiert.

Die neoliberale und neokonservative Wende der 80er Jahre mutete wie ein Kotau vor den sich transnationalisierenden ökonomischen Kräften an. Mit dem Rückzug des Staates wird Transnationalisierung der Ökonomie gefördert und so die "Sachzwänge" verfestigt, die wiederum diesen Rückzug plausibel erscheinen lassen. Die Politik der Deregulierung reflektiert daher zunächst lediglich die Unfähigkeit des Nationalstaates, eine ökonomische und gesellschaftliche Regulierung unter den Bedingungen globalisierter Märkte durchzusetzen. Unterstützt wurde diese Unterwerfung der Politik unter

die Ökonomie von dem Verzicht auf die Errichtung einer internationalen Ordnung, die politische Regulierungen auf globaler Ebene ermöglichte. Nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1971/73 verfallen die noch bestehenden institutionellen Eingriffsmöglichkeiten der Politik in weltökonomische Prozesse zunehmend der Bedeutungslosigkeit. Die gegenwärtigen Bemühungen, im Rahmen des GATT zu einer Einigung in eher untergeordneten Fragen zu gelangen, erinnern an die berichtigten Zusammenkünfte der Kesselflicker. Das Hauen und Stechen um die Durchsetzung nationaler Interessen hat die Uruguay-Runde längst zur Uruguay-Farce verkommen lassen.

Ein grundlegender Widerspruch des Weltsystems hat sich aufgebaut: Während der Nationalstaat als alleinige politische Instanz noch über die Interventionspotentiale und eine politisch-demokratische Legitimation verfügt, hat sich sein Regulierungsobjekt, nämlich die Wirtschaftskreisläufe, aus den nationalstaatlichen Grenzen verflüchtigt. Die politischen Instrumente sind entschärft. Es entsteht ein deutliches Regulierungsdefizit der Politik, auch deshalb, weil supranationale Politik immer wieder von den nationalen Interessen blockiert wird. Dramatisch offenbart hat sich diese Kluft jüngst in den kläglichen Versuchen der EG-Zentralbanken, gegen die Spekulanten des transnationalen Finanzmarktes anzukämpfen, um das Europäische Währungssystem (EWS) in seinem Bestand zu verteidigen. Gegen die Versuche, die Politik fester Wechselkurse gegen den Finanzmarkt aufrecht zu erhalten, wirkt Don Quijotes Kampf gegen die Windmühlen fast wie ein Heldenepos. Statt einer tatsächlichen Politisierung der ökonomischen Beziehungen wird die Transnationalisierung des Bankensektors vorangetrieben, um den "Casino-Kapitalismus" noch reibungsloser zu betreiben. Die Währungs- und Zinspolitik kann nur noch um "Vertrauen" in ihre Politik betteln. Die Industriepolitik droht bedeutungslos zu werden. Die Zunahme "strategischer Allianzen" zwischen den TNKs der Triade zur Lösung insbesondere von Forschungs- und Entwicklungsproblemen, die jeder für sich nicht mehr bewältigen kann, ist so auch eine Reaktion auf das Versagen staatlicher Industriepolitik. Es scheint sich das Bild

zu bestätigen, in dem der Staat nurmehr die Aufgabe hat, die Deckstühle auf einem Dampfer zu ordnen, dessen Kurs er nicht mehr bestimmt. Fatal, wenn der Dampfer "Titanic" hieße.

Regionalisierung und Re-Politisierung der Weltwirtschaft?

Inzwischen mehren sich insbesondere in Westeuropa und den USA, in denen der Neoliberalismus seinen Triumph voreilig zelebrierte, die Stimmen, die eine Re-Politisierung ökonomischer Prozesse fordern. Der Staat müsse eine entscheidende Aufgabe bei der Durchsetzung von Innovationsprozessen übernehmen, um die Weltmarktkonkurrenzfähigkeit der nationalen/regionalen Ökonomie zu gewährleisten⁴. In den weltwirtschaftlichen Peripherien dagegen feiert der Neoliberalismus als Entwicklungsstrategie fröhliche Urständ. Je liberalistischer das innenpolitische Regime, desto größer die Hoffnungen, sich in die transnationalen Vernetzungen einklinken zu können, um so wenigstens marginal an den weltgesellschaftlichen Modernisierungsprozessen zu partizipieren. Auf dem Boden der sich seit Mitte der 80er Jahre intensivierenden Bestrebungen, Prozesse regionaler Integration zu organisieren, erblühen die Hoffnungen auf eine "Renaissance der Politik". Europa marschiert an der Spitze. Während die USA, Kanada und Mexiko sich aufgemacht haben und mit dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) die weltgrößte Freihandelszone geschaffen haben, Japan sich mit der Regionalisierung zurückhält, aber die südostasiatischen Nachrücker sich im Schatten Japans um einen asiatischen Freihandelsraum bemühen, macht die regionale Integration in Europa deutlich, daß hier keineswegs der Tradition der Marktliberalisierung gefolgt wird. War das Binnenmarktprojekt der EG noch ein großes Deregulierungsprogramm, entwickelte es schnell eine politische Dynamik, die sich aus den Bemühungen um eine Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse innerhalb dieser Weltregion

* Michael Bonder, Politikwissenschaftler an der TU Braunschweig, Bernd Röttger, Dipl.-Pol., wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hannover

ergab. Dieser Zwang zur Politisierung der transnationalen Beziehungen ist durch den Zusammenbruch Osteuropas und deren "Rückkehr nach Europa" noch verstärkt worden.

Mit der zunehmenden Regionalisierung der Weltwirtschaft stellt sich zunächst das weltgesellschaftliche Spannungsfeld von Vereinheitlichung und Fraktionierung in Europa neu. Diese Neugestaltung vollzieht sich jedoch keineswegs so linear, wie die Apologeten des kapitalistischen Weltmarktes suggerieren wollen. Die formale Unterordnung unter die gleichen Funktionsmechanismen des kapitalistischen Weltmarktes bewirkt keineswegs eine substantielle Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse in ganz Europa. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und der Krise der globalen Industrialisierung stellt sich vielmehr ein neues Entwicklungsdilemma. Nachdem die Triadisierung der Weltwirtschaft die Zwangsabkopplung vieler Weltregionen von den industriellen Modernisierungsprozessen bewirkt hat, bildet die Einbindung der Peripherien in die von den Zentren der Weltwirtschaft organisierte regionale Integration eine letzte Entwicklungschance. So auch für den Mittelmeerraum und Osteuropa. Die regionale Integration eröffnet dabei zwei gegensätzliche

Optionen: Entweder sie bewirkt eine Vereinheitlichung nach innen, die an eine Politisierung der ökonomischen Beziehungen in Europa geknüpft ist. Oder sie wird von den Triade-Kräften des globalisierten Kapitals für eine Angleichung nach außen, also einer Vereinheitlichung innerhalb der Triade, instrumentalisiert. Will Europa als Triaden-Macht fungieren, folgt die Form europäischer Neuordnung den Diktaten der Weltmarktkonkurrenz, mit entsprechend restriktiven Konsequenzen für den politischen Handlungsspielraum. Ökonomisch erfolgt die Einbindung der regionalen Peripherien nur funktional zur Vitalisierung der Wirtschaftskraft des regionalen Zentrums.

Etienne Balibar⁵ hat Europa als offenes, konflikthafte Ensemble dreier europäischer Konfigurationen charakterisiert: eines "euro-amerikanischen", eines "euro-mediterranen" und eines "euro-östlichen Ensembles", wobei jedes Ensemble ein eigenes ökonomisch-kulturelles Profil aufweist. In der herrschenden europäischen Neuordnung dominiert das "euro-amerikanische Ensemble". Seine Rationalität ist die Triaden-Politik; die Ausdehnung seines neoliberalen Wachstumsmodells wird der europäischen Peripherie als Entwicklungsstrategie vorgegaukelt. Die Europäisie-

rungsambitionen des "euro-mediterranen" Ensembles zielen dagegen auf einen Nord-Süd-Finanztransfer, der einen funktionsfähigen westeuropäisch-nordafrikanischen Wirtschaftsraum hervorbringen soll. Im "euro-östlichen Ensemble" dominieren die Kräfte des Anschlusses oder der "nachholenden Modernisierung" an die EG, die gerade durch Übernahme westlich-liberaler (De-)Regulationsformen gelingen soll.

Metropolitane EG-Integration als Sackgasse

Die westeuropäische Integration, die mit dem 1985 ins Leben gerufenen Binnenmarktprojekt eine neue Dynamik erhielt, mutete wie eine Imitation der "Reaganomics" an. Mit dem Gemeinsamen Markt sollte eine Wachstumsdynamik entfesselt werden, um im Triade-Konkurrenzkampf den Anschluß wiederzugewinnen und die "Eurosclerose" der 80er Jahre zu überwinden. Nach vorwiegend französischen Vorstellungen sollen in wirtschaftsstrategisch wichtigen Sektoren "Eurochampions" herausgebildet werden, um die müden europäischen Konzerne weltmarktfähig zu trimmen. Sofort setzte eine gewaltige, teils nationale, mehr und mehr aber transnational-europäische Konzentration des Kapitals ein, das zunehmend die Gestalt von Euro-Kapital annimmt. Seine ökonomische Ausrichtung unter dem Kuratel der Deregulierung ist inzwischen aber einer stärkeren Rolle der Politik gewichen. Zwei Entwicklungen waren es vor allem, die dies bewirkt haben. Zum ersten sind weitgehend unbemerkt neue Politikverflechtungen auf eu-

ropäischer Ebene entstanden und somit auch neue Regulationsformen. Ein Beispiel hierfür ist die Einflußnahme und Verquickung der EG-Regionalpolitik mit nationalstaatlichen, regionalen und lokalen Förderprogrammen⁶. Indem die Vertiefung des Integrationsprozesses mit der Einheitlichung Europäischen Akte und dem Maastrichter Vertragswerk nur als Kompromiß zwischen den reichen und den armen EG-Mitgliedstaaten durchgesetzt werden konnte, ist die politische Regulierung der Entwicklungsunterschiede weiter befördert worden. Die Strukturfonds mußten aufgestockt und die Bildung eines "Kohäsionsfonds" zugestanden werden. Zum zweiten kam es in den meisten Ländern mit der Diskussion um die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu einer vorgezogenen Angleichung der grundlegenden Politikfelder. Dieser voraussetzende Gehorsam in Richtung Stabilitätspolitik ist vor allem den im Maastrichter Vertrag festgelegten Eintrittsbedingungen, den Konvergenzkriterien, in die WWU geschuldet.

Damit steht die Politik in Europa im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung. Während die neuen Politikverflechtungen in der Regionalpolitik eine Vereinheitlichung nach innen bewirken können, steht das Primat der Stabilitätspolitik für die Expansion nach außen, indem die Exportchancen des metropolitane Kapitals verbessert werden sollen und einem liberalisierten Binnenmarkt das Wort geredet wird.

Von den herrschenden Euro-Architekten wird das neoliberale Wachstumsmodell der EG-Zentren zum Maßstab erhoben. Mit Hilfe einer "géométrie variable" soll langfristig seine Europäisierung sichergestellt werden. Über verschiedene Stufen der wirtschaftlichen und politischen Integration, sog. Integrationsgeschwindigkeiten, soll den peripheren

Räumen sukzessive eine Angleichung an das EG-zentrische Wachstumsmodell und so ein schrittweiser Aufstieg in der Integrationshierarchie ermöglicht werden. Aber erst nach erfolgreicher Angleichung ist ein Aufstieg ins Zentrum, sei es dann die EG oder die WWU, möglich.

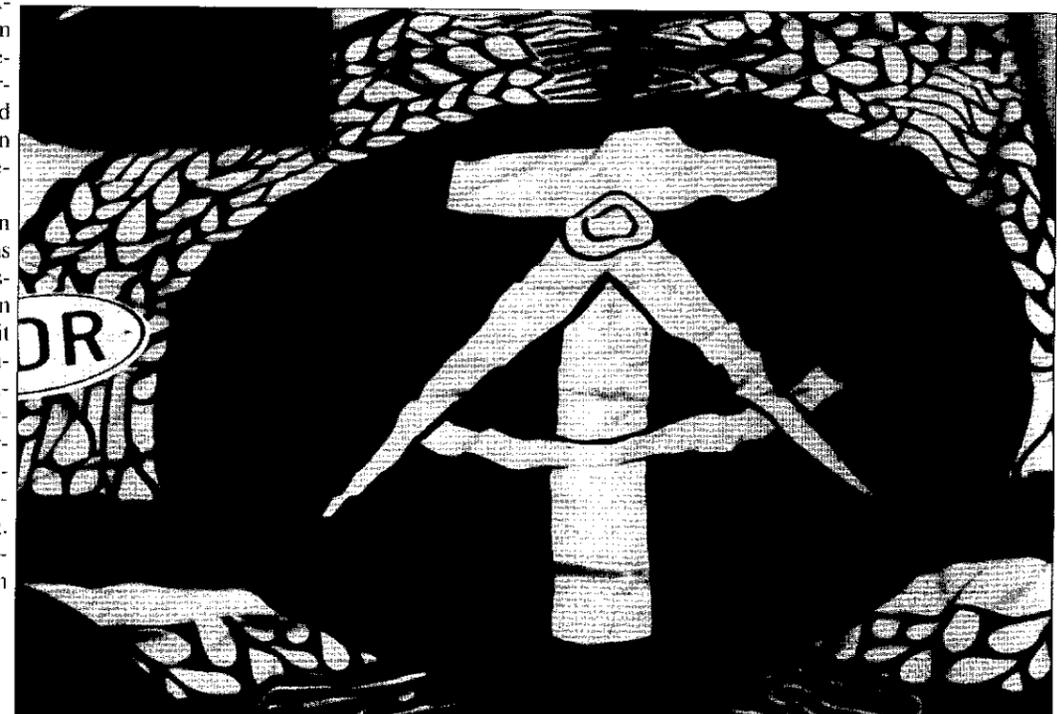
Die Angleichung innerhalb der metropolitane EG-Ökonomien ist sowohl in der Stabilitäts- wie in der Modernisierungspolitik durch die treibenden Kräfte der Triadisierung durchgesetzt worden. Durch den Primat monetärer Stabilisierung werden andere Politikbereiche, wie z. B. die Arbeitsmarktpolitik, eingeeignet. Eine Erhöhung der Staatsverschuldung zur Konjunkturbelebung wird zum Sakrileg. Selbst die staatsinterventionistisch angelegte französische Industriepolitik ist inzwischen einer Triadenpolitik gewichen, die allein darauf abzielt, Modernisierungsstrategien der Konzerne zu unterstützen, statt strukturpolitische Vorgaben zu geben. Dominique Taddei, führender Berater im französischen Ministerium für Industriepolitik und Außenhandel, fordert geradezu eine europäische Imitation des japanischen MITI. Der Staat solle jetzt die Weltmarktkonkurrenzposition der nationalen Konzerne unterstützen, indem er ihre Strategien fördert und

nicht mehr formuliert, neue Impulse gibt und neue Märkte antizipiert⁷. Indem sich die französische Ökonomie zunehmend in westeuropäisierte Reproduktionsstrukturen einbindet, entwickelt sich ihre Konkurrenzposition in der Triade zur entscheidenden Bezugsgröße der Politik - nicht mehr ihre Stellung in der europäischen Arbeitsteilung. Dieser Umbruch in der französischen Industriepolitik ist in der herrschenden bundesdeutschen Diskussion noch nichtmal ansatzweise wahrgenommen worden.

Aber diese europäische Neuordnung verstärkt durch die stabilitätspolitische Gleichrichtung der Politik die Dauer und Tiefe der Rezession in Europa. Die zunehmenden innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen setzen nicht nur die Stabilitätspolitik unter Druck, sondern richten sich immer stärker gegen ihren vermeintlichen Verursacher, die europäische Integration insgesamt. Alternative wirtschaftspolitische Optionen lassen sich aber von einzelnen Nationalstaaten kaum mehr realisieren. Zu stark sind die außenwirtschaftlichen Anpassungszwänge. Politische Integration tut not. Indem sich aber die EG-Industriepolitik als Triaden-Politik erweist, begibt sie sich in die Wettbewerbs- und Anpassungs-



Die Symbole der Nachkriegsordnung ...



... im Ausverkauf

zwänge, die alternative Handlungsoptionen blockieren. Sollte sich die EG aber auf den industriepolitischen Wettlauf der Triade einlassen, muß sie die inneren Konsequenzen dieser Strategie tragen. Sie liegen vor allem darin, daß drei Spaltungslinien in Europa aufbrechen.

Zunächst hat die Auseinandersetzung um die Ratifizierung der Verträge von Maastricht in allen Mitgliedsländern eine tiefe innergesellschaftliche Spaltung in Gewinner und Verlierer des ökonomischen Modernisierungsprozesses offengelegt. Der neue Akkumulationstyp in der EG, der sich infolge des Binnenmarktprojektes durchgesetzt hat, reproduziert nicht nur das Nord-Süd-Gefälle der EG, sondern spaltet jedes Land in prosperierende und zurückfallende Regionen. Entscheidend ist, daß die Verlierer in der EG-Integration kein taugliches Instrument zur Umkehr ihres Abstiegs erblicken, sondern einen Grund für seine weitere Beschleunigung. Die Flucht in die vermeintliche Festung des Nationalstaates ist die Folge. Umgekehrt wird die Europa-Politik eine exklusive Angelegenheit der Modernisierungsgewinner.

Zum zweiten erscheint die WWU als Versuch der metropolitanen EG-Länder, sich von den vergleichbar "unterentwickelten" und nicht stabilitätspolitisch gefestigten Ländern zu distanzieren. Schon heute ist absehbar, daß ein Teil der EG-Mitgliedsstaaten die in den sog. "Konvergenzkriterien" festgelegten Eintrittsbedingungen nicht erfüllen wird. So hoch kann der "Kohäsionsfonds" gar nicht sein, als das der wachsende Abstand zum Luxuswagen der EG verringert werden könnte. Aber auch Italien droht das Abstellgleis. Indem die Wechselkursbildung dem "Casino-Kapitalismus" überlassen wurde droht die Abwertung der Lira gegenüber dem Kern der EWS-Währungen die Strukturprobleme Italiens zu verschärfen. Indem Inflation importiert wird, restriktive Politik abzentriert werden muß, werden die politischen Durchsetzungschancen der Stabilitätskoalition mittelfristig unterminiert; ein Hinausdriften aus dem Konvergenzkern der EG ist deren zwingende Folge.

Als dritte und langfristige tragischste Spaltung droht die Reproduktion des Eisenene Vorhangs als Wohlstandsgrenze. Die westeuropäische Integrati-

on eröffnet keinerlei Optionen für einen gesamteuropäischen Ausgleich. Im Gegenteil: Die Assoziierungsabkommen mit Polen, der CSFR (resp. den Nachfolgestaaten) und Ungarn werden zwar euphemistisch als "Europa-Verträge" gefeiert, verhindern aber gerade das Entstehen eines gesamteuropäischen Wirtschaftszusammenhangs. Vom hehren Ziel einer "asymmetrischen Liberalisierung", in der die EG-Staaten sofort, die Ex-RGW-Staaten erst sukzessive ihre Märkte öffnen, sind gerade jene Sektoren ausgenommen, in denen die Osteuropäer einigermaßen konkurrenzfähig wären, nämlich in der Landwirtschaft, im standardisierten Stahlsektor oder in der arbeitsintensiven Textilindustrie. Weil dies jedoch auch in der EG "sensible" Sektoren sind, findet eine Marktöffnung nicht statt. Auch die aktuellen Versuche der Neuordnung des krisenhaften EG-Stahlsektors bleiben EG-zentriert; ein Einbezug der osteuropäischen Stahlproduzenten findet erst gar nicht statt. Gesamteuropäisches Denken bleibt auf der Strecke. Trotzdem wird Osteuropa weiterhin der EG-Beitritt als zukunfts- und erfolgversprechende Perspektive vorgegaukelt. Der Osten stiert auf die EG und pfeift auf die alten Verflechtungsstrukturen. Ihre Erosion verschärft die ökonomische Krise, befördert nationalistischen Chauvinismus und verhindert die demokratische Konsolidierung. Eine Angleichung an den Westen wird so systematisch unterbunden.

Alles deutet darauf hin, daß das metropolitane Westeuropa dabei ist, ein exklusives, auf Ausgrenzung aufbauendes Wachstumsmodell hervorzubringen. Das westliche Wachstumsmodell kann nicht verallgemeinert werden. Das herrschende Euro-Konzept, den EG-Beitritt von einer erfolgreichen Anpassung an die politischen und ökonomischen Strukturen der Metropolen abhängig zu machen, ist eine Farce. Die Angleichung des Ostens an das EG-Wachstumsmodell kann unter den Weltmarktgesetzen, die durch die "géométrie variable" inszeniert werden, nicht gelingen.

Im Gegenteil, die herrschende Integrationsstrategie fördert nationalistische Regression in West und Ost. Im Osten, weil Entwicklung ausbleibt, im Westen, weil sich ein Akkumulationstyps durchsetzt, der die

Gesellschaften in Modernisierungsgewinner und -verlierer spaltet.

Reibungslos funktioniert das EG-metropolitane Wachstumsmodell also kaum. Von einer stabilen gesellschaftlichen Koalition, die sich um die hegemoniale transnationale Allianz gebildet hat, kann nicht ausgegangen werden. Eine andere Frage ist, ob sich die Widersprüche tatsächlich verdichten werden, die Konflikte sich so verschärfen, daß die Sackgasse der herrschenden Neuordnung tatsächlich zu Umwälzungen führt. Welche sind dann die dominierenden sozialen Koalitionen? Im folgenden soll kurz ein alternativer Entwicklungspfad der europäischen Politik skizziert werden.

Europa als Gesellschaftsprojekt

Es ist eine Illusion zu glauben, die EG halte in ihrer jetzigen Form bereits die Instrumente in der Hand, die einen transnationalen politischen Zusammenhang in Europa ermöglichen. Wäre in Maastricht tatsächlich eine "industriepolitische Ermächtigung"⁸ beschlossen worden, wie die bundesdeutschen Befürchtungen nahelegen, ständen bereits jene Instrumente zur Verfügung, die es erlauben könnten, die ökologische Umgestaltung der Ökonomien in Europa zu verbinden mit einer entschlossenen Öffnung zu den Entwicklungsländern⁹.

Noch aber ist die EG weit davon entfernt. Entscheidend ist die Frage, wie die EG-Integrationsdynamik und ihre immanente Dialektik von Vereinheitlichung (ökonomischer Vermachtung) und Fraktionierung (gesellschaftlicher Zersetzung und politischer Regression) durchbrochen und einem neuen sozialen Kompromiß zugeführt werden kann. Die Antwort erscheint einfach: Der Endzweck der EG-Integration muß die Schaffung eines gesamteuropäischen Wachstumsmodells sein, das allen Beteiligten eine Zukunftsperspektive eröffnet. Letztlich lassen sich drei konstitutive Elemente eines solchen Projektes benennen: Erstens muß das Verhältnis von Weltmarktentwicklung und politi-

schem Gestaltungsraum neu definiert werden. Dies bedeutet vor allem, daß sich Europa der Triaden-Rationalität der Imitation verweigert und ein eigenes industrielles Spezialisierungsprofil nach außen und eine europäische Arbeitsteilung nach innen hervorbringt. Zweitens ist die Kompetenzverteilung zwischen supranationaler (EG), nationaler und regionaler Ebene neu zu bestimmen und vergemeinschaftete Politik anzustreben. Drittens schließlich führt kein Weg daran vorbei, daß sich Europa zu einer Gesellschaftsformation zusammenfindet, also europäische Identität gestiftet werden muß. Dies sind die Voraussetzungen dafür, daß die westeuropäische Integration ein eigenständiges Wachstumsmodell hervorbringt, von dem Ausstrahlungseffekte ausgehen, auf Osteuropa, auf Afrika.

Grundlegend für ein gesellschafts- und strukturpolitisches Projekt "Europa" ist die Frage der Erlangung politischer Handlungsspielräume. Diese können nicht mit, sondern allenfalls gegen die Triaden-Kräfte gewonnen werden. Dies bedeutet daher zunächst, nicht dem Strudel post-fordistischer Neuorganisation zu folgen, sondern im Gegenteil die spezifisch-europäische Ausprägung der fordistischen Epoche zu verteidigen. Wenn es tatsächlich einen gravierenden Unterschied zwischen "rheinischem" und "angloamerikanischem" Kapitalismus gibt¹⁰, dann basiert er auf einem ausgeprägten sozialen Kompromiß in Europa, den es nicht aufzuweichen, sondern zu erneuern gilt. Dies wird allerdings nur gelingen, wenn Europa sich aus den Hochtechnologiezwängen der Triade abkoppelt und auf Produkte spezialisiert, die den ökologischen Umbau der Industriegesellschaften befördern. Gerade der Erfolg des verblichenen "Modell Deutschland" zeigt, daß eine Ökonomie durchaus Weltmarkterfolge feiern kann, ohne daß sie sich auf die Besetzung aller "high-tech"-Positionen festlegt. Auch die Stellung der EG im Hochtechnologie Wettbewerb verdeutlicht, daß sich die Industriestrategie Europas auf die Entwicklung von Produkten mittlerer Technologieintensität stützen sollte, statt einer Triaden-Politik hinterherzulaufen¹¹. Die Sozialstruktur der europäischen Gesellschaften mit ihrem hohen Anteil an Facharbeitern bietet sich für eine der-

artige Spezialisierungsstrategie förmlich an. Die EG muß darauf bedacht sein, die vormals nationalstaatlich organisierten sozialen Kompromisse, die der post-fordistischen 2/3-Gesellschaft schon weitgehend gewichen sind, transnational-europäisch zu erneuern. Die westeuropäische Politik muß sich als Stütze eines gesamteuropäischen Projektes erweisen. Der EG kommt die Funktion eines fédérateurs zu, die sie nur erlangen kann, wenn sie mit dem Primat der monetären Stabilisierung bricht und einen Primat der Strukturpolitik durchsetzt¹². Dies bedeutet, eine neue, nun Gesamteuropa umfassende, Arbeitsteilung in Europa hervorzubringen.

Damit stellt sich das Problem der politischen Organisation eines solchen Projektes. Es kann bei der Durchsetzung des Primats der Strukturpolitik nicht darum gehen, den Staat als "ideellen Gesamtkapitalisten" auf europäischer Ebene neu zu beleben. Auch darf die Diskussion um das Subsidiaritätsprinzip nicht dafür genutzt werden, nationalstaatliche Strategien wieder salonfähig zu machen. Es bedarf vielmehr neuer transnational-europäischer Kooperationsformen, die es den unmittelbaren gesellschaftlichen Akteuren der europäischen Strukturpolitik (vor allem auf regionaler und lokaler Ebene) ermöglicht, ihre Interessen in einem demokratischen Prozeß auf transnational-europäischer Ebene abzugleichen. Die "Rekonstruktion der Politik" ist eher auf den unmittelbar gesellschaftlichen Kompromiß gerichtet, als auf die Renaissance zentralisierter und bürokratischer Staatsstrukturen. Nur so läßt sich eine supranationale Vergemeinschaftung der Politik bewirken.

Das bedeutet letztlich, daß sich Europa als eine Gesellschaftsformation begreifen muß, die es ermöglicht, zivile Beziehungen innerhalb wie zwischen den Nationalstaaten zu schaffen. Die grundlegende Aufgabe in Europa besteht heute also darin, politische Wege transnationaler Organisation zu suchen, ohne sich ethnisch-homogenisierender Konstruktionen der Nation oder weltmarktvermittelter Rationalität unterzuordnen.

tions as Engines of Growth, New York 1992; *class.*, Transnational Corporations in World Development, New York 1988; vgl. auch Michel Beaud: L'Économie mondiale dans les années 80, Paris 1989

² Vgl. den Bestseller des MIT: James P. Womack, Daniel T. Jones, Daniel Roos. Die zweite Revolution in der Automobilindustrie. Konsequenzen aus der weltweiten Studie des Massachusetts Institute of Technology, Frankfurt/M 1991

³ Vgl. Gerd Junne. Der strukturpolitische Wettlauf zwischen den kapitalistischen Industrieländern. in: *PVS*, H.2/1984, 134-155

⁴ Vgl. analytisch dazu Ulrich Hilbert. Neue Weltmärkte und der Staat. Opladen 1991; Uwe Kremer. Gezeitenwechsel. Der weltweite Niedergang des Marktliberalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 12/1991, 1494-1505

⁵ Etienne Balibar. Es gibt keinen Staat in Europa. Rassismus und Politik im heutigen Europa, in: *Institut für Migrations- und Rassismustorschung e.V.* (Hg.), Rassismus und Migration in Europa. Beiträge des Kongresses "Migration und Rassismus in Europa", Hamburg, 26. bis 30. September 1990, Hamburg/Berlin 1992, 10-29; hier: 16

⁶ Vgl. Ingeborg Lömmel. Europäischer Binnenmarkt und mediterrane Peripherie, in: *Prokla*, H. 75/1989; *class.*, Die Regionalpolitik der EG und ihre Implementation in Italien, I.E., Baden-Baden 1993

⁷ Vgl. Dominique Taddei. Benjamin Coniat. Spécial: Made in France, Industries. *Magazine du Ministère de l'Industrie et du Commerce Extérieur*, No. spécial, septembre 1992

⁸ Positionspapier deutscher Rechtswissenschaftler und Staatsrechtler. Dieser Vertrag von Maastricht sollte nicht ratifiziert werden, in: *Han-delsblatt* vom 26./27. Juni 1992; vgl. zur Kritik der EG-Industriepolitik aus deutscher Sicht: *Monopolkommission*. Neuntes Hauptgutachten 1990/91. Wettbewerbspolitik und Industriepolitik, 1992; Henning Klott, Jürgen Stehn et al., Die Strukturpolitik der EG. Ziele, Auswirkungen, Beziehungen zur nationalen Strukturpolitik. Schwerpunktstudie im Rahmen der Strukturberichterstattung, Kiel 1992

⁹ Vgl. Uwe Kremer. Gezeitenwechsel a.o.O., 1505

¹⁰ Vgl. Michel Albert. Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt/M. 1992

¹¹ Vgl. Kirsty S. Hughes. Trade Structure and Competitiveness in the Main OECD Economies, WZB-discussion papers FS IV 91-2; *class.*, Comparative Trade Performance in the 1980s - An Analysis of the Largest Six Industrial Economies, WZB-discussion papers FS IV 91-3; *class.*, Trade Performance of the main EC Economies Relative to the USA and Japan in 1992-Sensitive Sectors, WZB-discussion papers FS IV 91-4

¹² Vgl. die Ansätze zu einem solchen Projekt bei Michael Bondar, Bernd Röttger, Gilbert Zieburg. Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderungen, Opladen 1992. Dieser Aufsatz führt einen zentralen Argumentationsstrang aus diesem Buch fort

¹ Vgl. vor allem die einschlägigen Studien der OECD. Globalisation of industrial activities. Four Case Studies: Auto Parts, Chemicals, Construction and Semiconductors, Paris 1992; UN. World Investment Report 1992. Transnational Corpora-

Gilbert Ziebur, Michael Bonderl, Bernd Röttger: Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderungen, Verlag: Leske + Budrich, Leverkusen 1992, 227 Seiten

Auf der Suche nach einer neuen Ordnung der Welt

Angesichts der Überfülle und der Schnelligkeit von Umbrüchen und Tendenzen sind derzeit alle gesellschaftlichen Kräfte - und natürlich auch Helmut aus Oggersheim und seine Ministrantenriege, darunter der "telegene Skinhead" Volker Rühle (so der nicht-mehr-Sozialdemokrat Günter Grass), weitgehend überfordert. Derartige intellektuelle und politische Unreife wäre nicht weiter tragisch, wenn die Konzeptionslosigkeit, das "merkwürdige Sich-treibenlassen, fast fatalistisch", nicht in einem mittlerweile erschreckend deutlich werdenden "kruden Pragmatismus" (S.9 f.) ausufernde würde, mit dem die eigentlichen Probleme nicht gelöst werden können. Nicht immer, aber immer öfter erscheinen über die Umbruchsituation Bücher von Linken, in denen der Stand und Trend der Dinge betrachtet und erste Perspektiven angeboten werden.

Ziebur et al. unterziehen sich in ihrem neuen Buch der Aufgabe, die wichtigsten Veränderungen der letzten Jahre zusammen im historischen Kontext und auf globaler, europäischer und deutscher Ebene zu untersuchen. Es geht ihnen um die Kenntlichmachung der Handlungsbedingungen und Handlungsspielräume des vereinten Deutschland, denn "Deutschland steckt objektiv in der zweiten Gründungsphase seit 1945" (S.21). Dabei ist "keine beschauliche Feierabend-Lektüre" (S.5) entstanden, aber ein sehr gut lesbarer und locker geschriebener Abriß vielfältiger Aspekte heutiger Politik, der die in Fachpublikationen verstreuten Debatten auf griffige und spannend lesbare Sätze bringt. Zudem denken die Autoren an Gemeinplätzen weiter und provozieren damit konstruktive Aha-Erlebnisse. Wenn auch spw-LeserInnen schon Vieles davon bekannt sein dürfte, macht gerade die Gesamtschau die enorme Dimension der Problemkomplexe deutlich, vor denen wir heute stehen (oder: sitzen?). Besonders positiv ist die Thematisierung von Tendenzen und Gegen Tendenzen, weil damit die komplexe Realität klar wird und simp-

le Lösungen gar nicht erst in den Blick kommen können.

Souverän werden in einem *ersten Abschnitt* Themenkomplexe wie die Debatte um den relativen Niedergang der USA, der Untergang der Sowjetunion und Reflexionen über eine Neue Weltordnung abgehandelt. Interessant sind die Erörterungen über die Triade USA-Japan-Deutschland, für die einerseits Vereinheitlichungstendenzen (sozio-kulturelle Muster, Politikformen, intensivierte Kommunikation), andererseits aber auch gegenseitige Konkurrenz konstatiert wird. Für die 'neue Weltordnung' werden zwei Optionen gesehen: einmal die Rekonstruktion der USA als umfassende Supermacht, oder andererseits eine neue Kooperation zwischen den "alt-kapitalistischen" (eine bemerkenswerte Wortschöpfung!) Industrieländern. Im Zusammenhang des Irak-Krieges ("Desert Storm") bietet nach Ansicht der Autoren die "Golfkoalition" eine realistische Perspektive: "Die Zentrumskräfte der Weltpolitik teilen die Hegemonialfunktionen untereinander auf. Die USA gewinnen wieder militärisch-strategische Hegemonie, deren ökonomisches Pfand jedoch von Japan und Westeuropa geleistet wird." (S.64) Die "hierarchische Funktionsteilung" bzw. die "Unipolarisierung" der Welt wird durch drei Tendenzen offenbart: Wegfall der UdSSR, militärische Stärke der USA und globalpolitische Unfähigkeiten Westeuropas und Japans. Dafür scheint auch die Fragmentierung des "Südens" zu sprechen, dessen Länder (bzw. deren Eliten) sich ökonomisch und inzwischen auch ideologisch stärker am "Norden" orientieren und sich vereinzelt an Handelsabkommen mit den Reichen klammern, während sie ansonsten eher abgekoppelt sind/werden und sich der Norden auf seine Wachstums- und Wohlstandsinselfortschritt zurückzieht und zu Festungen ausbaut. Entwicklungs"hilfe" wird noch stärker selektiv vergeben, gemäß neuer Kriterien (Marktförmigkeit, Menschenrechte, etc.). Nicht nur, daß dies die gesunkene Bereitschaft (und die beschränkten Ressourcen) zu wirklicher Hilfe bei nördlichen Eliten verkleistert. Zusätzlich of-

fenbaren die Vergabekriterien einen Doppelstandard: sind denn nicht auch die nördlichen Staaten völlig überrüstet und Umweltverschmutzer? Zwar nehmen Ansätze zur Süd-Süd-Integration in einigen Regionen zu, doch insgesamt erscheint der Süden derzeit sehr geschwächt und dem Willen der nördlichen Eliten ausgeliefert. Die Message des Nordens an den Süden wird inzwischen auch den osteuropäischen Staaten nahegebracht: "Derweil werden die Osteuropäer von in Sachen Wirtschaftstheorie handelsreisenden US-Professoren getröstet. Sie versuchen, eine monetaristische 'Schocktherapie' unter die Leute zu bringen mit dem Ziel, den ehemals sozialistischen Gesellschaften die 'IBM-Kompatibilität' zu verleihen." (S.78)

Im *zweiten Abschnitt* des Buches wird der Zustand des europäischen Hausbaues näher untersucht. Dabei geht es um den Binnenmarkt, die Währungsunion, den EWR, Osteuropa als neue Peripherie, um NATO, KSZE, und vor allem um die Spannungen zwischen Regulation und Deregulation, um Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft, um mögliche neue Wachstumsmodelle und Interessengegensätze und Konfliktpotentiale. Als dominierenden Trend erkennen Ziebur et al. die Zurückdrängung der nachfrageorientierten keynesianischen Globalsteuerung durch eine neokonservative Angebotsstrategie zur 'Befreiung' der Marktkräfte, im Kern dominiert die Ökonomie das Geschehen. Auch im europäischen Politikfeld sind es die Ärmere, die einer interventionistischen Variante das Wort reden, weil sie selbst innerhalb der EG bislang nur "von den Sekundäreffekten des regionalen Finanztransfers", statt von den Primäreffekten im Handel und Kapitalverkehr profitierten (S.114). So kommt es weiterhin zu einer selektiven Integration der Peripherien in die EG-Wirtschaftskreisläufe, während strukturschwache Regionen weiter marginalisiert bleiben (z.B. Delors Konzept 'konzentrischer Kreise'). Damit zusammenhängend hat das Fehlen von (auch gerade sozialdemokratischen) Zukunftsvisionen dazu geführt, "daß sich Tendenzen der Re-Traditionalisierung politischer Strategien durchsetzen konnten" (S. 118). Eine Alternative dazu, eine selbstlose Aufbauhilfe im Osten und die Öffnung des EG-Marktes, würde allerdings von den Westeuropäern ein hohes Maß an Solidarität erfordern, was jedoch kaum zu bemerken ist.

Der *dritte Abschnitt* beschreibt das "Modell Deutschland", seine Genese, seine

Transformation und seine jetzigen Probleme. Dessen derzeitigen Problemen (Abwicklung in der Ex-DDR, Importanstieg, Verschuldung, Sozialabbau, Weltmarktkonkurrenz, etc.) wird lediglich mit "Durchwursteln" begegnet, bewegt sich "zwischen Beschäftigungsförderung und Haushaltssanierung" (S.190). Gleichzeitig pochen außenpolitische Anforderungen an die Tür bundesdeutscher Politiker, steht nach dem Ost-West-Konflikt das "traditionelle Hauptproblem deutscher Außenpolitik" an: "das Verhältnis von West- und Ostorientierung" (S. 194). Gerade wegen der Veränderung der einschlägigen Parameter dafür fehlt es an einer "Gesamtschau". Aus den USA scheint folgende Politik für Deutschland zugeordnet: "Es soll zwar neuen Handlungsspielraum haben, aber er wird ihm, ähnlich wie in der untergegangenen Nachkriegsordnung, von der Vormacht zugewiesen." (S. 197) Innerhalb des Spannungsfeldes zwischen Souveränität und Einbindung sind sowohl die Strategien der "Neorealisten" (Primat des nationalen Interesses, ggf. begrenzte Kriege führbar), der "traditionellen Atlantiker" (unmündige Europäer benötigen die USA als Rückversicherung), als auch die der "Interdependisten" (liberal-kooperativer Internationalismus á la Genscher) sehr problematisch bzw. mangelhaft. Dem

heraufziehenden, aber instabilen "Euro-Hegemon" Deutschland stellen die Autoren ihre Vision einer "Scharniermacht" entgegen: "An die Stelle nationalstaatlicher Strategien muß die gemeinsame Entwicklung eines transnational-europäischen Gesellschaftsprojekts treten, das zum Ziel hat, eine entwicklungsfähige internationale Arbeitsteilung zwischen den alten westeuropäischen Zentren und der neuen Peripherie in Osteuropa bis nach Afrika entstehen zu lassen." (S. 205)

In ihrem *Ausblick* verallgemeinern sie diese These, indem sie die Entwicklung eines politischen Regulierungsinstrumentariums fordern/erhoffen: die fortschreitende Entgrenzung der Ökonomie solle durch transnationale Vernetzungen von Strukturen der Gesellschaft und Politik begleitet werden. Die am Ende aufgeworfene Frage nach den gesellschaftlichen Trägern einer solchen Alternative beantworten sie realistisch mit: chancenlos.

Tatsächlich steht ja für Linke die gesellschaftliche Kontrolle ökonomischer Prozesse schon immer als Aufgabe ganz oben, und nun ergibt sich für die bundesdeutsche Linke ein zusätzliches Politikfeld: Außenpolitik bzw. internationale Politik. In die Konkretion und die Realisation dieses Zielles müssen wir unsere Energie verwenden, hier ist angesichts des kruden und gemein-

gefährlichen Pragmatismus und der Groß-MANNSSucht (auch: Ablenkung von Bin-nenproblemen!) von Kohl-Kinkel-Röhe eine konstruktive und harte Opposition dringend gefordert - dies kommt in dem Buch allerdings zu kurz. Zudem wird den Krisen in Osteuropa, auf dem Balkan und im Nahen Osten zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Unterrepräsentiert sind in der Untersuchung auch solche Aspekte wie Frauenfrage, Technologieentwicklung, Militärisch-Industrieller Komplex und Entwicklungen in Asien (ASEAN); zudem sollte m. E. statt "amerikanisch" der Begriff "US-amerikanisch" verwendet werden. Insgesamt ist das Buch eine gelungene Zusammenschau wesentlicher Aspekte der heutigen Konstellationen und Rahmenbedingungen bundesdeutscher (Außen-)Politik.

Die Linken (und nicht nur die herrschenden Eliten!) sind tatsächlich weit davon entfernt, eine Alternative nicht nur zu denken, sondern auch durchzusetzen. Die vielfältigen Probleme und Hürden sind aufgezeigt worden, jetzt müßte ein Buch über die Alternative und ihre Durchsetzungsmöglichkeiten geschrieben und publiziert werden. Dieses neue Buch hoffe ich dann genauso positiv rezensieren zu können wie das vorliegende.

Edgar Göll, Berlin

Anzeige

Öffentlichkeit schaffen. Für spw

Wir suchen **engagierte Leserinnen und Leser**, die spw mehr Öffentlichkeit schaffen wollen, als

Vertriebsagentinnen/Vertriebsagenten
des spw-Verlags.

Wir liefern auf Kommission - risikolos für VertriebsagentInnen. Auch der Vertrieb kleiner (und kleinster) Stückzahlen öffnet spw Türen: Viele Initiativen von vielen Leserinnen und Lesern sorgen für die Resonanz, die spw braucht.

Die Verlagsleitung

Anfragen unter:

Telefon 0221/62 32 71 - spw - Kieler Str. 13 - W-5000 Köln 80

F ü r

Streitkultur

Politikentwürfe

Widerspruch

Staat, Industriepolitik und Wirtschaftskultur in Westeuropa



von Uwe Kremer*

Der weltweite Niedergang des Marktliberalismus und der Aufstieg industrie- und strukturpolitischer Optionen verweisen auf den engen Zusammenhang, der zwischen der zukünftigen Funktion des Staates auf der einen und der Rolle der Weltregionen auf der anderen Seite besteht: Das Comeback des Staates beruht zuallererst auf der Anforderung, nationale/regionale Innovationsprozesse im Zusammenhang von Industriestrukturen und Weltmärkten vorausschauend zu organisieren (vergl. Hilpert 1991). Die Plätze in der "neuen Weltordnung" dürften auch und gerade unter dem Gesichtspunkt verteilt werden, inwieweit diese regulativen Fähigkeiten im Rahmen jeweiliger nationaler/ regionaler Milieus entwickelt werden können. Für uns bedeutet dies, die Weltregion "Europa" (genauer: die EG) als Referenzrahmen für das Comeback des Staates zu verstehen.

I. Die Linke und der Staat

Und die Linke? Sie hat in den 80er Jahren gleich in mehrererlei Hinsicht Abschied vom Staat genommen. Vor allem ein Werk von Fritz Scharpf machte in ihren Reihen Furore, mit dessen Hilfe die Hinwendung zum Marktliberalismus

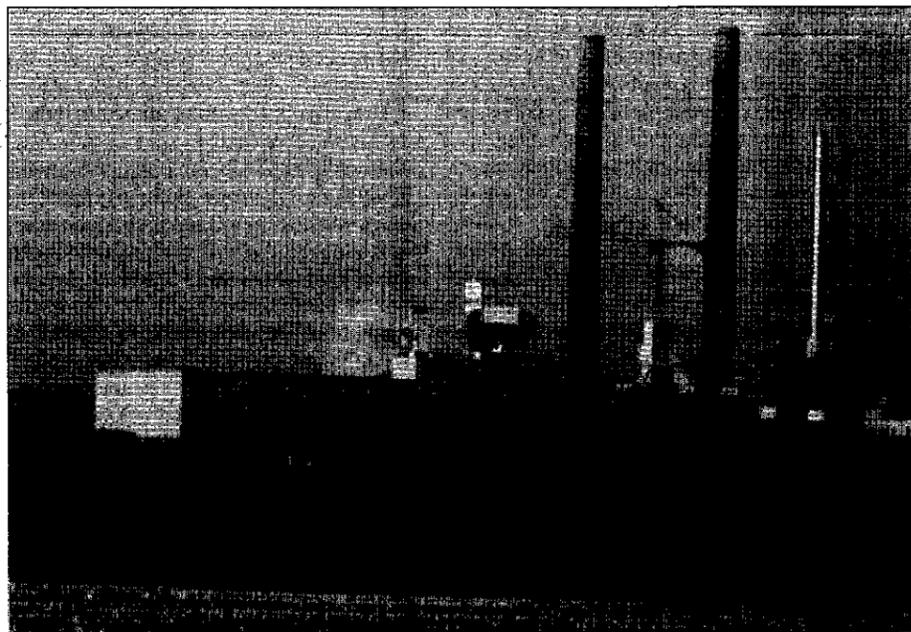


Bild: RS

"modern-realistisch" begründet werden konnte (vergl. Scharpf 1987). Angesichts der globalisierten Finanzmärkte und der Inkompetenz supranationaler Ebenen sei Wirtschaftspolitik nur noch als finanz- und geldpolitische Anpassung an internationale Kapital- bzw. Zinsbewegungen machbar. Aktive öffentliche Beschäftigungspolitik durch finanz- und kreditpolitische Maßnahmen und die Umverteilung zugunsten der Massenkauflkraft und der öffentlichen Nachfrage kämen dementsprechend nicht mehr in Frage. Die größte Chance für neue Arbeitsplätze und gewisse gesellschaftliche Gestaltungsräume werden noch in den wachsenden Dienstleistungszweigen gesehen. Tatsächlich handelt es sich hierbei allerdings um eine unzulässige neoklassische

Einengung, wenn Wirtschafts- auf Geld- und Finanzpolitik bzw. einen Datenkranz von Löhnen und Preisen, Steuer- und Zinssätzen reduziert wird. Ebenso wenig ist es akzeptabel, wenn die Frage der "Dienstleistungsgesellschaft" von ihrer industriellen Basis abgekoppelt und deren Entwicklung ausgeblendet wird. Schließlich ist eine Sichtweise zu kritisieren, die im internationalen Maßstab nur die "allmächtigen" Finanzmärkte und Zinsbewegungen, nicht aber auch die Rolle von technologischen Transfers, industriellen Kooperationen, Produktions- und Marktstrukturen im Auge hat. In diesem Ansatz werden damit substantielle Fragen des ökonomischen Strukturwandels systematisch ausgeblendet: Industrie- und Strukturpolitik findet nicht statt.

Dieser polit-ökonomische Ohnmachtsdiskurs korrespondierte mit dem Aufschwung der "Zivilgesellschaft" zum allgemeinen Fluchtpunkt einer Linken, die sich vom Terrain des Staates und der Industrie immer weiter zurückgezogen hat. Nicht die Hinwendung zu lebensweltlichen Prozessen und ihren demokratischen Perspektiven ist hierbei das Problem, sondern der Verzicht auf eine eigenständige strategische Definition des Staates in den industriell gebundenen Innovationsprozessen. Es kann daher nicht verwundern, wenn dieser Diskurs in manchen Köpfen dazu geführt hat, "Zivilgesellschaft" und "freie Marktwirtschaft" als korrespondierende und sich wechselseitig bedingende Konzepte zu akzeptieren, womit aus der ökonomischen Ohnmacht auch noch eine zivile Tugend gemacht wird.

Im Angesicht von Weltmarkt und Weltordnung bleibt eine derartige Position blutleer und harmlos: Sie überläßt die fundamentalen Prozesse der technologisch-industriellen Innovation dem Spiel der weltweit agierenden Konzerne - der global player. Der Gestaltungsspielraum der entwickelten Nationen und Weltregionen hängt aber - auch in progressiver Perspektive - davon ab, inwieweit sie die Aufgaben der Neo-Industrialisierung meistern, die sich auf drei Linien konzentrieren:

⇐ die diversifizierte Qualitätsproduktion (Verschiebung vom Preis- zum Qualitätswettbewerb, Variantenvielfalt und kleine Serien bei gleichzeitig hohem Produktionsvolumen, sowohl wertschöpfungs- wie verflechtungsintensive flexible Produktionsstrukturen, hoher Bedarf an technologisch-infrastrukturellen Vor- bzw. Dienstleistungen),

⇐ die Bewältigung gigantischer Infrastrukturaufgaben (auf allen Sektoren - unter ökologischen Gesichtspunkten vor allem in der Energie-, der Verkehrs-, der Altstoff- und der Wasserwirtschaft; außerdem auf dem Bildungs- und dem Kommunikationssektor u.a.),

⇐ die Neustrukturierung der internationalen Arbeitsteilung (langfristige Regulierung des Auf- und Abstiegs von Branchen und Produktlinien in den verschiedenen Weltregionen mit neuen Spielräumen für industrielle Modernisierungsprozesse in unterentwickelten Ländern).

In progressiver Perspektive stellt sich in allen drei Punkten die Aufgabe, im Sinne des Berliner Grundsatzprogramms

der SPD eine Politik ausgewählter Wachstumsfelder zu konzipieren und sich gleichzeitig der Vorstellung einer Zivilmacht Europa neu zu nähern - und zwar auf der Basis einer westeuropäischen Industrie- und Strukturpolitik und mit einer neuen Definition der staatlichen Rolle. "Die Linke muß die Erneuerung der Produktionsstrukturen der europäischen Industriegesellschaft zu ihrem Projekt machen. Sie muß über subalterne, reaktive Strategien hinaus - und eine eigene Vision der ökonomischen Zukunft formulieren." (Glotz 1987, 136) Die europäische Perspektive verlangt daher auch "eine Linke, die sich einen Begriff vom Staat bewahrt hat." (ebd., 138)

II. Industriepolitik: Probleme und Perspektiven

Um die Aufgaben einer Neo-Industrialisierung erfolgreich angehen zu können, muß westeuropäische Industrie- und Strukturpolitik eine entsprechend leistungsfähige ökonomische Basis schaffen und fähig sein, sich ökonomisch-technologisch und damit auch sozial, kulturell und politisch im Kampf der kapitalistischen Zentren zu behaupten und gestaltend in die internationale Arbeitsteilung einzugreifen. Diese Aufgabe erfordert eine eigenständige westeuropäische Strategie der Innovation, die Schritt für Schritt die Kontrolle über die relevanten ökonomisch-technologischen Prozesse gewinnt.

Nicht der Wettlauf um die jeweils "modernste" Hochtechnologie ist hierbei das A und O - denn hier sind die Voraussetzungen verglichen mit Japan und den USA recht ungünstig. Es geht vielmehr um die dynamische Bestandsentwicklung des Potentials an Ausrüstungen und Infrastruktur, Technologie und Qualifikation.

Dynamische Bestandsentwicklung

Westeuropa und insbesondere die deutsche Wirtschaft liegen auf den internationalen Märkten vor allem bei Produkten vorne, die über eine mittlere Technologieintensität verfügen, während Japan und die USA bei Exportgütern einen weitaus höheren High-Tech-Anteil ausweisen als ihre europäischen Konkurrenten (vergl. Hughes 1991). Doch darf diese Situation nicht als Schwäche verstanden werden. "Mittlere" Technologien können einen wichti-

Sozialist

Zeitschrift marxistischer SozialdemokratInnen

- Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
- für Jusos, SPD und Gewerkschaften
- erscheint 6 mal jährlich
- mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- Parteiunabhängig
- Einzelpreis 5,00 DM
- Jahresabo 28,00 DM

Kostenloses Probeheft erhältlich bei Sozialist Im Körbchen 10 3400 Göttingen

ich bestelle ein kostenloses Probeheft

Name, Vorname _____

Straße _____

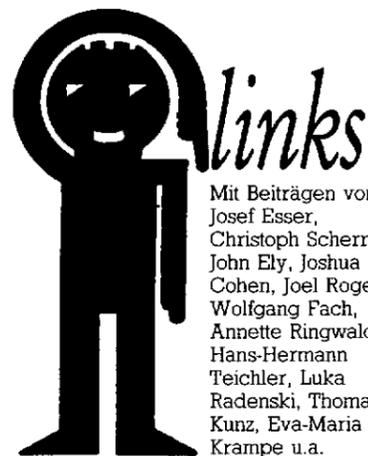
PLZ, Ort _____

Dr. Uwe Kremer, Politikwissenschaftler, Redakteur der spw, Dortmund

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

links im Februar 1993:

Thema: USA '93: Clintons neuer Bund für den Werkplatz Amerika • Das Ende des ökonomischen Altruismus der USA? • The „Next Generation“? • Clintons Sieg • Postmoderne Stammesfehden • Aktuell: Wann zieht Deutschland in den Krieg? • Jugoslawien: Sarajevo — Genf • BÖHSE Fans und gute ONKELZ.



Mit Beiträgen von:
Josef Esser,
Christoph Scherrer,
John Ely, Joshua
Cohen, Joel Rogers,
Wolfgang Fach,
Annette Ringwald,
Hans-Hermann
Teichler, Luka
Radenski, Thomas
Kunz, Eva-Maria
Krampe u.a.

Ich bestelle
○ 1 Exemplar links Heft 2/93
zum Preis von 7,- DM
(nur gegen Vorkasse:
Briefmarken, Scheck etc.)

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach

gen Integrationsfaktor zwischen verschiedenen Zweigen und Stufen der Volkswirtschaft darstellen und eine technologische Stärke demonstrieren, die auf der Breite der Produktpalette beruht. Hinzu kommt, daß sie häufig mit einem sehr hohen Bedarf an „Humankapital“ einhergeht, der sich viel stärker als bei „High-Tech“ auf ein breites Qualifikationsprofil der Belegschaften richtet. Gerade in der Entwicklung der Systemtechnik hat sich gezeigt, wie bedeutsam diese Kombination ist: So hat der Maschinenbau erfahren müssen, daß technologisch überzüchtete Modelle der Fabrikautomation (v.a. CIM) kaum zusätzliche Möglichkeiten einer flexibel spezialisierten, kundenorientierten und störungsfreien Fertigung schafft. Man muß die europäische Breite bei Produkten mittlerer Technologieintensität gegenüber den Konkurrenten nutzen. Hier - und nicht in waghalsigen Prestigeprojekten - befindet sich auch die solide Basis für strategisch gezielte selektive Vorstöße in bestimmte Spitzentechnologien hinein. Aus deutscher Sicht steht vor allem der Maschinen- und Anlagenbau im Mittelpunkt. Die besonderen Stärken liegen hierbei in der Präzisionsmechanik, die vor allem für die Maschinen- und Anlagensteuerung unverzichtbar ist, und natürlich in der Systemtechnik insgesamt. Diese Struktur von Technologie und Qualifikation ermöglicht nicht nur sektorale Spitzenleistungen wie etwa im Werkzeugmaschinenbau. Sie schafft auch wichtige Voraussetzungen, auf denen die westeuropäisch-deutschen Stärken in der Infrastrukturausrüstung beruhen. In der Kommunikations-, mehr noch in der Verkehrs- und vor allem in der Energietechnik sind sie unbestritten. Enge Wechselbeziehungen bestehen zu den entsprechenden Wirtschaftszweigen (v.a. in der Automobilindustrie und Teilen der Elektrotechnik). „Dynamische Bestandsentwicklung“ heißt dann auch, diese Industrie- & Infrastruktur-Komplexe umzugruppieren und auf neue Aufgaben hinzuführen. So hat Europa zusammen mit seinen Partnern südlich des Mittelmeeres sehr gute Karten, um in das Zeitalter der Solarenergie aufzubrechen. Und die Chancen, den Kapazitätsabbau in der westeuropäischen Automobilindustrie durch den systematischen Umbau des gesamten Verkehrssektors aufzufangen, stehen angesichts des vorhandenen know-hows ausgesprochen gut. Mit Hil-

fe von Steuerungs- und Systemtechnik lassen sich in der Abfall- wie auch in der Wasserwirtschaft bedeutsame Innovationen ins Werk setzen. Entsprechend sind die Zukunftsaussichten in den damit verbundenen Bereichen des Maschinen- und Anlagenbaus wie auch der elektrotechnischen Industrie. Die Entwicklung eines strategischen industriell-infrastrukturellen Kerns der europäischen Wirtschaft muß allerdings durch weitere technologische Vorstöße gewährleistet werden.

Integration von Innovationslinien

Der Maschinen- und Anlagenbau zählt zu den bedeutsamsten Abnehmern und Anwendern von *Werkstoffinnovationen*. Hier liegt die große Chance, die vorhandene europäische Produktionsbasis in den Grundstoffindustrien (insbesondere bei Eisen & Stahl, NE-Metallen sowie Chemie) zu restrukturieren und moderne regionale Werkstoffzentren (z.B. Nordrhein-Westfalen/Ruhrgebiet) zu schaffen (vergl. Schäffer 1989). Für eine darauf basierende strategische Orientierung der Grundstoffindustrien auf den Maschinen- und Anlagenbau sowie komplexe System- und Infrastrukturtechnologien existieren erhebliche und noch ungenutzte Potentiale. Weitaus problematischer stellt sich die Situation in der *Mikroelektronik* dar (vergl. Welsch 1990 und Seitz 1990): Europa mangelt es an einer eigenen Halbleiterproduktion - hinsichtlich der Chips wie auch der Fertigungsgeräte; auf der anderen Seite ist der Pro-Kopf-Verbrauch an Halbleitern wesentlich niedriger als in den USA und Japan. Das Problem liegt nicht nur in der Verfügbarkeit über die mikroelektronischen „Rohstoffe“. Über die Halbleiter kann vor allem nämlich systematischer Einfluß auf die „nachgelagerten“ Technologien und Produktgruppen ausgeübt werden kann. So stößt die japanische Industrie von seiner weltweit dominierenden Halbleiterfertigung aus an immer mehr Stellen immer tiefer in die elektro- und informationstechnische Industrie der USA und Europas vor. Und immer stärker werden dadurch auch die europäischen Hochburgen in der Telekommunikation, in der Industrieelektronik und damit auch im Maschinenbau bedroht. Es ist daher notwendig, die Basis für eine europäische Chip-Produktion und vor allem einen europäisch kontrollier-

ten Verbund von Zulieferung, Herstellung und Anwendung zu schaffen. In der Unterhaltungselektronik und in der Computerindustrie dürfte der Rückstand der Europäer auf absehbare Zeit nicht aufholbar sein. Aber noch gibt es die Stärken in der Industrieelektronik und der Telekommunikation, zwei bedeutenden Abnehmern von Halbleitern. Strategisch entscheidend ist gerade hier der immer wichtiger werdende Markt der anwendungsspezifischen Spezialchips („ASICs“), der vor allem bei systemtechnischen Entwicklungen in der Industrieproduktion von Bedeutung ist und auf dem europäische Anbieter noch vergleichsweise gut vertreten sind. Europas Position dürfte sich noch weiter verstärken, wenn es gelingt diese beiden technologischen Vorstöße mit einer *Ökologisierung* zu verbinden, die nicht nur die genannten Infrastrukturbereiche betrifft, sondern auch die Umgestaltung der industriellen Produktion. Mit Hilfe der mikroelektronisch gestützten Steuerungs- und Systemtechnik und der modernen Werkstofftechnologien ergeben sich neue Möglichkeiten zur systematischen Entwicklung ökologischer Stoff- und Energiekreisläufe, die bislang nur zu einem geringen Teil genutzt worden sind. Europas große Chance besteht in der *Verbindung der drei großen Innovationslinien Mikroelektronisierung, Werkstoffentwicklung und Ökologisierung*. Die industriellen Voraussetzungen dafür sind gut.

Europäische Investitionsführung

Im Verhältnis zu den anderen kapitalistischen Zentren erfordert eine europäische „dynamische Bestandsentwicklung“, daß die Kontrolle über industrielle Verflechtungen nicht verloren geht. Dies betrifft die systematische Gestaltung der Abnahmebeziehungen ebenso wie die „Pflege“ der Zulieferbetriebe: Es gibt vielfache Beispiele dafür, wie durch Vernachlässigung einheimischer Lieferanten hiesige Produktions- und Beschäftigungspotentiale vernichtet und Zugänge vor allem für die japanische Konkurrenz eröffnet wurden. Diese plazierte sich andererseits mit Endmontagefabriken auf den europäischen Märkten, wobei der größte Teil der Wertschöpfung auf den vorhergehenden Fertigungsstufen außerhalb Europas erfolgt und die europäische Abhängigkeit von den entsprechenden Zulieferungen (etwa elektronischen Bauteilen, s.o.)

wächst (vergl. im folgenden James 1990, 310-352).

Es geht nicht darum, japanische Investitionen an und für sich zu verhindern. Aber im Gegensatz zu Großbritannien, das seit Jahren als japanischer Brückenkopf fungiert (vergl. Yamawaki 1990), muß eine europäische Kontrolle dieser Investitionen darauf zielen, einen hohen Wertschöpfungsanteil in hiesigen Produktionsstätten („local content“), die Existenz hiesiger Zulieferbetriebe und damit auch einen hohen Anteil qualifizierter Arbeitsplätze zu gewährleisten. Im Sinne der Innovationsverbünde ist eine *europäische Investitionsführung* gegenüber anderen - v.a. auch japanischen - Investoren anzustreben. Diese Führung müßte u.a. gewährleisten, daß Fertigungs-, Entwicklungs- und Dienstleistungsverbünde zwischen europäischen Produktionsstätten aufgebaut werden.

Diese Kontrolle ist außerdem wichtig, um die Verbünde zielgerichtet für industrielle Modernisierungsprozesse in unterentwickelten Ländern zu öffnen. Zunächst einmal geht es um die Integration Osteuropas und des Mittelmeerraumes in eine ökonomisch-industrielle und infrastrukturelle Basisstruktur. Mit Blick auf die südlichen Erdteile bedeutet dies, die herkömmliche Entwicklungspolitik durch einen industrie- und strukturpolitischen Ansatz abzulösen und Entwicklungsländer mit ihren Wirtschaftszweigen in Verbundstrukturen aufzunehmen (vergl. die relativ erfolgreichen Bemühungen des japanischen New Aid Plan im ostasiatischen Raum).

Aber dies setzt die strategische Bereitschaft voraus, produktive Ressourcen und Spielräume systematisch in die südlichen Regionen zu verlagern, die EG-Märkte gegenüber den Entwicklungsländern zu öffnen und die Bildung von Wirtschaftsräumen in diesen Regionen zu unterstützen. M.a.W.: Es geht darum, die ökonomische Verschränkung Westeuropas mit den anderen Zentren zu kontrollieren und teilweise auch zu verringern, um dafür der Abkoppelung des Südens zu begegnen und wirtschaftsräumliche Nord-Süd-Achsen zu bilden. Eine so verstandene „Politik ausgewählter Wachstumsfelder“ führt natürlich zu erheblichen Anpassungsprozessen in Westeuropa selbst, die wiederum zum Gegenstand von EG-weiter Industrie- und Strukturpolitik werden müssen.

III. Moderner Staat und ökonomische Kultur

Eine neo-industrielle Entwicklung in Westeuropa, die zugleich auf eine Neustrukturierung der internationalen Arbeitsteilung orientiert ist, tangiert die Rolle des Staates, der wirtschaftlichen Institutionen und der sozialen Netzwerke in substantieller Hinsicht. *Erstens* (vergl. Hilpert 1991): In zeitlicher Dimension geht es um sehr langfristig anzulegende industrielle und infrastrukturelle Projektierungen auf der Basis moderner Technologien. Sie erfordern in räumlicher Dimension eine kontinuierliche Abstimmung zwischen Weltmärkten und Industriestrukturen. Diese *zeitlich-räumliche Kohärenz* kann unter keinen Umständen durch die unsichtbare Hand des freien Marktes hergestellt werden; sie überfordert offenkundig aber auch das traditionelle keynesianische Projekt.

Zweitens (vergl. Streeck 1991): Diese Kohärenz realisiert sich in den angesprochenen Innovationsverbänden bzw. industriell-infrastrukturellen Komplexen und zunehmend im Kontext einer diversifizierten *Qualitätsproduktion*. Dieser Prozeß ist eine *wesentlich* institutionelle Leistung, die nicht zuletzt von der *organisatorischen Intelligenz der sozialen Beziehungen* abhängt. Die Rolle des Staates ergibt sich in dieser Perspektive nicht aus einer schlichten Gegenüberstellung zum Markt, sondern aus dem institutionellen Kontext ökonomischer Innovation.

Der Staat als Innovationsführer

Der Charakter der technologischen und sozialen Innovationen innerhalb eines komplexen industriell-infrastrukturellen Geflechtes und unter den Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz erzwingt eine neue und strategische Definition *des Staates* „als *Stratege und als Innovator, als Koordinator und Unterstützer der Produzenten*“ (Murray 1989, 430; vergl. ProMS 1989, 41. f.). Im Sinne einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsagentur wendet er sich der *supply-side* und damit auch den Produktionsstrukturen zu - aber nicht im neoliberalen Sinne, sondern vielmehr um den langfristigen Auf- und Abstieg von Industrien und Wirtschaftszweigen, von Produktgruppen und technologischen Linien und die Abwicklung umfassender Infrastrukturinvestitionen zu beeinflus-

sen und zu koordinieren: Diese Staatsperspektive einer industriellen Programmierung gilt im übrigen erst recht, wenn man den grundlegenden ökologischen und sozialen Umbau der Volkswirtschaft im Sinne einer "Politik ausgewählter Wachstumsfelder" (SPD) ins Visier nimmt (vergl. im folgenden auch Kremer 1990).

Die neue führende Rolle des Staates zeigt sich am deutlichsten in ihrer Konzentration und Bündelung auf Projektlinien, indem der Staat im Rahmen von *public-private-partnerships* die Rolle des öffentlichen Konsortialführers übernimmt.

Eine öffentliche Konsortialführung setzt allerdings voraus, daß der öffentliche Einfluß auch und gerade in der Entwicklung europäischer Konzernstrukturen und Allianzen geltend gemacht wird. Strategische Planungen globalen Allianzen zu überlassen, die keiner öffentlich-europäischen Kontrolle mehr unterstehen, würde hingegen die industrie- und strukturpolitische Handlungsfähigkeit der EG nach innen wie nach außen radikal beeinträchtigen. Auf den wichtigsten technologischen und Infrastrukturfeldern müssen dazu Konkurrenz- und leistungsfähige öffentliche Unternehmen auch wirtschaftlich präsent sein und im Einklang mit einer europäisch koordinierten industriellen Beteiligungspolitik die öffentlichen Entwicklungsziele im ökonomischen Wettbewerb zur Geltung bringen: Die Hauptaufgabe würde darin liegen, Innovationsverbände mit (euro-) strategischer Bedeutung herzustellen und ggfs. auch zu führen.

Aber sowohl mit Blick auf die Infrastruktur- und Technologieprojekte wie auch die europäischen Konzerne wird sich eine führende Rolle des Staates vor allem über den Finanzsektor realisieren. Da es unsinnig wäre, auf die enormen finanziellen Anforderungen der Zukunft mit einer Aufblähung des Staatshaushaltes zu reagieren, muß privates Kapital in Form von Kooperationen und Konsortien mobilisiert werden. Eine zeitgemäße Konzeption öffentlich geförderter und kontrollierter Investitionsfonds - zu definierten Zwecken und unter Beteiligung gesellschaftlicher Akteure eröffnet unter Steuerungsgesichtspunkten interessante und innovative Möglichkeiten für eine gesellschaftlich sinnvolle, öffentlich vermittelte und zugleich rentierliche Umlenkung von Gewinnen und Sparleistungen in Investi-

tionstätigkeit - im Rahmen sektoraler und regionaler Modernisierungsprozesse, der Infrastrukturentwicklung und der Bewältigung internationaler Entwicklungsprobleme:

Noch wichtiger ist zweifellos der Bankensektor: Abgesehen von bedeutsamen Staatsanteilen in anderen EG-Ländern steht mit dem öffentlich-rechtlichen Sparkassensektor (und den Landesbanken) auch in Deutschland schon eine Ausgangsbasis für eine derartige Ausrichtung des Finanzsektors zur Verfügung, die - wie das Beispiel der expandierenden WestLB und ihrer industriepolitischen Rolle zeigt - durchaus entwicklungsfähig ist.

Europäische Wirtschaftskultur

Die innovative Rolle des Staates in der Industrie- und Strukturpolitik ist nun im Kontext des gesamten institutionellen Gefüges zu sehen. Gerade das japanische Beispiel zeigt, daß sich eine nationale Produktionsweise weniger durch einen Set instrumenteller und juristisch fixierter Mechanismen auszeichnet, sondern vor allem durch eine ökonomische Kultur, die das Selbstverständnis, die Kooperationsbereitschaft und den Konsens der sozialen Akteure prägt und in entscheidendem Maße über die Wirksamkeit oder Unwirksamkeit spezifischer Politiken entscheidet. Es geht hierbei um die informellen und institutionellen sozialen Netzwerke "zwischen" Markt und Staat, die das System eines modernen Kapitalismus auszeichnen - wobei auch und gerade die Unternehmen bis hin zu den großen Konzernen als gesellschaftliche Einrichtungen zu verstehen sind. In diesem Geflecht werden öffentliche Rahmenseetzungen und Konzernstrategien, Marktdaten und Interessenkonflikte wirksam. Für unsere Perspektive bedeutet dies wiederum, daß sich der aktive Staat als Entwicklungsagentur nur in dem Maße entfalten und die Beziehungen zwischen Industriestruktur und Weltmarkt gestalten kann, wie seine Rolle mit einer ökonomischen Kultur korrespondiert und er selbst in den entsprechenden sozialen Institutionen und Netzwerken verankert ist (vergl. Hilpert 1991, 54, und Matzner/Streeck 1991, 8).

Eine "dynamische Bestandsentwicklung" ist in Europa demnach nur dann praktikierbar, wenn sie auch den Bestand an historisch gewachsenen *industrial relations* berücksichtigt. In den

vergangenen 10-15 Jahren hat sich aber in vielen Teilen Westeuropas im Zeichen des Neokonservatismus und Markt-radikalismus so etwas wie eine "ökonomische Kulturlosigkeit" breitgemacht: Sie hat wesentlich zur Defensive beigetragen, in der sich die westeuropäische Wirtschaft heute gegenüber der japanischen befindet. Denn Japan verfügt über eine stark entwickelte und in den großen Unternehmen verankerte ökonomische Kultur, in der die Betriebe als zu gestaltender sozialer Raum angesehen werden (allerdings nicht im Sinne der demokratisch-wohlfahrtsstaatlichen Traditionen westeuropäischer Provenienz). Japanische Unternehmen fassen nunmehr mit ihrem Selbstverständnis auch in den USA und Europa Fuß. Der Fall des Nissan-Werkes in Nordost-England ist symptomatisch für diese Tendenz, die industriellen Beziehungen zu "japanisieren" - auf Kosten gewerkschaftlicher Positionen (vergl. James 1990, 207 ff.).

Dem stehen die Versuche gegenüber, die gewerkschaftliche Mitbestimmung im EG-Rahmen zu verankern. Es ist in diesem Zusammenhang kein Zufall, daß Firmen wie Thomson oder Bull mit Gewerkschaften Abkommen unterzeichnet haben, die als Wegmarken zum "Europäischen Betriebsrat" anzusehen sind: (französische) Firmen also, die ausgesprochen europäisch orientiert und industriepolitisch eingebunden sind (vergl. Hoffmann 1991). Diese Beispiele signalisieren den engen Zusammenhang, der zwischen einer europäischen Industrie- und Strukturpolitik und einer gewerkschaftlichen Perspektive der Interessenvertretung und Mitbestimmung besteht. Vor allem aber die strategische Bedeutung der Qualifikation bzw. des "Humankapitals" führt in der neo-industriellen Perspektive zu einem Bedeutungszuwachs institutioneller Netzwerke, die jenseits des Marktliberalismus liegen und alternativ zum japanischen Ansatz Chancen für die westeuropäische Arbeiterbewegung eröffnen. Die Behauptung Europas und der europäischen Industrie in der Auseinandersetzung mit den anderen kapitalistischen Zentren erfordert eine ökonomische Kultur, die die Organisationen der Lohnabhängigen systematisch einbezieht.

Der strategische Versuch müßte darin bestehen, Neo-Industrialisierung und Demokratisierung als Elemente der kommenden westeuropäischen Wirtschaftskultur zu vereinbaren, so daß plu-

rale gesellschaftliche Interessen (von Belegschaften, Kommunen, Gewerkschaften, Umwelt- und Verbrauchergruppen) in den ökonomischen Wettbewerb um ökologische und soziale Problemlösungen eingehen. Dazu gehören unterschiedliche Formen der Wirtschaftsdemokratie - von einer demokratischen Konzernverfassung über die gesellschaftliche Öffnung des Fondswesens bis zu einer regionalwirtschaftlichen Demokratisierung (vergl. Kremer 1990).

Ein europäischer New Deal?

Insoweit läuft das europäische Projekt auf einen modernen *new deal* hinaus - auf einen *deal* zwischen den Modernisierungsinteressen des westeuropäischen Kapitals und neu gruppierten sozialen Allianzen, in deren Mittelpunkt auch in Zukunft die Erwerbstätigen in den zentralen Sektoren der Wertschöpfung stehen werden - allerdings nicht einfach als "Lohnabhängige", sondern auch als qualifizierte Akteure der Innovation. Eine schlichte Neuauflage von Kategorien des "Klassenkompromisses" und des ihm vorausgesetzten "Klassenkampfes" wäre demnach radikal unzureichend. Wenn die Neo-Industrialisierung einem progressiven Muster folgt, so wird sich dies nicht nur in der Formierung von *sozialen Interessen*, sondern darüberhinaus in der Mobilisierung von *produktiven Kompetenzen* niederschlagen - Kompetenzen zur wissenschaftlich-technischen, sozial-kulturellen und politisch-administrativen Bewältigung der großen Herausforderungen: Die aktive Beteiligung der Menschen an den Investitionsprojekten und Umbaumaßnahmen einer neuen Industriepolitik erfordert - so die strategische Hypothese - eine *Allianz der produktiven Kräfte der Arbeit, der Wissenschaft und der Kultur* (vergl. ProMS 1989, 49), die sich genau an diesen Projekten und einer entsprechenden "Politik ausgewählter Wachstumsfelder" herausbildet.

Auf der anderen Seite muß ein moderner *new deal* in seiner internationalen Dimension gesehen werden - als ein Deal zwischen der inneren Modernisierung Westeuropas und dem gezielten Abtreten produktiver Ressourcen und Spielräume an die unterentwickelten Weltregionen, was einer international praktizierten "Politik ausgewählter Wachstumsfelder" entsprechen würde. Die

Frage nach den institutionellen Mechanismen, der Rolle des Staates und der ökonomischen Kultur stellt sich damit auch hier. Selbstverständlich müßte eine Renaissance des Staates und der Industriepolitik mit dem Weltmarktliberalismus des IWF und der Weltbank brechen - aber der einzige Weg dahin besteht in der Entwicklung von ökonomisch-politischen Machtpositionen, die eine inhaltliche Veränderung von IWF und Weltbank erlauben und ein neues "Bretton Woods" ermöglichen.

Diese Machtpositionen sind nicht mit einem idealistischen "Globalismus" vereinbar, hinter dessen Fassade sich nur die reale Macht der "global player" entfalten würde: Die Bildung von Wirtschaftsräumen in der Dritten Welt und die Entwicklung von Nord-Süd-Achsen sind zentrale Voraussetzungen für neue internationale Regulierungsstrukturen (vergl. Marmora/Messner 1990). Hierbei läßt sich zeigen, daß es zwischen der inneren ökonomischen Kultur und dem außenwirtschaftlichen Verständnis wesentliche Zusammenhänge gibt. Vielleicht entwickelt sich aus dem neuen Verständnis des Staates und der ökonomischen Kultur, aus den Elementen des *new deal* und der *produktiven Allianz* so etwas wie eine spezifisch *europäische Produktionsweise*, die mit den anderen kapitalistischen Zentren und ihren spezifischen Produktionsweisen nicht nur um Weltmärkte, sondern vor allem auch um globale Problemlösungen konkurriert?

Da die Veränderung der Produktionsweise vor allem als eine Veränderung ökonomischer Kultur und nicht nur als eine Frage bestimmter Maßnahmenkataloge definiert wurde, stellt sich das Problem, inwieweit sich die ökonomische Kultur tatsächlich in strategischer Absicht verändern läßt (vergl. Streeck 1991, 55) und sich Neo-Industrialisierung und Demokratisierung, innovative Wirtschaftsverbände und neue soziale Allianzen in einem *new deal* entfalten können. Die Erfahrungen vergangener sozial-ökonomischer Kompromisse zeigen, daß sich derartige Veränderungen tatsächlich ereignen - allerdings unter der regelmäßigen Voraussetzung *sozialer Umbrüche und Kämpfe*. Hier liegt eine spezifische Aufgabe der Linken. Und da die hier angedachten Kompromisse im übrigen eben Kompromisse sein werden, besteht auch ansonsten kein Anlaß, auf das Weiterdenken und radikalere Optionen zu verzichten.

Literatur

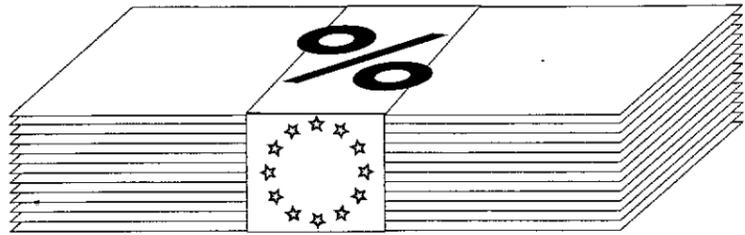
- Glötz, Peter (1987): Die Malaise der Linken. In: Der Spiegel, Heft 5/87
- Hilpert, Ulrich (1991): Neue Weltmärkte und der Staat. Opladen
- Hoffmann, Andreas (1991): Euro-Betriebsräte - Der richtige Weg zu einem Binnenmarkt für Arbeitnehmer. In: Frankfurter Rundschau vom 2.11.1991
- Hughes, Kirsty S. (1991): Trade Structure and Competitiveness in the Main OECD Economies. WZB discussion papers FS IV 91 - 2
- James, Barrie G. (1990): Wirtschaftsmacht Japan - Das Trojanische Pferd. Freiburg i.B.
- Kremer, Uwe (1990): Demokratische Wirtschaftsreform und moderner Kapitalismus. In: SPW Heft 1/1990, S.46 ff.
- Kremer, Uwe (1991): Zeitalterwechsel - Der weltweite Niedergang des Marktliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/91, S. 1494 ff.
- Marmora, Leopoldo/Messner, Dirk (1990): Regionalbildung in der Dritten Welt. In: Nord-Süd-Aktuell 4/1990
- Matzner, Egon/Streeck, Wolfgang (1991): Towards a Socio-Economics of Employment in a Post-Keynesian Economy. In: dies. (Hrsg.): Beyond Keynesianism. The Socio-Economics of Production and Full-Employment. Edward Elgar Ltd. Aldershot (UK). S.1 - 20
- Murray, Robin (1988): An der Schwelle des post-fordistischen Zeitalters? In: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 4/89, S.411 - 432
- ProMS (1989): Projekt Moderner Sozialismus - 53 Thesen. Berlin
- Schäffer, Wilhelm D. (1989): Kriterien und Elemente einer umwelt- und sozialverträglichen Werkstoffpolitik für NRW (Reihe der TBS NRW "Technik und Gesellschaft" Heft 13). Oberhausen
- Scharpf, Fritz W. (1987): Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Frankfurt a.M. 1987
- Streeck, Wolfgang (1991): On the Institutional Conditions of Diversified Quality Production. In: Matzner, E./Streeck, W.: Beyond Keynesianism. Edward Elgar Ltd. Aldershot (UK). S.21 - 61
- Yamawaki, Hideki (1990): Location Decisions of Japanese Multinational Firms in European Manufacturing Industries. WZB discussion papers FS IV 90 - 21

Errata

Die folgenden Anmerkungen fehlten in dem Beitrag von André Leisewitz und Klaus Pickshaus "Gewerkschaften und Umweltpolitik" in spw 68, S. 57

- ³⁷ Vgl. zur Analyse der Erfahrungen dieser Aktion André Leisewitz/Klaus Pickshaus, Ökologische Spurensuche im Betrieb. Tator Betrieb - Erfahrungen einer Aktion der IG Metall, Frankfurt/Main 1992.
- ³⁸ Vgl. Klaus Pickshaus/Klaus Priester (Hrsg.), Lösemittel und Ersatzstoffe, Frankfurt/Main 1991.
- ³⁹ Vgl. "Dialog über Wege zur lösemittelfreien Druckerei begonnen", in: Arbeit & Ökologie-Briefe, Heft 9/1992, S. 7 ff.
- ⁴⁰ Vgl. André Leisewitz/Klaus Pickshaus, Arbeitsökologie. Ansatzpunkte für die Verbindung von gewerkschaftlicher Umwelt- und Gesundheitspolitik, in: Sozialismus, H. 7-8/1991, S. 59 ff.
- ⁴¹ Vgl. André Leisewitz/Klaus Pickshaus, Ökologische Spurensuche im Betrieb, a.a.O., S. 31 ff.; dies, Öko-Diskurs und betriebliche Realität - Ansatzpunkte für eine arbeitsökologische Politik der Gewerkschaften, in: Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 11, September 1992, S. 135 ff.

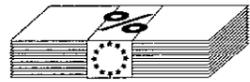
Europäische Notenbankverfassung



demokratisch ausgestalten

von Harald Unfried*

Maastricht: Grundlegende Weichenstellungen für die Geldpolitik



Die Grundentscheidungen der EG-Ratskonferenz von Maastricht verändern die wirtschafts- und fiskalpolitischen Rahmenbedingungen in Europa in einschneidender Weise.

Die politische Diskussion um das Maastrichter Vertragswerk wird dabei im Prinzip von zwei Befürchtungen beherrscht: zum einen werden - gestützt auch auf die vorherrschende ökonomische Lehrmeinung - die anvisierten institutionellen Vorkehrungen der Wirtschafts- und Währungsunion als unzureichend empfunden, um eine strikte Stabilitätsorientierung im künftigen Binnenmarkt auch tatsächlich durchsetzen zu können.¹ Zum anderen kursieren - sowohl auf der Linken wie der Rechten - vielfältige Ängste entweder vor dem Verlust "nationaler Identität" oder einzelstaatlicher Steuerungsmöglichkeiten in verschiedenen Politikbereichen.

Eine differenzierte und in die Breite gehende Debatte um mögliche Gestaltungsalternativen der Wirtschafts- und Währungsunion hat sich jedoch nur in Ansätzen entwickelt. Die Komplexität des Vertragswerks sowie der damit zusammenhängenden politisch-ökono-

mischen Fragen stellt eine Barriere dar, die es enorm erschwert, eine allgemeinverständliche und trotzdem hinreichend problembewußte Auseinandersetzung in der Gesellschaft zu organisieren. Dennoch bleibt der sozialistischen Linken letztlich keine andere Wahl, als sich auf die neue Geschäftsgrundlage einzulassen. Mit großer Wahrscheinlichkeit kann durch die Öffnung der Güter- und Faktormärkte sowie durch die Etablierung einer Einheitswährung die gesamtwirtschaftliche Effizienz erhöht werden. Doch die alles entscheidende Frage, wie sich die ökonomischen Vorteile auf die einzelnen Bevölkerungsschichten sowie die Regionen verteilen werden, ist damit noch lange nicht beantwortet. *Wenn die europäischen SozialistInnen die sozialkulturellen Interessen der arbeitenden Menschen wirksam zur Geltung bringen wollen, müssen eigene Konzeptionen der Geld-, Währungs- und Fiskalpolitik entwickelt und in einem positiven Sinne popularisiert werden.*

Diese konzeptionellen Aufgaben reichen von der Entwicklung alternativer Vorstellungen zur Geld- und Fiskalpolitik über die Ausgestaltung der sozialen Dimension des Binnenmarktes bis hin zur Reformulierung der gleichstellungspolitischen Forderungen auf europäischer Ebene. Die Dringlichkeit konzeptioneller Arbeit ergibt sich aus dem wachsenden Widerspruch zwischen den abnehmenden wirtschaftspolitischen Steuerungskapazitäten auf nationaler Ebene und dem zunehmenden Regelungsbedarf in der Beschäftigungs-, Einkommensverteilungs- und Sozialpolitik.

Wirtschaftliches Wagnis:



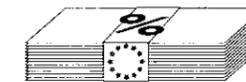
Währungsunion zwischen ungleich entwickelten Ländern und Regionen

Die Regelungsinhalte der Maastrichter Verträge werden jedoch zunächst die Spielräume für soziale Reformen und eine Umkehr in der Verteilungspolitik einschnüren. Die verstärkten Anstrengungen der Nationalstaaten zur Erfüllung der in Maastricht fixierten Prüfsteine auf dem Weg zur Währungsunion schließen die akute Gefahr ein, daß diese primär zu Lasten der Werktätigen vorgenommen werden. Insbesondere solche Staaten, die von den Konvergenzkriterien stark abweichen, müssen ab sofort eine Verschärfung ihrer geld- und fiskalpolitischen Linie einleiten (drastische Drosselung der Staatsausgaben, Einnahmeerhöhungen, einschnürende Zinspolitik mit entsprechend negativen Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung; ggf. gewerkschaftsfeindliche Innenpolitik u.a.). In vielen europäischen Staaten werden die neuen "stabilitätspolitischen" Zwänge bereits spürbar (z.B. Italien, Griechenland, Belgien). Die größte Gefahr besteht darin, daß viele Staaten gleichzeitig eine deflatorische Haushaltspolitik betreiben, die gesamteuropäisch zu erheblichen ökonomischen Verwerfungen und politischen Krisen führen kann.

Auf der politischen Ebene beinhaltet das WWU-Projekt den Verzicht auf sämtliche nationale Souveränitätsvorbehalte in

der Geldpolitik. Die Errichtung eines Systems der Europäischen Zentralbanken (ESZB) führt zu einem Kompetenzverlust der nationalen Notenbanken. Die für jede Wirtschaft so wichtigen Leitzinsentscheidungen können nicht mehr von den Einzelstaaten getroffen werden. Die Währungsunion nimmt der nationalen Wirtschaftspolitik zudem die Möglichkeit, durch Veränderungen des nominalen Wechselkurses (Währungsabwertung) nachhaltige Einbußen im Außenhandel kurz- bis mittelfristig und mit geringeren Friktionen als vermittelt einer Reduktion der inländischen Kosten, Preise und Beschäftigungsmöglichkeiten zu kompensieren. Die Herstellung eines Gleichgewichts in der Leistungsbilanz über niedrigere Einkommen und Preise bleibt zudem immer fraglich, weil die Überschußländer Gegenmaßnahmen ergreifen können, um einen Gleichgewichtszustand nicht eintreten zu lassen. Die Aufrechterhaltung einer beständigen Überschußposition wurde von der BRD beispielsweise durch eine unterbewertete Währung herbeigeführt - auf Kosten der Beschäftigungssituation in anderen europäischen Staaten. Ohne nationale Währungen als "Schutzfilter" wird der Wettbewerb zwischen den Regionen nahezu verzerrt sein. In den interessengeleiteten Standortkampagnen der Unternehmenswirtschaft werden mehr "Sachzwänge" geltend gemacht, um die uralte Forderung, mehr Lohnflexibilität nach unten zuzulassen, unter veränderten Bedingungen erneut zu erheben ("differenzierte Lohnlandschaft"). Um das größte Deregulierungsprojekt in der Geschichte des europäischen Kapitalismus dennoch fortschrittlich wenden zu können, bedarf es eines politisch-ökonomischen Konzepts, das eine beschäftigungswirksame Nachfragepolitik in den europäischen Kontext stellt und insofern weiterreichende Möglichkeiten der politischen Regulierung marktwirtschaftlicher Prozesse vorschlägt. Für diesen Zweck ist es erstens unumgänglich, eine Modifizierung zentraler Vertragsbestimmungen von Maastricht einzufordern (z.B. Erweiterung des Handlungsspielraums der Einzelstaaten durch eine partielle Rücknahme der fiskalpolitischen Restriktionen des Art 104 c). Zweitens bedarf es der Infragestellung tiefverwurzelter Tabus, die sich im wirtschaftspolitischen Diskurs der letzten Jahrzehnte verfestigt haben.

Preisstabilität contra Sozialreform



Dies gilt vor allem für die oftmals behaupteten strikten Zusammenhänge zwischen Preisniveaustabilität und der Existenz einer autonomen Zentralbank. Die festverwurzelte Auffassung, wonach die strikte Verfolgung eines monetären Restriktionskurses vorwiegend positive wirtschaftliche Resultate zeitigt und zudem ausschließlich mit einer unabhängigen Währungsbehörde möglich ist, kann einer differenzierten Analyse, die insbesondere die Beschäftigungswirkungen sowie die gesellschaftspolitischen Konsequenzen (Disziplinierung der Belegschaften und der Gesamtgesellschaft) miteinbezieht, nicht standhalten:

1. Vorneweg muß festgestellt werden, daß die institutionelle Sonderstellung der Bundesbank in Europa keineswegs auf die negativen Erfahrungen der Deutschen mit dem durch die Kriegsfinanzierung ausgelösten Geldüberhang zurückzuführen ist. Die historische Genese der unabhängigen Bundesbank ist an erster Stelle mit den geldrechtlichen Neuordnungsvorschriften und dem Machtkalkül der westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges verknüpft. Um die Währungsreform vorzubereiten und um den alten zentralistischen Machtapparat der Deutschen nicht wieder aufkeimen zu lassen, haben vor allem die Vereinigten Staaten eine an das Federal Reserve System angelehnte Konstruktion für die deutsche Zentralbank durchgesetzt.
2. Der gravierendste Währungsverfall in der deutschen Geschichte fand unter der Ägide einer unabhängigen Notenbank statt. Die Autonomie der Reichsbank wurde im Mai 1922 gesetzlich verankert. Die Hyperinflation des Jahres 1923 war daher bereits von einer nicht weisungsgebundenen Zentralbank wesentlich mitzuverantworten. Ein tiefsitzendes Unverständnis der Reichsbankleitung über die Wirkungen des geldpolitischen Instrumentariums beförderte die inflationären Prozesse.
3. In der Zentralbankdebatte erfolgt viel häufiger der Hinweis auf schmerzliche Inflationserfahrungen denn auf

mindestens ebenso negative Deflationserfahrungen. Die katastrophalen Wirkungen, die die Brüningssche Deflationspolitik auf die sozialen Verhältnisse wie das gesellschaftliche Klima gegen Ende der Weimarer Republik ausübte, werden auch von vielen Linken kaum noch thematisiert, um damit etwa den Nutzen einer gesamtwirtschaftlich Nachfrage stützenden Politik historisch zu untermauern.

Dies ist deshalb fatal, weil es die Vorstellung befördert, daß die Bevölkerung vor einer expansiv agierenden Regierung vermittelt einer autonomen Zentralbank sozusagen "geschützt" werden müsse. *Daß der Schutz auch vor einer restriktiv agierenden Währungsbehörde, die mit überzogen hohen Zinsniveau die Investitionsdynamik beeinträchtigt und Beschäftigungschancen vernichtet, bestehen könnte, kommt so auch einer Mehrheit der Linken nicht mehr in den Sinn.*

4. Die Politik der Deutschen Bundesbank enthält hinreichend Beispiele für ein solch restriktives Währungsmanagement. Die besondere Art des Währungsmanagements ist dabei im Kontext der aggressiven Exportorientierung der bundesdeutschen Unternehmenswirtschaft sowie führender gesellschaftlicher Kreise zu sehen. Defizite in der Leistungsbilanz wurden politisch-psychologisch zum Tabu erklärt und stets rücksichtslos, d.h. notfalls auf Kosten des Beschäftigungsniveaus, bekämpft. Die absolute Präferenz für Preisniveaustabilität ist mit dem alles dominierenden Exportmodell sehr eng verknüpft. Zwar erfordert die erfolgreiche Ausrichtung einer Nationalökonomie auf permanente Export- und Leistungsbilanzüberschüsse weit mehr als die strikte Verfolgung des monetären Stabilitätszieles. Vielmehr bedarf es hierzu der bewußten Integration verschiedener Ebenen und Akteure, die zunächst keineswegs identische Interessen aufweisen - von der Unternehmenswirtschaft über die staatliche Ebene bis hin zu relevanten Teilen der Gewerkschaften. Bei der Durchsetzung des exportfixierten Entwicklungsmodells der BRD-Ökonomie hat jedoch die auf strikte Geldwertstabilität zielende Geldpolitik der Frankfurter Währungsbehörde eine zentrale Rol-

* Harald Unfried, stellv. JUSO-Landesvorsitzender Bayern, Landshut

le gespielt. Die Bundesbank hat durch harte monetäre Kontraktion die Impulse einer expansiven Fiskalpolitik häufig wirksam konterkariert. Sie hat gleichzeitig durch die Herbeiführung interner Stabilisierungskrisen die Verhältnisse auf den Arbeitsmärkten zuungunsten der werktätigen Massen beeinflusst.

Bereits in der Rezession der Jahre 1965 - 1967 hat die Bundesbank durch ihre überharte Restriktionspolitik zum Abbau eines zeitweiligen Leistungsbilanzdefizits die Verlaufsform der Wirtschaftskrise verschärft und negative Beschäftigungseffekte ausgelöst. Noch härter agierte die Bundesbank allerdings Ende der 70er Jahre, als die Leistungsbilanz erstmals wieder seit Mitte der 60er Jahre Negativwerte aufwies - infolge nicht mehr zu umgehender DM-Aufwertungen, einer seit 1977 stärker wachstumsorientierten Politik und des Ölpreis-Schocks. Hieraus resultierte auch eine zeitweilige Abwertungstendenz der D-Mark, die das Ziel, die D-Mark als führende Währung im europäischen Währungsgefüge zu verankern, akut gefährdete. Als Reaktion auf die diagnostizierte Vertrauenskrise der Märkte gegenüber der DM intensivierte die Bundesbank ihre ohnehin einschneidende Geldpolitik. Der Geschäftsbericht der Bundesbank von 1981 spricht von einer "drastischen zins- und liquiditätspolitischen Zäsur". Die empfindliche Erhöhung der Zinssätze erfolgte dabei erst zu einem Zeitpunkt, als infolge der Weltwirtschaftskrise der Auslastungsgrad der Industriekapazitäten beständig abnahm und die Massenarbeitslosigkeit den höchsten Nachkriegsstand erreichte. Die Wohlfahrtsverluste der einseitig leistungsbilanz- und stabilitätsorientierten Politik reichen von der rückläufigen Gebrauchswertproduktion bis hin zu den immensen gesellschaftlichen Kosten der zusätzlich hervorgerufenen Arbeitslosigkeit.

Die Erzielung permanenter Leistungsbilanzüberschüsse u.a. infolge einer unterbewerteten Währung, die Ambition der Erringung und Verteidigung einer monetären Führungsrolle sowie die dogmatische Fixierung auf absolute Preisniveaustabilität haben daher eine erhebliche Relativierung des Vollbeschäftigungsziels zur Konsequenz. Eine solche Politik geht dabei keineswegs allein auf Kosten der ArbeitnehmerInnen in den Ländern, die infolgedessen eine anhaltend negative Leistungsbilanz auf-

weisen. Vielmehr schlägt eine eingleisig exportorientierte Politik auch auf die Lohnabhängigen im Überschußland zurück, da permanent ein großer Teil der geschaffenen Werte nicht konsumiert werden kann. Diese Beschäftigten werden zwar ständig angehalten, noch produktiver zu arbeiten, um die starke Position auf den internationalen Märkten halten zu können; sie erleiden aber Wohlfahrtsverluste, weil sie mehr erarbeiten, als sie verbrauchen und genießen können. Weltwirtschaftlich gesehen ist der Wettlauf um eine glänzende Handels- und Leistungsbilanz immer ein Nullsummenspiel auf Kosten der Beschäftigten, die auf diese Weise in eine verschärfte und vermeidbare Konkurrenz gegeneinander betrieben werden. Was das eine Land auf den Weltmärkten (anteilmäßig) zusätzlich verkauft, geht dem anderen an Marktanteilen verloren. Unzweifelhaft gab es in der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte auch Situationen, in denen die Bundesbank auf äußere Zwänge reagieren mußte, ohne über größeren Spielraum zu verfügen. Dies galt insbesondere in der Endphase des Festkurssystems von Bretton-Woods. Dies gilt auch - wenngleich mit wesentlichen Abstrichen² - für die geldpolitischen Konsequenzen der voreilig inszenierten deutsch-deutschen Währungsunion.

Demokratisches Zentralbanksystem statt autokratischer Nebenregierung



Die Durchsetzung einer konsequenten Vollbeschäftigungspolitik im europäischen Binnenmarkt erfordert deshalb einen erweiterten Zugriff der Legislative wie der Exekutive auf die Geldpolitik als einem der zentralen makro-ökonomischen Hebel. Ambitionierte gesellschaftspolitische Zielsetzungen, die mit einer aktiven öffentlichen Beschäftigungspolitik verknüpft werden, können ohne diesen Zugriff ihrer Wirkungen erheblich beraubt werden.

Im Rahmen einer sozialistischen Reformpolitik im europäischen Binnenmarkt sind deshalb folgende Anforderungen an eine demokratische Ausgestaltung des Europäischen Zentralbankensystems zu formulieren:

1. Demokratische Verantwortlichkeit und Kontrolle der Zentralbankpolitik

Öffentliche Einrichtungen, die ein erhebliches Machtpotential bündeln, müssen demokratisch kontrollierbar und letztlich gegenüber den Bürgern (mittelbar über die Volksvertreter) rechenschaftspflichtig sein.

Ein demokratischer Staat muß immer die Möglichkeit haben, die Priorität seiner wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Ziele festzulegen und zu verändern, wenn es die ökonomisch-soziale Konstellation erfordert. Dies gilt insbesondere bei gravierenden Fehlentwicklungen in Bereichen gesellschaftlich notwendiger Bedarfsdeckung (etwa Wohnen und Arbeit).

Die Finanzpolitik muß in rezessiven Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung den Weg der expansiven Nachfragesteuerung einschlagen können, ohne ihrer Wirkungen weitestgehend beraubt zu werden. Es geht dabei sehr zentral um die Macht (oder Ohnmacht) der Wirtschaftspolitik; also um die Frage: welche Hebel und Instrumente stehen der Politik überhaupt noch zur Auswahl. Dies berührt die Demokratiefrage praktisch an einer ganz sensiblen Stelle: der Verfügungsmacht über Geld.

Ein Wirtschaftspolitiker ist demokratisch legitimiert, muß sich diese Legitimation in der ständigen Rechenschaftspflicht vor den Bürgern täglich erstreiten und muß daher auch über mehr Machtmittel disponieren können als die Mitglieder einer demokratisch unzureichend legitimierten Zentralbank, auf deren Zusammensetzung die Menschen noch nicht einmal einen indirekten Einfluß ausüben können.

Die oberste Währungsbehörde darf sich daher - unabhängig vom Stellenwert der Preisniveaustabilität - nicht verselbständigen; sie muß in letzter Instanz vom Parlament beherrscht werden können.

Die Macht der Notenbank darf daher auch nicht soweit gehen, daß grundlegende soziale oder ökologische Reformpolitiken oder keynesianisch inspirierte Strategien der Wirtschaftssteuerung blockiert werden können: wenn eine Mehrheit der Volksvertretung zu der Auffassung kommt, daß das Ziel der Preisniveaustabilität in einer bestimmten Situation gegenüber dem Beschäftigungsziel nachrangig ist und darin einen (klassischen) Zielkonflikt sieht, müssen die Volksvertreter am längeren Hebel sitzen.

Denn gerade bei der Abwägung, ob zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit mittels einer (europäisch abgestimmten) beschäftigungswirksamen Nachfragepolitik zeitweilig eine höhere Rate der Geldentwertung hingenommen werden muß, entzündet sich die Kontroverse zwischen den Befürwortern und Kritikern einer weitgehenden Zentralbankautonomie. Die Befürworter räumen der Preisstabilität einen absoluten Vorrang unter den wirtschaftspolitischen Prioritäten ein. Diese Vorrangigkeit sei durch die "strukturellen Schwächen des pluralistischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses"³ stets gefährdet. Die Anbindung der Notenbank an demokratische Prozesse erscheint in dieser Sichtweise als "Demokratie am falschen Platz":

"Eine Möglichkeit, dies (= absolute Preisstabilität d. V.) zu erreichen, ist die definitive Einschränkung des Handlungsspielraums der jetzigen und zukünftiger Regierungen durch eine Geldverfassung, in der das Notenausgabemonopol auf eine von Regierung, Parlament (sic!) und Interessengruppen unabhängige Zentralbank übertragen wird."⁴

In der alternativen Betrachtungsweise erhält die Geldwertstabilität hingegen einen relativierten Stellenwert zugewiesen. Preisstabilität bleibt von zentraler Bedeutung; eine absolute Erstrangigkeit derselben gegenüber dem Wachstums- und Beschäftigungsziel sowie gegenüber der Orientierung auf außenwirtschaftliches Gleichgewicht wird jedoch bestritten. Vielmehr müssen die möglichen beschäftigungspolitischen Friktionen einer zu strengen Geldpolitik stets mit bedacht werden. Situationsbedingt können sich jeweils wechselnde Prioritäten ergeben. Die Kritiker plädieren deshalb dafür, dem demokratischen Staat verschiedene Optionen offenzuhalten.

Wenn die Wirtschaftspolitik nur mehr die Wahl hat, eine strikte monetaristische Angebotspolitik zu betreiben oder eine etwas gemäßigte Variante umzusetzen - letztlich also den Prämissen einer bestimmten ökonomischen Lehrmeinung zu folgen hat - so bedeutet dies faktisch eine Einschränkung wesentlicher demokratischer Entscheidungsfreiheiten im Bereich der politischen Ökonomie. Diese normative Entscheidung zugunsten größerer Gestaltungsfreiheiten der Wirtschaftspolitik kann dann auch nicht ohne Konsequenzen für die

Ausgestaltung des Zentralbankensystems bleiben. Den häufig vordemokratischen Auffassungen, die sich in der Zentralbankdebatte äußern, muß deshalb entschieden entgegengearbeitet werden. In einem von Strukturvielfalt und gravierenden realökonomischen Divergenzen geprägten großen Wirtschaftsraum wie der EG müssen die demokratischen Steuerungsmöglichkeiten in der Geldpolitik erst recht ausgeweitet werden. Selbst die wissenschaftlichen Protagonisten einer autonomen europäischen Zentralbank erkennen an, daß "mit der Zunahme struktureller Unterschiede im größeren Währungsraum auch die politischen und ökonomischen Einwände gegen eine unabhängige Geldpolitik ernster zu nehmen sind."⁵ Dies bezieht sich freilich keineswegs allein auf die Konstitution der Zentralbank.

Eine demokratische Reform des in Maastricht beschlossenen Systems der Europäischen Zentralbanken muß deshalb eine Anbindung der Leitungsgremien der Zentralbank an das Europäische Parlament beinhalten. Im Zuge der Beseitigung des eklatanten Demokratiedefizits in Europa sollte künftig die Wahl der Mitglieder des Direktoriums der Zentralbank durch das Europaparlament erfolgen. Die Amtszeit ist auf vier Jahre zu beschränken; wobei erwägt werden kann, ob ggf. jeweils nur die Hälfte der Mitglieder neu zu wählen ist. Die Leitungsgremien müssen gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig sein. Das Europaparlament muß ebenso ermächtigt werden, die Autonomie der Zentralbank mit einfacher Mehrheit aufzuheben oder zu modifizieren.

2. Zielbestimmungen der Zentralbankpolitik

Die Verpflichtung der Zentralbankpolitik darf sich nicht auf die Preisstabilität reduzieren. Das klassische Zielviereck der Wirtschaftspolitik - Geldwertstabilität, wirtschaftliches Wachstum, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht - ist auch als Meßlatte für die Politik einer europäischen Währungsbehörde anzulegen. Daneben ist die Verringerung der regionalen Disparitäten in den Zielkatalog mitaufzunehmen. Allerdings kann dies sinnvollerweise nur bei entsprechender Präzisierung dieser Zielbestimmungen erwogen werden. Das Europäische Parlament hat diesbezüglich in seinem Vorschlag eines "Statuts der Euro-

päischen Zentralbank" die Abführung der Zentralbankgewinne an die Europäische Investitionsbank gefordert.⁶ Die Sicherung der Geldwertstabilität wird zwar weiterhin im Mittelpunkt der Zentralbankpolitik stehen müssen; diese darf jedoch nicht ohne jegliche Rücksicht auf die anderen Zielsetzungen verfolgt werden.

3. Politischer Konfliktlösungsmechanismus

Gremien, die mit ihren Entscheidungen die Lebensumstände von Millionen von Menschen beeinflussen oder gar verändern können, bedürfen einer strikten demokratischen Kontrolle. Dies gilt sowohl gegenüber einer Regierung wie auch gegenüber geldpolitischen Entscheidungsträgern, sofern diese nicht zugleich in der Regierung sitzen.

Eine solche Kontrollfunktion wird insbesondere dann benötigt, wenn sich Regierung und Zentralbank in einem "dramatischen Konflikt" befinden, d.h. wenn fundamentale Differenzen über die gesamtwirtschaftlich gebotene geldpolitische Linie auszutragen sind. Es ist durchaus vorstellbar, daß die Zentralbank einer bestimmten Regierungspolitik wirksam und zäh entgegenarbeitet. Dies kann einerseits zu großen ökonomischen Verwerfungen führen, andererseits stellt sich wieder die Frage nach der demokratischen Legitimität.

Auf europäischer Ebene sollte für den äußersten Fall - also bei fundamentalen geldpolitischen Differenzen zwischen Regierung und EZSB - ein politischer Konfliktlösungsmechanismus etabliert werden. Hier bietet sich die Einschaltung einer Dritten Instanz an, die unter Berücksichtigung aller entscheidungsrelevanten Faktoren sowie der widerstreitenden Positionen letztlich eine Entscheidung herbeizuführen hätte. Um eine solch gewichtige Entscheidung hinreichend demokratisch abzusichern, könnte diese Dritte Instanz in einem vom Europaparlament eingesetzten Ausschuß bestehen.

Automome Zentralbank im gesellschaftlichen Raum



Die konkrete Bewegungsfreiheit einer Notenbank wird durch vielfältige juristi-

sche, politische und ökonomische Restriktionen determiniert. Die Frage, inwieweit die europäische Währungsbehörde *tatsächlich* (und nicht nur de jure) autonom sein wird, muß deshalb zwangsläufig offen bleiben. Auch die starke Stellung der Bundesbank ist ihr erst im Laufe der Nachkriegsentwicklung zugewachsen und basiert keineswegs allein auf dem rechtlichen Fundament des Bundesbankgesetzes. Die Bundesbank kann sich mitt-

lerweile auf eine recht stabile Übereinkunft innerhalb der Bevölkerung stützen, die Geldwertsicherung an die vor- derste Stelle der wirtschaftspolitischen Prioritäten rückt - im Zweifelsfall läßt sich dieser gewachsene und von allen relevanten politischen Kräften getragene Konsens auch gegen eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik mit reformerischer Zielsetzung einspannen. Gerade an diesem Punkt aber - der gesellschaftlichen Akzeptanz einer rigorosen Geldpolitik - sind erhebliche Differenzen in den einzelnen EG-Mitgliedstaaten feststellbar. Unterschiedliche Geldverfassungen reflektieren zum Teil auch unterschiedliche Einstellungen der Bevölkerung zum Rang der Geldwertstabilität. Gerade in unterentwickelten Regionen besteht jedoch ein stärkeres Interesse an Wachstum und Beschäftigung. Die in der BRD weitverbreitete Tabuisierung der Preisniveaustabilität *als absolutes Vorrangziel* findet in der öffentlichen Meinung anderer europäischer Länder keine Entsprechung. Die auf unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen beruhenden Vorstellungen über den angemessenen Grad an Preisstabilität wurden mit Maastricht noch lange nicht eingeebnet. Diese divergierenden Sichtweisen und Haltungen finden auch im politischen Raum ihren je spezifischen Ausdruck. *Insoweit* wäre die Position der Europäischen Zentralbank im Konfliktfall - etwa bei einer Konterkarierung abgestimmter Nachfragepolitiken - weitaus schwächer als die der Bundesbank in einer innerdeutschen Kontroverse. Je nach Standpunkt erscheint dies als Gefährdung des Stabilitätszieles oder als Chance für nachfrageorientierte Wirtschaftsstrategien im Binnenmarkt. Eine demokratisch rückgekoppelte und insoweit modifizierte Zentralbankautonomie kann der Wirtschaftspolitik wieder größere Bewegungsfreiheiten verschaffen. Sicherlich liegt hier weder der alleinige Schlüssel zur Organisation eines eingriffsfähigen wirtschaftspolitischen Instrumentariums auf europäischer Ebene noch ist damit eine grundlegend neue Qualität wirtschaftspolitischer Gestaltung aufgetan. Die Maastrichter Verträge enthalten auch in anderen Bereichen genügend Restriktionen, die einer Veränderung bedürfen (z.B. Fiskalpolitik). Mit der Geld- und Währungspolitik muß jedoch ein zentraler makro-ökonomischer Hebel wieder stärker der Verfügungsmacht demo-

kratisch legitimer Politiker zugänglich gemacht werden. Die Politik ist unter den Bedingungen eines zunehmend integrierten Wirtschafts- und Währungsraumes bei gleichzeitig fortbestehendem Wohlstandsgefälle darauf angewiesen, neue Steuerkapazitäten zu organisieren bzw. den Bereich der politischen Regulierung marktwirtschaftlicher Prozesse auszuweiten. Grundlegend stellt sich für die sozialistische Linke die Aufgabe, den stabilitätspolitischen Konsens aufzuweichen und seine gesellschaftspolitischen Konsequenzen bewußt zu machen. Solange die Dominanz monetaristischer und angebotspolitischer Sichtweisen ungebrochen bleibt, eröffnen sich hingegen keine neuen Perspektiven für eine an der Emanzipation der ArbeiterInnenklasse ausgerichteten Reformpolitik.

Literatur

- Voy/Polster/Thomasberger (Hrsg.): Marktwirtschaft und politische Regulierung. Marburg 1991
 Hasse/Schäfer (Hrsg.): Europäische Zentralbank. Göttingen 1990
 Padoa-Schioppa T. u.a.: Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit. Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft. Ein Bericht, deutsche Ausgabe, Wiesbaden.
 Manfred Weber (Hrsg.): Europa auf dem Weg zur Währungsunion. Darmstadt, 1991
 Herbert Ehrenberg: Abstieg vom Währungsolymp. Zur Zukunft der Deutschen Bundesbank. Frankfurt, 1991
 Harald Matfeldt: Keynes. Kommentierte Werk- auswahl. Hamburg, 1985
 Finanzierung und Entwicklung. Vierteljahresschrift des IWF und Weltbank, Ausgabe März 1992 ("Zentralbank und Reformen")
 Herr/Voy: Währungskonkurrenz und Deregulierung der Weltwirtschaft. Entwicklungen und Alternativen der Währungspolitik der BRD und der EG. Marburg 1989
- 1 "Alma mater im Aufstand. Professoren sammeln Unterschriften gegen die europäische Währungsunion." DIE ZEIT vom 22.05.92
 - 2 "Kalkulierter Abschwung. Mit ihrer Geldverknappung könnte die Bundesbank den Vertrag von Maastricht gefährden." Claus Noe in: DIE ZEIT vom 21.08.92
 - 3 von Arnim, H.H. (1977): Gemeinwohl und Gruppeninteressen, Frankfurt in: Hasse/Schäfer (Hrsg.): Europäische Zentralbank, 1990.
 - 4 Wilm Kösters: Die Autonomie der Deutschen Bundesbank - ein Modell für Europa? in Hasse/Schäfer (Hrsg.) Europäische Zentralbank, 1990
 - 5 H.-H. Franke: Zu einigen ablauf- und ordnungspolitischen Problemen einer Europäischen Zentralbank aus polit-ökonomischer Sicht; a.o.O., S. 141
 - 6 Artikel 16 des Statuts der Europäischen Zentralbank"; siehe hierzu: Herbert Ehrenberg: Abstieg vom Währungsolymp. Zur Zukunft der Deutschen Bundesbank, Frankfurt 1991.

Ein dritter Weg des europäischen Films?

3/1 1/1 12

Filmpolitische Konferenz des SPD-Kulturforums in den Potsdamer Defa-Studios

von Ingo Arend*

Soll die Politik auf den amerikanischen Kulturimperialismus mit europäischem Kulturprotektionismus antworten? Diese Frage stellte sich Mitte Dezember die filmpolitische Konferenz des "Kulturforums der Sozialdemokratie" in den alten DDR-Defa-Studios in Potsdam-Babelsberg. Wer sich dieser Tage auf die Suche nach dem europäischen Film macht, bleibt wahrscheinlich in amerikanisch bespielten Vorstadtkinos hängen. Wer sich das dort mit Händen zu greifende kulturimperialistische Gefälle zwischen den USA und Europa, die deprimierenden Fakten über die Marktanteile europäischer Filme vor Augen führt, wird die Eingangsfrage mit einem entsetzten: Sie muß! beantworten. So läßt sich die filmpolitische Konferenz des Kulturforums bilanzieren, die nach neuen Wegen für die Zukunft des europäischen Film suchte. Das Treffen knüpfte an die Tradition der Beschäftigung des ersten Kulturforums mit Fragen der Filmförderung an und stellte so etwas wie den Versuch dar, beispielhaft die kulturelle Seite der jahrelang nur "sicherheits"politisch erörterten "Selbstbehauptung Europas" nachholend auszuloten. Hähnchen- und Maiskriege und der Streit um eigenständige Armeen sind nur die eine, sichtbare Seite des europäisch-amerikanischen Konkurrenzverhältnisses. Zum einen hat die Sinnstanz Film als Massenkommunikationsmittel einen hervorragenden Stellenwert als Medium kultureller Hegemonie. Das cineastische Interesse der SPD-Kulturvereinigung galt mit dem europäischen Film aber vor allem einem wesentlichen Träger kultureller

Identität Europas. Und die sah der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Glotz durch die "Durchamerikanisierung" radikaler bedroht als durch die Japanisierung der europäischen Industrie. Wohl an kaum einem Beispiel läßt sich das kulturimperialistische Gefälle zwischen Europa und den USA deutlicher ablesen als am Film. Die Filmschauspielerin Senta Berger legte in einem ebenso klugen wie detailkundigen Beitrag die von den amerikanischen Major Companies planvoll konstruierte Strukturschwäche des europäischen Films offen. Gegen den amerikanischen Einheitsstund können sich die bewahrenswert vielfältigen europäischen Filmsprachen trotz guter Qualität nämlich kaum artikulieren. Für die amerikanischen Firmen, so Senta Berger, sei die Filmbranche in erster Linie ein "Warentermingeschaft". Mit dem feststehenden, ständig mit neuen Filmen in großer Kopienzahl bestückten System aus Block- und Blindbuchungen beherrschten sie die Mehrzahl der europäischen Filmkinos. Beispiele für anspruchsvollere deutsche Produktionen, wie der jüngste Achtungserfolg: "Kleine Haie" des jungen Regisseurs Sönke Wortmann hätten in Deutschland ein noch besseres Ergebnis erzielen können, wenn der Film mit einer größeren Kopienzahl gestartet worden wäre. Das Gegenbeispiel: Von den ca. 3600 bundesrepublikanischen Filmleinwänden, so sekundierte der ehemalige WDR-Programmchef und jetzige Bavaria-Studiodirektor Günter Rohrbach, seien innerhalb einer Woche knapp die Hälfte mit den drei US-Kassenfüllern: "Kevin", "The Beauty and the beast" und der Nonnenkomödie: "Sister

Act" gefüllt worden. Freilich erwartet Rohrbach hier bald Grenzen des ungesunden amerikanischen Markt- systems, wo die Werbeeats inzwischen schon fast den Herstellungskosten entsprechen. Aber gegen ein solches Maß ständig neu konditioniertes Publikum haben selbst so erfolgreiche hochartifizielle europäische Produkte wie "Die Liebenden von Pont Neuf", der einen Tag nach der Potsdamer SPD-Konferenz den in Potsdam verliehenen europäischen Filmpreis "Felix" bekam, der so etwas wie der deutsche Gegenoskar ist, kaum Chancen. Der Marktanteil des deutschen Films im eigenen Land, so hatte es sich SPD-Ministerpräsident Oskar Lafontaine als selbstapostrophierter "filmpolitischer Laie" und launig-selbstironischer "Begrüßungsonkel" der Kulturforums-Tagung (der eigentliche Kulturforumsvorsitzende Ministerpräsident Gerhard Schröder fehlte erneut) aufschreiben lassen, betrug 1990 zehn gegenüber 84 Prozent für amerikanische Produktionen. Lafontaine forderte mehr öffentliche Subventionen für Film und Kino, die in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen für Theater und Oper stünden. Wenn durch die Brechung des US-Marktmonopols mehr der produzierten, aber bislang durch die ökonomische Vorherrschaft der Amerikaner blockierten europäischen Filme gezeigt werden könnten, hätte dies eine befreiende Wirkung auf den europäischen Film. Den meisten selbstkritischen Beiträgen war eine widersprüchliche Orientierung an den Erfolgsrezepten des großen Vorbilds Hollywood anzumerken. Zwar war man sich einig darin, daß die Vielfalt der europäischen

* Ingo Arend, Journalist und Politologe, Redakteur der spw, Bonn

Z.

Nr. 11, September '92
**Terrainvermessung:
 Gewerkschaftspolitik**

Nr. 12, Dezember '92
**Zusammenbruch des
 Realsozialismus:
 Annäherungen (I)**

Nr. 13, März '93
**Alte Grenzen -
 neue Ufer:
 Gewerkschaftsfragen**

**Zusammenbruch des
 Realsozialismus:
 Annäherungen (II)**

Nr. 14, Juni '93
**Macht und Herrschaft
 im Metropolen-
 kapitalismus**

176-256 Seiten
 Einzelpreis: 15 DM
 Abonnement: 45 DM
 (4 Hefte/Jahr)
 Bezug: Buchhandel (ISSN
 0940-0648) oder direkt
 Z.-Vertrieb, Kölner Str. 66
 6000 Frankfurt/M. 1
 Tel. (069) 739 29 34

Filmsprachen nicht durch einen dem amerikanischen Einheitsprodukt nachgeahmten "Eurobrei" (Peter Glotz) oder "Europudding" ersetzt werden sollten. Überwindbare hausgemachte Defizite und inhaltliche Blockaden sah der Filmemacher Hark Bohm dennoch vor allem im handwerklichen Bereich und der bildungsbürgerlichen Attitüde gegenüber dem Film. Der deutsche Film habe den Kontakt zum Zuschauer verloren, betrachte den Film noch immer mehr als "sozialpädagogische Hilfestellung" und habe keine populäre Kultur des Erzählens wie in den USA ausgebildet. Noch immer mangle es an der dort besonders gut entwickelten Fähigkeit, gute Themen

bestsellerartig aufzubereiten und an vermittelbare Charaktere zu binden. Die Filmfördergremien, so Hark Bohm, seien überwiegend von solchem Bildungsbürgertum dominiert. Der Regisseur Istvan Szabo ("Oberst Redl" u.a.) vermisse die einmaligen und unwiederholbaren Gesichter und Gefühle des Lebens. Günter Rohrbach, dem Kritiker vorwerfen, mit einer gigantomanischen Fehlplanung die Münchener Bavaria in die Pleite zu treiben, warf seinerseits den Europäern vor, "Seelen"- statt wie in den USA Marktfor-schung zu betreiben. Je kultivierter die europäischen Filme würden, desto öder würden sie zugleich. Der europäische Film müsse zudem, wie es das

US-Beispiel von Steven Spielberg zeige, den Film als Teil der Jugendkultur zurückgewinnen und statt auf Breitenförderung auf marktbrechende Spitzenprodukte setzen. Andererseits kritisierte Istvan Szabo zu Recht die blanke Sinnbotschaft des amerikanischen Films: Erfolg und Durchsetzungsvermögen. Wie dieser "Dritte Weg" europäischer Filmpolitik zu verwirklichen sein könnte: Einerseits von den Markt- und Erzählmechanismen der Amerikaner zu lernen und gleichzeitig die vielgelobte, sinnorientierte "reflexive Struktur" europäischer Kultur im europäischen Filmschaffen zu bewahren, blieb unklar. Diese ästhetisch-inhaltliche Di-

mension blieb in Babelsberg neben viel Klein-Klein der diversen Repräsentanten von nationaler und regionaler Filmförderpolitik unerörtert. Unbesprochen blieb auch, ob bei der rückläufigen Tendenz des Kinobesuchs (1991: 120 Millionen, 1992 100 Millionen) das politische Interesse an dem Hegemonieträger Film in dem Maße gerechtfertigt bleibt.

Das nicht nur in der Kulturpolitik zu beobachtende Dilemma des Schwankens zwischen dem amerikanischen Erfolgsvorbild und einer eigenständigen europäischen Herangehensweise läßt sich beispielhaft an "Felix" verdeutlichen. Er zäumt das europäische Filmpferd, wie im Fall der deutsch-französischen Brigade vom Schwanz auf. Er funktioniert nach dem als-ob-Prinzip. Preisgekrönt wird eine Schmäre: *Der europäische Film*. Der existiert nicht nur wegen der vielen verschiedenen europäischen Sprachen als einheitliches Phänomen nicht, wenn man einmal von dem spezifisch europäischen Charakteristikum, seiner reflexiven kulturellen Haltung absieht. Und der hilflose Versuch, ihn via Filmpreis herbeizutrommeln, ist allzu offensichtlich vom Hollywood-Vorbild inspiriert, als daß er als erfolgreiche kulturelle Gegenstrategie gelten könnte.

Weitgehende Übereinstimmung konnte eher in legislativer und ordnungspolitischer Hinsicht erzielt werden. Zweifellos handelt es sich bei der Frage nach der Zukunft des europäischen Films um eine "Markteinführungsproblematik" (Oskar Lafontaine). Sie ist auch eine industriepolitische Aufgabe, die staatliche Aktivität erfordert, wenn man weiß, daß ca. dreißig Prozent der deutschen Filme wegen der Blockade der hiesigen Filmkinos durch die amerikanischen Companies nicht in die Kinos gelangen. Das größte Interesse erregte deshalb das von der spanischen Filmemacherin Margaret Menegoz angesprochene französische Beispiel national quotierter Filmprogramme. So haben veränderte finanzielle Anreize und Quotensysteme für Kinobesitzer, um den Marktanteil einheimischer und europäischer Produktionen zu sichern, den heimischen Marktanteil des französischen Films wenigstens auf dreißig Prozent stabilisiert. Womit freilich noch nichts über die Qualität ausgesagt ist. Auch die von Wim Wenders in die Diskussion gebrachten, für europäische

Filmvorhaben zu reinvestierende Steuern auf cineastische Gewaltverherrlichung, könnten vielleicht die schlimmsten Auswüchse der, so sah es Wim Wenders, freilich inzwischen nicht mehr auf die USA beschränkten Brutalo-Film-Springflut stoppen.

Auf die äußeren Rahmenbedingungen war denn auch die - gleichwohl beeindruckende - Zusammenfassung der Diskussion von Peter Glotz gemünzt, wie er sie bereits in einem Kapitel seines 1992 erschienenen Buches: "Die Linke nach dem Sieg des Westens" vorgetragen hatte. Er forderte eine "nationale Kraftanstrengung der Funktionseliten aus Kultur, Politik und Wirtschaft" zur Rettung des deutschen Films. Das hatte zwar den unangenehmen Beigeschmack der vaterländischen Großaufgabe, die Kultur vor dem Zerfall zu retten. Und auch wenn es nicht intendiert war: Damit würde unterschwellig zwangsläufig eine un gute Erwartungshaltung auf dem Film lasten, unter der autonomes Filmschaffen und künstlerisch sensibles Potential nur schwer keimen könnten. Ganz zu schweigen von der in Babelsberg unerörtert gebliebenen Gefahr, ob damit nicht die Wohlstandsbürg Europa zur Kulturfestung ausgebaut würde. Glotz forderte eine, aus seinen anderen Politikkonzeptionen semantisch entlehnte "Arbeit der Zuspitzung": Ein neuer Aufeinanderbezug von Filmförderungssystem, künstlerischer und unternehmerischer Initiative soll Filme ermöglichen, die "europäische Probleme für ein Weltpublikum plausibel darstellen" sollen. Der Vorschlag enthielt auch eine Reihe passabler Vorschläge wie einer risikoorientierteren Filmförderung: eine vorsichtige Lockerung der inhaltlichen Kompetenz der allzu ausgewogen öffentlich-rechtlich strukturierten diversen Fördergremien, das Intendantenprinzip bei der Film-Projekt-konzeption und eine neue, langfristige angelegte Autoren- und Produzentenförderung.

Das neue "Bundesministerium für Bildung und kulturelle Aufgaben des Bundes", in dem eine so neukonzeptionierte Filmpolitik einen hervorragenden Stellenwert haben soll, ist natürlich eine freundliche Selbstempfehlung von Peter Glotz. Mit Blick auf das Wahljahr 1994 stößt uns die Aussicht auf einen Filmminister Glotz deswegen nicht sonderlich bitter auf, weil es sich bei dem nicht nur filmkonzeptionell begabten Intellektuel-

len um einen der klügsten SPD-Politiker handelt.

Gerade das Beispiel Maastricht lehrt jedoch, daß solche hauptsächlich von statistischen Interessen definierten Politikprojekte trotz berechtigter Inhalte an Grenzen stoßen. Die gesellschaftliche Aufgabe Film darf nicht nur Filmpolitik von Exekutive und Gremienwirtschaft sein. Auch wenn sie notwendige Bedingungen ihrer Existenz sind. Wie ein Seismograph registriert und spiegelt der Film den Sinnhaushalt einer durchfragmentarisierten Gesellschaft. Die infrastrukturell verkürzte Debatte um seine Zukunft müßte viel stärker um die Diskussion über seine ureigenste Aufgabe als Sinninstanz ergänzt werden.

Der amerikanische Film beschränkt sich darauf, das marktgängige Sinnkonstrukt unhinterfragten Erfolgs zu exportieren. Die Europäer sollten aus dem vermeintlichen Markthandicap der "reflexiven Struktur" ihres Filmschaffens ein Pfund machen, mit dem sie wuchern können. Dem marktstrukturell angeschlagenen Patienten vermögen ein ausgeklügeltes Förderkorsett und die hilflosen Hollywood-Kopien zwar vorübergehend stützenden Halt zu geben.

Radikale Inspiration wie Zukunftsfähigkeit könnten die europäischen Filme vor allem aus einer neuen massenkulturellen Debatte um Alternativen von Sinn, Zukunft, Utopie und die Funktion des Filmwesens beziehen - weit über die Glotz'schen Funktionseliten hinaus, als deren orchestrierender Intendant sich der SPD-Denker offenbar bereits sieht. Um eine solche Debatte anzuzetteln, ist es zweifellos notwendig, die deutsche Filmindustrie zu stärken und den deutschen Film notfalls mit Gesetzeshilfe zum Zuschauer bringen. Das französische Vorbild hat mit einem solchen, auf freiwilliger Basis und durch finanzielle Anreize für die einzelnen Kinobesitzer durchgesetzten Quotensystem eine Marktteilung hervorgebracht, die die nationalen Filmemacher dort zu einer produktiven Qualitätskonkurrenz zwingt. Unter diesen Voraussetzungen könnte vielleicht eine massenkulturelle Debatte zustandekommen, mit der Hark Bohms in Potsdam erhobene Forderung einzulösen wäre, den Zuschauer in seine demokratischen Rechte wieder einzusetzen und zwar nicht nur als Erfolgsbarometer an der Kinokasse. Die kulturelle Selbstbehauptung Europas via Film muß auch von unten wachsen.

**A
B
O**

Ich abonniere spw für mindestens zwölf Monate ab sofort/ab Heft Nr. ...

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

- Jahresbezugspreis (incl. Versand): Inland DM 51,-
 Ausland DM 54,-
 ermäßigter Inlandspreis (für SchülerInnen, StudentInnen, Arbeitslose; nur gegen schriftliche Bescheinigung) DM 42,-
 ermäßigter Auslandspreis (wie oben) nur gegen Bescheinigung) DM 45,-

Das ABO geht an:

Name, Vorname: _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift

1. Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche widerrufen werden (Poststempel). Ich bestätige hiermit, daß ich über mein Widerrufsrecht in Kenntnis gesetzt wurde.
2. Ich bin damit einverstanden, daß die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

2. Unterschrift (bitte auch hier unterschreiben)

! Wenn Sie ein Geschenkabonnement bestellen, so müssen Sie sowohl die Adresse des/der Beschenkten als auch Ihre Adresse in der jeweiligen Spalte oben angeben.

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Ich wünsche Bankelzug:

Geldinstitut: _____

Bankleitzahl _____

Konto _____

Datum, Unterschrift _____

Buchprämie

Ich habe mir die Buchprämie Nr. ... ausgesucht. Sie geht an folgende Adresse:

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbei). Der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

**Probe
A
B
O**

Probe-ABO

Ich bestelle ein spw-Probe-Abonnement zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von spw, die in zweimonatigem Rhythmus erscheinen. Das Probe-Abo verlängert sich nicht automatisch.

Name, Vorname _____

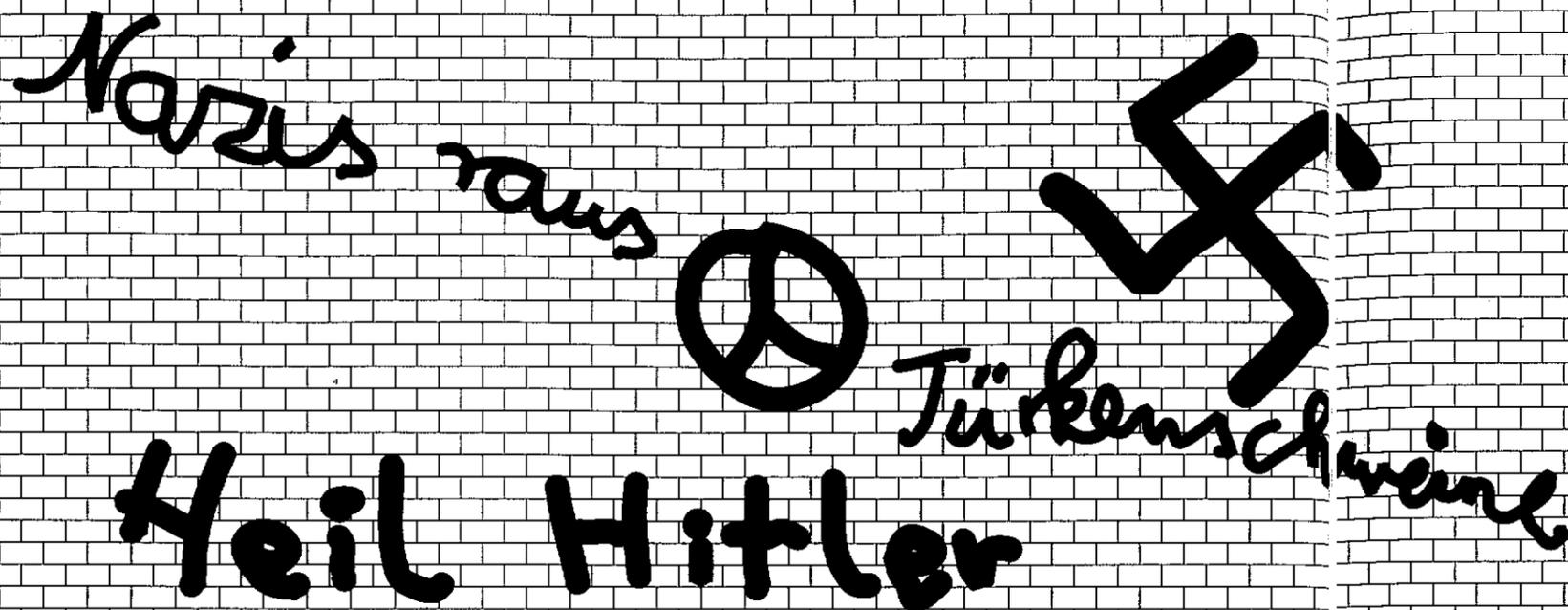
Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80

Rassismus und



Identität

von Susi Möbbeck*

Meiner Auffassung nach stellt die Auseinandersetzung mit dem Rassismus eine Schnittstelle bei der Standort- und Strategiebestimmung der Linken unter veränderten Bedingungen dar. "Wie bestimmt die Linke ihr Verhältnis zu neuen Formen des Rassismus?" (s. Fragenkatalog in *spw* 2/92). Diese Problemstellung berührt auch die Frage nach der Vermittlung von sozialen Interessen und gesellschaftlichem Bewußtsein (vgl. die Beiträge in *spw* 4/92), die Frage nach dem Zusammenhang von Moderne, Rationalität und Fortschritt bzw. nach dem Bezug der Linken darauf (vgl. Uli Wolf in *spw* 6/92), die Frage nach den veränderten Anforderungen an ein Projekt der Linken. Im Folgenden soll der Versuch einer begrifflichen Annäherung an den Rassismus unternommen werden, die weiterführenden Fragestellungen können dabei nur angerissen werden, um Ansatzpunkte für eine weitere Bearbeitung zu benennen.

1. Entwicklung des Rassismus

Die Entstehung des modernen Rassismus gründete sich auf militärische und ökonomische Überlegenheit des Gesellschaftssystems, subjektives Überlegenheitsgefühl der »weißen« Euro-Amerikaner gegenüber den kolonisierten Welten und vormoderne Darstellungsformen des Anderen (vgl. Geiss 1988 : 19/20). Der "wissenschaftliche Rassismus" (Miles 1992 : 66), der sich bemühte, anhand verschiedener Untersuchungen des Blutes, der Physiognomie und der Schädelform die Existenz verschiedener »Rassen« und ihnen zugeordneter Eigenschaften zu beweisen, entstand im Kontext von Industrialisierung und damit einhergehendem Aufschwung der Wissenschaften am Ende des 18. Jahrhunderts. Darwins Evolutionstheorie bildete zwar den ersten Schritt der wissenschaftlichen Widerlegung des Rassismus, weil er die Unveränderbarkeit der Differenz widerlegte. Mit dem sogenannten »Sozialdarwinismus« rückte nun aber eine neue Variante des Rassismus in den Mittel-

punkt, die von einer Entwicklungshierarchie der verschiedenen »Rassen« ausging. Erst mithilfe der modernen Genetik konnte am Anfang des 20. Jahrhunderts der Rassismus wissenschaftlich widerlegt werden. Nach dem nationalsozialistischen Rassenwahn entstand im wissenschaftlichen und politischen Diskurs der Konsens, daß der »Rasse«-Begriff zur Beschreibung von Charakterunterschieden und Entwicklungsdifferenzen keinerlei Aussagekraft besitzt. Als Begriff zur Unterscheidung von äußerlichen Merkmalen wird er aber von einigen Wissenschaftlern bis heute verwendet.

Der »wissenschaftliche« Rassismus baute seine Rassenkonstruktion auf der biologischen Abstammung und ihrer Identifizierung durch phänotypische Unterschiede auf. Obgleich wissenschaftlich widerlegt, ist die Vorstellung, daß äußerliche Differenzen auch Unterschiede in Charakter und Fähigkeiten implizieren, im Alltagsbewußtsein auch heute noch verankert, ist zumindest als »Mythos« abrufbar und mit anderen ideologischen Konstruktionen verbind-

bar. Im intellektuellen Rassismus hingegen ist dieses Deutungsmuster heute selten geworden, der theoretische "Neo-rassismus" (Babilar 1990 : 23), wie er sich im Umfeld der sogenannten »Neuen Rechten« präsentiert, hat sein Terrain verschoben. In scheinbarer Übereinstimmung mit dem gesellschaftlichen Grundkonsens, der sich nach dem zweiten Weltkrieg heraus-

gebildet hat, spricht er nicht von »Rasse«, Abstammung, Blut und Natur, sondern von Kultur. Er ist ein »Rassismus ohne Rassen« "dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist" (ebd. : 28). Kultur wird hier zu einem Quasi-Äquivalent für »Rasse«, denn in dieser Vorstellung ist Kultur nichts flexibles, veränderbares, sondern eine den Menschen eingegrabene Struktur, die - wenn auch nicht biologisch - automatisch von Generation zu Generation weitergegeben wird. Doch stellt der "kulturelle Rassismus" (Hall 1989a : 917) nicht nur kulturelle Differenzen fest, sondern behauptet ihre Unvereinbarkeit und warnt vor der Durchmischung. Als "differentialistischen Neorassismus" (Taguieff 1991 : 227) bezeichnet Pierre-André Taguieff diese Form von Rassismus, die auf zwei Elementen beruht: "einer Verteidigung kultureller Identitäten und einer Verherrlichung (éloge) der Differenz, teils unter den Individuen, teils unter den Gruppen. Hieraus wird ein »Recht auf Differenz« gefolgt" (ebd. : 236). Im kulturellen Rassismus finden Reduktionen auf verschiedenen Ebenen statt, so werden zum Beispiel Konflikte zwischen Einheimischen und Einwanderern, die vorrangig auf einem unterschiedlichen rechtlichen

und sozialen Status basieren, als kulturelle Konflikte ausgegeben. Soziale Konflikte werden zu Kulturkonflikten. Gleichzeitig wird der Kulturbegriff verdinglicht, Kultur wird als abgeschlossenes unveränderbares Ganzes angesehen (vgl. Hamburger 1990 : 315). So findet über den Umweg der Kultur eine »Naturalisierung« sozialer Konflikte statt. Praktisch hat die Trennung von kulturellen und biologischen Argumentationen im Alltagsrassismus nur eine geringe Bedeutung. "Da das Soziale als naturgegeben angesehen wird, ist es den Menschen garmühtlich möglich, genetisch argumentierende Diskriminierungen von kulturalistisch argumentierenden zu trennen" (Jäger 1992 : 135). Eine Naturalisierung des Sozialen findet also im rassistischen Alltagsdiskurs ohnehin statt, ob dies über den Kulturbegriff vermittelt wird oder nicht.

Angesichts der Verschiebung des intellektuellen Rassismus auf das Feld der Kultur stellt sich die Frage nach der Abgrenzung des Rassismus von anderen Formen gesellschaftlicher Diskriminierung. Robert Miles hält eine »Überdehnung« des Begriffs für falsch und entwickelt eine eingegrenzte Definition von Rassismus. Rassismus setzt, so Miles, einen Prozeß der "Rassenkonstruktion" (Miles 1992 : 99) voraus. Miles hat "Rassismus als einen Fall ideologischer Bedeutungsbildung definiert, in dem eine soziale Gruppe als eine diskrete und besondere, sich selbst reproduzierende Bevölkerung konstruiert wird. Dies geschieht unter Bezugnahme auf bestimmte (reale oder vorgestellte) biologische Merkmale und durch die Verknüpfung mit anderen negativ bewerteten (biologischen und/oder kulturellen) Eigenschaften. Durch diese Konstruktion einer besonderen sozialen Gruppe, die sich über Zeit und Raum hinweg reproduziert, bekommt der Körper, bekommen somatische Merkmale im Rassismus eine soziale Bedeutung. Es sollte angemerkt werden, daß diese Definition den Rassismusbegriff nicht an das explizite Vorkommen einer Rassenidee bindet" (Miles 1991 : 209). Der Rassismus kann so einerseits gegen den Sexismus abgegrenzt werden, weil im Sexismus nicht so sehr die Ausgrenzung, sondern der untergeordnete Einbezug im Mittelpunkt steht: eine Männergesellschaft ist nicht als sich selbst re-

produzierende denkbar. Andererseits soll der Rassismus von anderen Formen kultureller Ausgrenzung unterschieden werden. Denn nicht das »Lob der Differenz« ist schon rassistisch, sondern die Naturalisierung der Differenz.

2. Rassismus und kapitalistische Produktionsweise

Der Universalismus ist der mit der Philosophie der Aufklärung verbundene Werthorizont der bürgerlichen Gesellschaft: der Aufstieg des Bürgertums ist ohne die Vorstellung einer Gesellschaft, in der die individuelle Leistung, nicht aber ständische Privilegien oder Diskriminierungen bestimmter Menschengruppen die Position des Individuums bestimmen, nicht denkbar. Die politische und rechtliche Gleichheit aller Menschen war daher die zentrale Forderung der bürgerlichen Revolutionen. Der Kapitalismus beruht auf der endlosen Akkumulation von Kapital und damit der Verwandlung aller Dinge in Waren. "Der Gestalt gelten, aufgrund einer Art von zwingender Logik, alle möglichen Partikularitäten als mit der Funktionsweise eines kapitalistischen Systems unvereinbar, oder doch zumindest als Hindernis für die Optimierung dieser Funktionsweise" (Wallerstein 1990: 42). Insofern erscheint uns zunächst der Rassismus als extremer Partikularismus im Gegensatz zum Universalismus und damit zum Kapitalismus zu stehen. "Tatsächlich liegt die Wahrheit gerade im Gegenteil. Die Unterdrückten konnten sich lange Zeit mit der Existenz vererbter Privilegien abfinden, weil sie einem mystischen oder fatalistischen Glauben an eine ewige Ordnung anhängen, der ihnen zumindest den Komfort sicherer Überzeugungen bot. Wenn aber jemand Vorrechte genießt, weil er möglicherweise gewitzter, sicherlich aber besser ausgebildet ist als andere, so ist das viel schwerer zu verkraften" (ebd. : 43). Obwohl die Gleichheit zu den Postulaten des Kapitalismus gehört, hat das Kapital ein vitales Interesse daran, strukturelle soziale Ungleichheiten aufrechtzuerhalten, um billige Lohnarbeit in Anspruch nehmen zu können. In einer Gesellschaft, die sich rechtliche Gleichheit auf die Fahnen geschrieben hat, sind reale Strukturen der Ungleichheit aber permanent

* Susi Möbbeck, Studentin der Politikwissenschaft, Mitherausgeberin der *spw*, Bremen

legitimierungsbedürftig. Diese Legitimation eröffnet der Rassismus: er begründet Ungleichheit und ermöglicht unterschiedliche Bezahlung, unterschiedliche Arbeitsbedingungen und damit das, was Wallerstein die "Ethnisierung" (ebd. : 45) der Arbeiterschaft nennt. Der Kapitalismus funktioniert also gerade auf Grundlage einer Verbindung des Universalismus mit partikularistischen Deutungen. Der Rassismus hat im Kapitalismus demnach die wesentliche ökonomische Funktion der »Ethnisierung« der Arbeit. So wird eine Fragmentierung geschaffen, die sowohl innerhalb der entwickelten kapitalistischen Zentren (zwischen Einheimischen und Einwanderern) als auch in der internationalen Arbeitsteilung (zwischen Nord und Süd) zur Mehrwertmaximierung beiträgt. Diese Fragmentierung hat allerdings nicht nur eine ökonomische Seite, sondern auch eine politisch-ideologische: sie trägt zur Herrschaftsstabilisierung bei, weil sie die Lohnabhängigen spaltet und hierarchisiert. Ideologisch dient der Rassismus sowohl der Homogenisierung nach innen (Einheit von Herrschenden und Beherrschten), als auch der Abgrenzung nach außen (gegen Einwanderer oder andere »Rassen«). Es wird mit dem Rassismus über Ein- bzw. Ausschluß entschieden. So können sozial-ökonomische und politische Ungleichheiten legitimiert und gleichzeitig unterschiedliche soziale Interessen verschleiert werden.

3. Rassismus und Nationalismus

Die Vorstellung von der Nation, die Zielsetzung der Verwirklichung des Nationalstaates konnte sich erst auf der Grundlage der Selbstverständlichkeit des Staates, also in der Moderne, entfalten. Die Nation hat demnach im Gegensatz zu dem von nationalen Bewegungen vermittelten Eindruck keine weit in die Vergangenheit zurückreichenden Wurzeln. Die Nation ist ein Kind des Kapitalismus bzw. der Industrialisierung. Der Nationalismus ist eine der modernen Industriegesellschaft angemessene, nahezu unvermeidlich auftretende soziale Konstruktion (vgl. Gellner 1991). In der Idee der Nation manifestierte sich der Werthorizont der bürgerlichen Gesellschaft, politische Demokratie und

Menschen- und Bürgerrechte, also der universalistische Gedanke der Gleichheit.

Eine grundlegende Unterscheidung ist zwischen »Kulturnation« und »Staatsnation« vorzunehmen. "Die Staatsnation, an der Idee der individuellen und kollektiven Selbstbestimmung orientiert, leitet sich danach aus dem freien Willen und dem subjektiven Bekenntnis des Individuums zur Nation her" (Alter 1985: 19). Dieser Nation-Begriff hat insbesondere die französische Revolution bestimmt. Demgegenüber ist die Zugehörigkeit zur Kulturnation der individuellen Entscheidung entzogen. Sie definiert sich aufgrund verschiedener angeblich objektiver Merkmale wie Sprache, Herkunft, Abstammung, Territorium, Religion, geschichtliche Erfahrung. "Das Prinzip der Kulturnation, das Abstammung und Sprache betont, kennzeichnet die Entstehung der Nationen in Mitteleuropa, in Italien und - mit Einschränkungen - in Ostmitteleuropa. Dort war die Nationszugehörigkeit dem Belieben des Individuums weitgehend entzogen. Die Zugehörigkeit zur Nation ist ein durch Natur und Geschichte bestimmtes Schicksal" (ebd. : 21). Im Begriff der Kulturnation wird die Vorstellung von Ethnizität herausgebildet. Im Unterschied zu anderen kulturellen Identitäten, die durchaus frei wählbar sein können, wie zum Beispiel generationsbezogene Lebensstile, basiert die ethnische Identität immer auf einem gemeinsamen Ursprung bzw. Wesen und ist als oberstes Teilungsprinzip zu denken (vgl. Anthias 1992: 91).

Als »republikanischen Nationalismus« kann man den frühen Nationalismus des 19. Jahrhunderts bezeichnen, der sich primär auf die Staatsnation bezog und mit den Emanzipationskämpfen des Bürgertums verbunden war. Dem ist der "völkische Nationalismus" (Hoffmann 1992 : 66) entgegenzusetzen, der das ethnisch verstandene Volk als dem Staat vorausgehend ansieht. "Das »Volk« kennt weder Herrschaft noch Konflikt, weder Arbeitsteilung noch Organisation. Es ist kein Kollektiv, sondern ein Organismus" (ebd. : 67). Eine weitere Form des Nationalismus ist der »Kultur-Nationalismus«, der sich insbesondere auf die Sprachgemeinschaft bezieht.

Bei »Rasse« und »Nation« handelt es sich um "vorgestellte Gemeinschaften" (Anderson 1988 : 16) in zweifacher

Hinsicht: sie besitzen keine natürlichen Grundlagen und diejenigen, die sich der jeweiligen Gemeinschaft zuordnen, können sich nie alle gegenseitig kennen. Beide sind Ausdruck kollektiver Identitätsbildung, in der »Innen« und »Außen«, Zugehörigkeit und Abgrenzung konstruiert werden. Beide konstituieren wechselseitige Solidaransprüche der als Mitglieder der Gemeinschaft anerkannten Individuen.

Eine trennscharfe Abgrenzung vom Rassismus ist beim republikanischen Nation-Begriff, der von der Staatsnation ausgeht, möglich. Hier handelt es sich um einen offenen Nation-Begriff, der vom subjektiven Bekenntnis und damit der freien Entscheidung der Individuen abhängt. Im Gegensatz zu jeder Form von Rassismus handelt es sich nicht um eine Naturalisierung des Sozialen. Allerdings hat sich historisch keine nationalistic Bewegung nur auf die Staatsnation bezogen, vielmehr war ihr Nation-Begriff immer ethnisch aufgeladen. Die Überschneidungen zwischen Rassismus und völkischem Nationalismus sind fließend: das Volk wird quasi-rassistisch konstruiert, im Mittelpunkt steht neben der Sprache die Abstammung. Das Volk ist also eine sich biologisch und kulturell reproduzierende Einheit. Rassismus und Nationalismus sind so stark verbunden, daß eine Abgrenzung nicht möglich ist. Soweit es sich um einen Kultur-Nationalismus handelt, der sich nicht auf Abstammung, sondern ausschließlich auf die kulturelle Gemeinschaft, insbesondere die Sprachgemeinschaft bezieht, ist die Abgrenzung zum »wissenschaftlichen Rassismus« möglich, weil in dieser Form des Nationalismus keine »Rasse«-Vorstellung enthalten ist. Aber die Abgrenzung zum Neorassismus ist umso schwieriger. Soweit ein verdinglichter, abgeschlossener Kulturbegriff verwendet wird, treffen sich Kultur-Nationalismus und Neorassismus in der Naturalisierung sozialer Verhältnisse. Kurzum: Jede historische Form von Nationalismus ist ethnisch aufgeladen und bietet damit ein starkes Potential zur ideologischen Verknüpfung mit rassistischen Deutungsmustern.

Meines Erachtens folgt aus dieser engen Verknüpfung nationaler und rassistischer Deutungsmuster, daß der Nation-Begriff als Identifikationsmoment im

Rahmen einer anti-rassistischen politischen Konzeption in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht verwendbar ist. Daß die Nation in Gesellschaften, die von einer Fremdherrschaft unterdrückt werden oder die sich noch nicht als demokratische Republik haben herausbilden können, einen Bezugspunkt für die Demokratisierungsbestrebungen darstellen kann, soll damit nicht geleugnet werden. Doch in den entwickelten kapitalistischen Ländern, die sich als demokratische Gesellschaften verstehen, kann die Nation diese Rolle nicht mehr übernehmen, weil sie mit der Geschichte der ethnischen Aufladung und der Verknüpfung mit rassistischen Deutungen verbunden ist. Gemeinsam ist allen Formen des Nation-Begriffs, daß sie nur existieren, soweit sie Ausdruck kollektiven Selbstbewußtseins der Menschen sind. Nur weil und insoweit die Menschen bestimmten Merkmalen eine Bedeutung für die Konstruktion von Gemeinschaft zuschreiben, gibt es die Nation. Sie ist die Konstruktion einer modernen Solidargemeinschaft. Innere Spaltungslinien und soziale Konflikte werden im Begriff der Nation aufgehoben bzw. verschleiert. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit in der Nation muß zumindest in bestimmten Situationen anrufbar sein, sobald eine Konfliktlage entsteht, in der soziale und nationale Konstellationen parallel verlaufen oder eine Mobilisierung gegen den äußeren »Feind« erfolgt. Nationalismus, der nur von oben inszeniert wird, kann seine Wirksamkeit nicht entfalten. Vielmehr müssen nationalistische Anrufungen mit Alltagsvorstellungen und Deutungsmustern verknüpft werden, damit ein nationalistischer Diskurs entwickelt und einer nationalen Identität Bedeutung verliehen werden.

4. Rassismus und kollektive Identität

Es reicht nicht, den Rassismus als »Vorurteil« oder als Ausdruck »falschen Bewußtseins« zu kennzeichnen, wenn man seiner Wirksamkeit auf die Spur kommen will. Balibar stellt fest, daß im Rassismus ein tiefsitzender "Erkenntniswunsch" (Balibar 1991 : 183) enthalten ist. "Dieser Wunsch ist in Wirklichkeit eine Weise, sich ununterbrochen danach zu fragen, »wer« man innerhalb einer bestimmten so-

zialen »Welt« ist, »weshalb« diese Welt Plazierungen aufweist" (ebd.). Auf diese Fragen antwortet der Rassismus: "weil wir verschieden sind" (ebd. : 184). Der Rassismus dient also den Individuen dazu, sich die Welt zu erklären, Gründe dafür zu finden, warum es »oben« und »unten« gibt. Der Rassismus funktioniert als »sozialer Platzanweiser«, der es den Individuen erleichtert, sich selbst und andere zuzuordnen, also eine Identität aufzubauen.

Die Definition des »Eigenen« und die des »Anderen« ist der grundlegende Mechanismus der Entwicklung von personaler und kollektiver Identität. Angst und Neugier sind dabei von vornherein die ambivalenten Seiten dieses Prozesses (vgl. Erdheim 1992 : 21). Im Rassismus wird die Differenz zwischen dem Eigenen und dem Fremden als unaufhebbar konstruiert. Der Rassismus stellt aber nicht nur die Differenz fest, sondern konstruiert ein Bild des Gegensatzes, zwei sich entgegengesetzte Welten. Die "binäre Spaltung" (Hall 1989a : 919) ist das Charakteristikum des Rassismus. "Der rassistische Diskurs hat eine eigentümliche Struktur: Er bündelt die den jeweiligen Gruppen zugesprochenen Charakteristika in zwei binär entgegengesetzte Gruppen. Die ausgeschlossene Gruppe verkörpert das Gegenteil der Tugenden, die die Identitätsgemeinschaft auszeichnet" (ebd.). Das Eigene und das Fremde werden in Gegensatzpaaren konstruiert: »rational« vs. »irrational«, »kultiviert« vs. »primitiv«, »zivilisiert« vs. »wild«, »Geist« vs. »Körper«. Für mögliche Gemeinsamkeiten bleibt in dieser Entgegensetzung kein Raum.

Der Rassismus dient den Individuen dazu, ihre Zugehörigkeit zur Gemeinschaft zu definieren und zu verstärken. Nicht die Gruppenbildung ist dabei rassistisch. Da Menschen aufeinander angewiesen sind, ist die Suche nach einer Gemeinschaft, die wechselseitige Solidaransprüche begründet, folgerichtig. Rassistisch aber ist die Naturalisierung dieser Gruppenbildung, weil so der Zugang zur eigenen Gruppe blockiert und die Gesellschaftlichkeit, also Veränderbarkeit, der Gruppenbildung verneint wird. Demgegenüber ist die Zuordnung zu einem spezifischen Lebensstil von ganz anderer Qualität: ein Lebensstil ist (relativ) frei wählbar und von der freiwilligen Zuordnung

abhängig, eine Naturalisierung der Identitätsbildung findet nicht statt. Rassistisch ist auch die Hierarchisierung der konstruierten Gruppen. Gesellschaftlich besonders wirksam werden rassistische Deutungen da, wo sie mit sozialen Hierarchien bzw. Machtgefällen einhergehen. Haug spricht von der "Verlötung von Domination und Differenz" (Haug 1992 : 416). Rassismus wird da als gesellschaftliche Praxis konstituiert, wo »Rassenkonstruktion« und Machtgefälle aufeinander treffen, wo individuelles Bedürfnis nach Platzanweisung und Ein- und Ausgrenzungsinteresse der herrschenden Gruppen sich verzahnen. Rassismus als ideologischer Diskurs entfaltet sich in diesem Zusammenspiel: rassistische Anrufungen (durch die Herrschenden oder zur Herrschaft drängende Kräfte) treffen auf entsprechende soziale Deutungsmuster der Individuen und können mit »Alltagsmythen« verbunden werden.

5. Rassismus in Westeuropa nach dem Ost-West-Gegensatz

Mit dem Ende des kalten Krieges ist der dominante Dualismus, der die kollektiven Identitäten in Europa überdeterminiert hat, zerbrochen. Nach dem zweiten Weltkrieg strukturierten Zugehörigkeit bzw. Zustimmung und Abgrenzung im Ost-West-Konflikt die Definition des Eigenen ebenso wie die des Fremden. Insbesondere in Deutschland wurde nach '45 die Identifikation statt mit der Nation nun im »Westen« gesucht. Das Feindbild hat sich dabei nicht sehr wandeln müssen: die Gefahr aus dem Osten und der Antikommunismus hatten ja schon vorher eine zentrale Rolle gespielt. "Es ist die Konstante deutscher Identität. Diese Konstante bildet gleichzeitig die Brücke, über die sich die Brüche in der kollektiven Identität vermitteln" (Hoffmann 1992a : 1312). Der Ost-West-Gegensatz hatte die Verteilung von ökonomischen, politischen und militärischen Einflusssphären organisiert, eine gewisse Stabilität gesichert und in der bipolaren Welt Identitäten zugeteilt. Der Zerfall dieses Dualismus fällt zusammen mit gesellschaftlichen Veränderungen in den entwickelten kapitalistischen Zentren selber: Sozialstrukturwandel, Auflösung traditioneller sozial-kultureller Milieus, Pluralisierung der Lebensstile. Während zunächst vor al-

lem die möglichen Individuationspotentiale wahrgenommen wurden, ist heute unabweisbar, daß dieser Wandel vor dem Hintergrund unsicherer ökonomischer Entwicklungsperspektiven und härteren Verteilungskampfes auch zu sozialer Fragmentierung, Verlust an Identität und Suche nach neuen kollektiven Orientierungen führt. Der Bedarf an Homogenisierung ist also immens sowohl für die Individuen wie auch für die Herrschenden: vor diesem Hintergrund kann sich der rassistisch-nationalistische Diskurs entfalten. Der neue Rassismus in Europa ist funktional für die Individuen wie für die Herrschenden: er erfüllt den Bedarf an »Platzanweisung« bei der Identitätssuche der Individuen ebenso wie den der Herrschenden beim sozialen Kampf um die Neuordnung der Welt. Im Prozeß der »binären Spaltung« folgt der Nord-Süd-Konflikt dem Ost-West-Gegensatz, der Orient dem Osten, der Islam dem Kommunismus. Auch diesmal muß das Feindbild nicht sehr gewandelt werden: die Überschneidung von Teilen des ehemals staatssozialistischen Ostens mit dem islamischen Orient, die Verdichtung von Antisemitismus und kolonialistischen Traditionen in der Ablehnung der islamisch-arabischen Bevölkerungen (vgl. Balibar 1992 : 19) machen es leicht, Brüche zu vermitteln. Der Ost-West-Gegensatz wurde auf scheinbar »rationaler« Ebene reproduziert: die Dualität wurde rund um den politischen Systemgegensatz und den ökonomisch-militärischen Konkurrenzkampf aufgebaut. Zwar wurden Bilder und Mythen über »den Russen« etc. mit angerufen, doch bildeten diese nicht den Kern der Abgrenzung. Demgegenüber werden der Nord-Süd-Gegensatz und das Feindbild Islam auf der Grundlage von Ethnizität und naturalisierter kultureller Differenz konstruiert: der soziale Konflikt wird mit Rasse, Kultur, Klima, Mentalität erklärt und der Islam mit Rückständigkeit gleichgesetzt. Nach dem Wegfall des Systemgegensatzes als Orientierung für die »soziale Platzanweisung« ist ein Prozeß der »Ethisierung« feststellbar, in dem soziale Konflikte durch ethnische Ungleichheiten überlagert bzw. erklärt werden (vgl. Jaschke 1992 : 1441). "Sowohl »von unten«, in den Alltagserfahrungen und -orientierungen wie auch »von oben«, aus der Perspektive der politischen

Akteure, sind sozialstrukturell, klassen- und milieuspezifisch definierte Probleme und Interessenlagen mittlerweile überlagert durch ethnische Deutungsmuster" (ebd.). »Rassismus von unten« und »Rassismus von oben« treffen zusammen in dem Konsens der Verteidigung des materiellen Reichtums der Zentren und der Abgrenzung gegen die Migration, kurz im Paradigma der »Festung Europa«. In dessen Mittelpunkt steht die Abschottung gegen den Süden und den Osten in einem Europa konzentrischer Kreise, in dem die ost- und südosteuropäischen Länder die Pufferzonen zur Armut darstellen werden. Balibar hat vor diesem Hintergrund von einem »europäischen Rassismus« gesprochen, der sich insbesondere in dem konflikthaften Verhältnis zur arabischen Welt artikuliert und die Frage nach einer »europäischen Identität« aufwirft (vgl. Balibar 1992 : 11-15). Seiner Auffassung nach kommt es in Europa zu einer »Identitätspanik«, weil zwar die Nationalstaaten Kompetenzen abgeben, gleichzeitig aber ein entwickelter demokratischer Staat in Europa nicht existiert. Nationale Identitäten werden untergraben, ein Bezugspunkt für die Entwicklung einer europäischen Identität ist aber nicht in Sicht.

6. Rassismus im vereinten Deutschland

Der Rassismus im vereinten Deutschland ist vor dem Hintergrund dieser europäischen Entwicklung zu betrachten. Doch hat er darüberhinaus reichende Wurzeln und Verstärkungen. Eine Verarbeitung von Rassismus und völkischem Nationalismus im deutschen Faschismus und in der deutschen Geschichte insgesamt wurde in beiden deutschen Staaten nicht ernsthaft vollzogen. Die DDR verstand sich als »antifaschistischer Staat«, als Antipode des Faschismus, mehr noch, sie definierte sich häufig in der Nazifizierung des Anderen, nämlich der BRD, und konnte daher den Rassismus im Eigenen nicht zulassen. In der BRD wurde der Rassismus als Vergangenes, Abgeschlossenes definiert und mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt. Die Kontinuität des völkisch-nationalen Selbstverständnisses in der deutschen Geschichte wurde tabuisiert. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die völkisch-nationale durch eine westlich-republikanische Identität ersetzt, ohne daß Nation und Natio-

nalismus grundsätzlich hinterfragt worden wären und ohne daß Feindbilder und Abgrenzung sich grundlegend verändert hätten. Gewandelt hatte sich also nur die Eigen-Definition, weniger die Definition des Fremden (vgl. Geiger 1992 : 274). So sind jetzt, nach dem Zerbrechen des Ost-West-Gegensatzes, völkisch-nationale und rassistische Deutungsmuster wieder anrufbar. Die Konstruktion der deutschen Nation war nach dem zweiten Weltkrieg durch die Teilung der beiden deutschen Staaten besonders widersprüchlich. Einerseits gehörte der jeweils andere Staat in der Ost-West-Dualität zum Anderen, als dessen Gegenbild man selbst sich definierte, andererseits wurden von westdeutscher Seite die Deutschen in der DDR als zugehörig zur gleichen Nation angesehen. So blieben die konkreten Bilder von den Gemeinsamkeiten, die Ost- und Westdeutsche miteinander verbinden, vage (vgl. dazu Rätzzel 1992). Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist zwar die formale Einheit von Staat und Volk hergestellt, eine politisch-gesellschaftliche Neukonstitution, die sich vom völkischen Nationalismus hätte lösen und eine republikanische Identität in der Staatsnation (Verfassungspatriotismus) hätte entwickeln können, hat jedoch nicht stattgefunden. Kontinuität ist daher im Selbstverständnis der deutschen Nation nur im völkischen Denken bzw. im Begriff der Kulturnation gegeben.

7. Antirassismus und multikulturelle Gesellschaft

Das Konzept »Multikulturelle Gesellschaft« bietet nicht den Schlüssel zur Bekämpfung von Rassismus. Angesetzt wird mit diesem Konzept auf der Ebene der Kultur, nicht auf der Ebene sozialer Interessen und Konflikte, damit wird die dem kulturellen Rassismus eigene Verschiebung vom Feld des Sozialen zu dem der Kultur nachvollzogen. Während der kulturelle Rassismus die Differenz erhalten will, verspricht die multikulturelle Gesellschaft ein solidarisches Zusammenleben und appelliert an die Individuen, die Differenz nicht zur Diskriminierung zu nutzen (vgl. Radtke 1991 : 82). Soweit es sich dabei um ein politisches Projekt handelt, das neben der Weiterentwicklung demokratischer Potentiale insbesondere die rechtliche Gleich-

stellung von Einwanderern als Zugehörige und die sozialverträgliche Regulierung von Einwanderung verfolgt, handelt es sich um ein wichtiges Element linker Politik. Aber: die Verknüpfung von kulturellen Differenzen, sozialen Konflikten und Identitätsbildung, die für Rassismus und Nationalismus konstitutiv ist, wird damit nicht hinreichend erfaßt. Die festgestellte Ethisierung sozialer Konflikte ist mit einem politisch zentrierten Projekt nicht aufzubrechen. Während im Modernisierungsdiskurs davon ausgegangen wurde, daß Modernisierung zu zunehmender Individualisierung, diese wiederum zur Ablösung von traditionellen sozialen Identitäten (unter Einschluß von Klasse auf der einen und »Rasse«/Nation auf der anderen Seite) durch die pluralisierten Lebensstile führen würde, muß dem mit Blick auf die Ausbreitung des rassistisch-nationalistischen Diskurses widersprochen werden. Dessen Verbreitung ist nicht nur Ausdruck von Ungleichzeitigkeiten im Modernisierungsprozeß (»Modernisierungslücken«), sondern gerade Ausdruck des widersprüchlichen Modernisierungsprozesses selber. Wenn Uli Wolf mit Blick auf den Widerspruch zwischen kapitalistischer Produktionsweise und Natur die Ambivalenz von Fortschritt und Rückschritt hervorgehoben hat (vgl. Wolf 1992), so ist hinzuzufügen, daß sich diese Ambivalenz selbstverständlich auch in den gesellschaftlichen Bewußtseinsformen niederschlagen muß. Eine fortschreitende »Rationalisierung« gesellschaftlichen Bewußtseins ist daher nicht zu erwarten. Von einer Ablösung der Bewußtseinsformen von den sozialen Interessen, wie dies im Modernisierungsdiskurs ebenfalls angenommen wurde, kann mit Bezug auf den Rassismus auch nicht die Rede sein. Vielmehr ist der Rassismus gerade Ausdruck des Bedürfnisses, die eigenen sozialen Interessen zu vertreten. Die Erklärung, die der Rassismus anbietet, hat aber zur Konsequenz, daß nicht die Solidarität der Beherrschten gesucht wird, sondern die Teilhabe an Herrschaft und Ausgrenzung. Die Untersuchung des Zusammenhangs von individueller sozialer Lage und Rassismus hat demgegenüber nur begrenzten Erkenntniswert für die Formulierung einer anti-rassistischen Strategie. Aus zwei Gründen: erstens, weil meines Erachtens die

konkrete gesellschaftliche Konflikt- und Krisensituation und ihre Verarbeitung durch die Individuen für die Herausbildung rassistischer Deutungsmuster erheblich bedeutsamer ist, als die individuelle soziale Lage, zweitens, weil wir uns gegenwärtig bereits in einer Phase befinden, in der sich die Umdeutung sozialer Konflikte als ethnische, also die Naturalisierung sozialer Konflikte bereits zum dominanten gesellschaftlichen Diskurs verdichtet hat, der durch eine »neue soziale Bewegung von rechts« (vgl. Jaschke 1992) getragen und verstärkt wird und sich auf je spezifische Art und Weise in allen gesellschaftlichen Gruppen eingenistet hat. Die Kernfrage einer anti-rassistischen Strategie liegt also darin, wie es gelingt, die Ethisierung sozialer Konflikte rückgängig zu machen, den sozialen und damit veränderbaren Charakter von Ungleichheiten offenzulegen und eine alternative soziale Identität anzubieten. Dies ist umso schwieriger als der Rassismus ja auch eine Reaktion auf die Angst vor dem Teufel in der zusammenwachsenden und mobilisierten Welt ist. Offensichtlich haben linke Deutungsmuster auch deshalb nicht mehr gegriffen, weil die von ihnen formulierte Verbindung von Solidarität und Wohlstand nicht mehr glaubwürdig erscheint. Denn wer gerechte Weltwirtschaftsbeziehungen einfordert, muß auch sagen, daß dies nicht mit der westlichen Lebens- und Konsumweise zu verbinden ist. Ein alternatives Projekt - und hier schließe ich mich Uli Wolf an - muß einen anderen Fortschrittsbegriff entwickeln, der einen Umbau von Produktions-, Lebens- und Konsumweise beinhaltet. Das erfordert aber zu allererst, sich auch auf den Kampf um die Veränderung der Bedürfnisse einzulassen. Ein neues global angelegtes Projekt der Linken muß es sich demnach zur Aufgabe machen, die Moderne qualitativ umzubauen, Bedürfnisse nach einem anderen Leben zu mobilisieren und in diesem Kontext alternative soziale Identitäten anzubieten. Vielleicht liegt hier ein Ansatzpunkt einer antirassistischen Strategie aus sozialistischer Perspektive? Anschlußmöglichkeiten für weitere Überlegungen sind damit jedenfalls benannt.

Literaturverzeichnis

ALBERS, Detlev / SCHÖLER, Ulrich / WOLF, Ulrich 1992: Alle Welt im Umbruch - die Linke

auch?, in: spw 64, Köln
 ALTER, Peter 1985: Nationalismus, Frankfurt am Main
 ANDERSON, Benedict 1988: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt am Main
 ANTHIAS, Floya 1992: Parameter kollektiver Identität: Ethnizität, Nationalismus, Rassismus, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (Hrsg.): Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongresses "Migration und Rassismus in Europa" (25.-29.9.1990), Hamburg / Berlin
 BALIBAR, Etienne 1990: Gibt es einen Neo-Rassismus?, in: Ders. / Wallerstein, Immanuel 1990: Rasse, Klasse, Nation - Ambivalente Identitäten, Hamburg / Berlin
 Ders. 1991: Der Rassismus: auch noch ein Universalismus, in: Bielefeld, Uli (Hrsg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?, Hamburg
 Ders. 1992: "Es gibt keinen Staat in Europa" - Rassismus und Politik im heutigen Europa, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (Hrsg.) a.a.o.
 ERDHEIM, Mario 1992: Fremdein, in: Kursbuch, Heft 107, Berlin
 GEIGER, Klaus 1992: Nationalistische und post-nationalistische Diskurse im Verteilungskampf der Bundesrepublik Deutschland, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (Hrsg.) a.a.o.
 GEISS, Immanuel 1988: Geschichte des Rassismus, Frankfurt am Main
 GELLNER, Ernest 1991: Nationalismus und Moderne, Berlin
 HALL, Stuart 1989: Rassismus als ideologischer Diskurs, in: Das Argument Nr. 178, Hamburg / Berlin
 HAMBURGER, Franz 1990: Der Kulturkonflikt und seine pädagogische Kompensation, in: Dittich, Eckhard J. / Radtke, Frank-Olaf (Hrsg.): Ethnizität, Wissenschaft und Minderheiten, Opladen
 HAUG, Wolfgang Fritz 1992: Zur Dialektik des Antirassismus, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V. (Hrsg.) a.a.o.
 HOFFMANN, Lutz 1992: Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat, 2. erweiterte Auflage, Köln
 Ders. 1992a: Das deutsche Volk und seine Feinde, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 37. Jg., Heft 11, Bonn
 JÄGER, Siegfried 1992: Alltäglicher Rassismus in Deutschland. Erste Ergebnisse einer diskursanalytischen Studie, in: Ders. / Januschek, Franz (Hrsg.) a.a.o.
 JASCHKE, Hans-Gerd 1992: Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethisierung sozialer Konflikte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 37. Jg., Heft 12, Bonn
 MILES, Robert 1991: Die Idee der »Rasse« und Theorien über Rassismus: Überlegungen zur britischen Diskussion, in: Bielefeld, Uli (Hrsg.) a.a.o.
 Ders. 1992: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg / Berlin
 RADTKE, Frank-Olaf 1991: Lob der Gleichgültigkeit. Zur Konstruktion des Fremden im Diskurs des Multikulturalismus, in: Bielefeld, Uli (Hrsg.) a.a.o.
 RÄTZZEL, Nora 1992: Deutsche Nation und Bilder von »Ausländern« in der westdeutschen Presse, in: Jäger, Siegfried / Januschek, Franz (Hrsg.) a.a.o.
 TAGUIEFF, Pierre-André 1991: Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus, in: Bielefeld, Uli (Hrsg.) a.a.o.
 WALLERSTEIN, Immanuel 1990: Ideologische Spannungsverhältnisse im Kapitalismus: Universalismus vs. Sexismus und Rassismus, in: Ders. / Balibar, Etienne a.a.o.
 WOLF, Ulrich 1992: Postmarxismus? Notizen zur kritischen Rekonstruktion des historischen Materialismus und der Philosophie des Sozialismus, in: spw 68, Köln

zur materialistischen Ästhetik

Materialistische Ästhetik und Kunstwissenschaft

Teil III: Gegenwärtiger Stand und Perspektiven

von Thomas Metscher*

Die Zukunft der materialistischen Ästhetik wie auch der einzelnen materialistischen Kunstwissenschaften steht und fällt mit der Zukunft wissenschaftlichen Denkens in der Marx'schen Tradition. Aus dieser Einsicht heraus seien einige Gesichtspunkte zu gegenwärtigem Stand und zukünftigen Perspektiven materialistischer Ästhetik und Kunstwissenschaft notiert.

Ich verfare dabei wie folgt. In einem ersten Teil stelle ich eine Reihe ästhetiktheoretischer Grundannahmen zur Diskussion, die den identitätssichernden Kernbestand materialistischer Kunstauffassung betreffen. In einem (kürzeren) zweiten Teil wende ich mich dem gegenwärtigen Stand der materialistischen Kunstwissenschaften zu. Ich frage nach ihrem wissenschaftstheoretischen Status und wissenschaftspolitischen Interesse. Ich hoffe, daß auf diese Art und Weise auch etwas über ihre Perspektiven ausgemacht werden kann.

Ich knüpfe bei diesen Überlegungen an Teile I und II dieses Beitrags an ("zur Theorieform des marx'schen Denkens", *spw* 4/92 und "zur Geschichte materialistischer Ästhetik", *spw* 6/92).

I. Ästhetiktheoretische Grundannahmen

Der identitätsstiftende Kernbestand materialistischer Ästhetik schreibt sich aus zweierlei her: dem allgemeinen Theorierahmen materialistischen Denkens (wie in Teil I skizziert) sowie aus einer Reihe grundlegender spezifisch ästhetiktheoretischer Einsichten, hinter die nicht zurückgegangen werden kann, wenn die Identität materialistischer Ästhetik gewahrt werden soll. Dazu gehören folgende Gesichtspunkte.

1. Der ontologisch-erkenntnistheoretische Realismus des Marx'schen Materialismus gilt auch für den Materialismus in Kunstsachen. Grundlegend für materialistische Ästhetik ist die Annahme einer materiell (sinnlich-gegenständlich) gegebenen, durch menschliches Handeln konstituierten Wirklichkeit, auf die sich die Künste in unterschiedlicher Weise beziehen, in der sie historisch wechselnde Funktionen erfüllen. Wie jede andere geistige Äußerung des Menschen wird Kunst als organischer Teil von Gesellschaft begriffen. Kunst ist in Produktion und Rezeption >lebensweltlich< eingebunden und kann vollständig nur aus solchen Zusammenhängen erfaßt werden. Materialistische Ästhetik und Kunstwissenschaften verstehen ihren Gegenstand deshalb grundsätzlich >kontextuell<.

2. Kunst ist Bestandteil einer gegebenen gesellschaftlich-kulturellen Formation und zugleich Element der sinnlich-gegenständlichen Selbstkonstitution des Menschen, Teil des Prozesses kultureller Bildung. Bezeichnet Kultur die Dimension der Selbstproduktion innerhalb des Systems menschlicher Tätigkeiten (das "Gesamt selbstproduktiver Akte" [vgl. Metscher 1989, S. 106-133]), so wird das Ästhetische als Modus des Kulturellen verstanden: als Bildung des sinnlich-geistigen (in der Literatur: des sprachlichen) Vermögens.

Eigenständigkeit der Künste

3. Wird der künstlerische Prozeß (d.i. die Produktion, Distribution und Konsumtion von Werken der Kunst [vgl. Metscher 1982, S. 131-165]) einerseits in den strukturierten Zusammenhang einer ganzen Gesellschaft gestellt, so besteht die materialistische Ästhetik andererseits auf der Eigenständigkeit der Künste. Leitfadenelement materialistischer Ästhetik ist die Erkennt-

nis, daß in allen entwickelten Gesellschaftsformen die Künste einen Bereich hochgradiger struktureller Selbständigkeit (Autochthonie) bilden. Mit Georg Lukács ist von der Besonderheit und internen Pluralität der ästhetischen Sphäre innerhalb des Ganzen einer Gesellschaft zu sprechen. In dieser Sphäre sind, als konstituierende Momente, bestimmte Regularitäten (>Prinzipien<) am Werk, die eine materialistische Ästhetik zu erforschen hat. Nur so ist erklärbar, daß die Künste quasiautonome Weltbilder bilden, die auf kein vorgängiges Anderes (weder gesellschaftliche Tatsachen noch Ideen, Ideologien oder subjektive Dispositionen) reduzierbar sind.

Die Idee des Schönen

4. Dem Zeitgeist und allen herrschenden Gedanken zum Trotz ist an dem Begriff des Schönen als an einem Kernbegriff der Ästhetik festzuhalten. Dieser für alle Bereiche der Ästhetik (auch der Ästhetik des Alltags und der Lebensweise) geltende Begriff ist im Sinne von interner Selbstzweckhaftigkeit, sinnlicher Form und Gestalthaftigkeit zu erläutern. Mit ihm ist ein Form-Inhalt-Verhältnis angesprochen. Schönheit akzentuiert ein Moment des Zusammenstimmens der Form wie dem Inhalt nach. Mit der Idee des Schönen tritt zum Gesichtspunkt der formalen Kohärenz und interfunktionalen Ganzheit der eines Zusammenstimmens (einer 'Harmonie') divergierender Subjektkräfte. Das Schöne, im hier gemeinten Sinn, heißt: selbstzweckhaftes Spiel der Subjektkräfte.

5. In der Fähigkeit des Schönen zur Synthesis der Subjektkräfte ist dessen produktiver Gehalt festgehalten. Nur Kraft solcher Synthesis ist das Schöne Modus menschlicher Selbstverwirkli-

chung. Akt gesellschaftlich-individueller Sinngabe, ja vermag es in seinen komplexesten künstlerischen Formen als eudaimonisches Kulturideal zu fungieren: als utopisches Bild irdischer Glückseligkeit. Gedanke einer Welt, in der die harmonische Ausbildung aller Kräfte jedem Menschen möglich ist.

6. In solchen Zusammenhängen fungiert Schönheit auch außerhalb der Kunst als Weltanschauungsform. Bewußtseinsform und Ideologie: positiv im Sinne einer Verkörperung schöpferischer Daseinserfüllung (als Ideal und Utopie), negativ im Sinne integrativer Herrschaftspraxen und der Repräsentation sozialer Macht.

Schönheit als Möglichkeitsform

7. Soll Schönheit als symbolische Verkörperung von Möglichkeiten schöpferischer Daseinserfüllung verstanden werden (Klaus Holzcamp), so hat eine solche Bestimmung ihren Ort im konzeptionellen Kontext kultureller Selbstproduktion, individuell-gesellschaftlicher Selbstverwirklichung und sinnlich-gegenständlicher Sinngabe. Zugleich legt sie den Weg frei. Schönheit materialistisch als ideelles Konzept, regulative Idee, kulturelles Ideal und Utopie zu begreifen, wie sie es auch möglich macht. Schönheit als Ideologie, im Zusammenhang sozialer und politischer Kämpfe, der Ausübung von Macht und des Widerstands gegen diese, schließlich auch als Teil einer Ästhetik der Befreiung (vgl. Metscher 1992) zu denken. Schönheit und Idealität sind eng verbunden, und so falsch es wäre, das Schöne kategorial auf den Gesichtspunkt des Ideals zu fixieren - auf der Affinität des Schönen zum Idealen wie auch Utopischen ist zu bestehen.

Herrschaftsästhetik als Gewalt

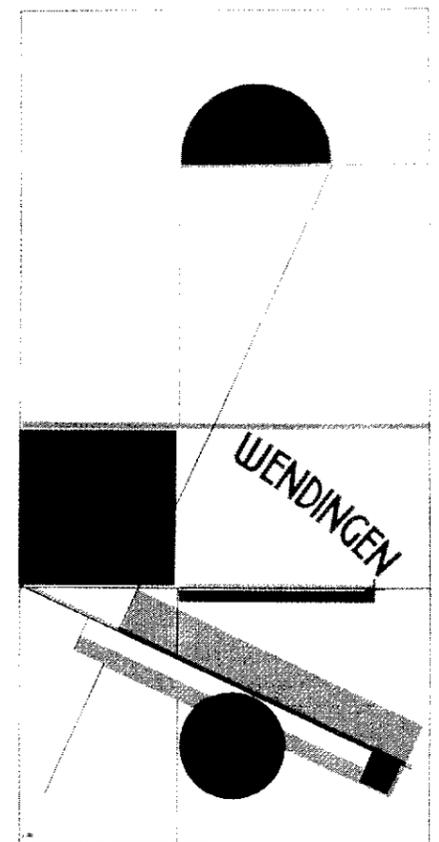
Seit eh und jeh wurde Ästhetik als Ornament der Macht und als Mittel zur Integration der Beherrschten eingesetzt. Als Ornament der Macht heißt: im Sinn von Herrschaftsästhetik. Als Mittel zur Integration meint: Ästhetisches besitzt die Funktion, als Sinn-Surrogat die Massen in einen Herrschaftszusammenhang zu integrieren. Es wirkt dann immer im Sinn einer De-Subjektivierung der Menschen. Ich spreche hier von einer Deformation des ästhetischen Vermögens. Diese

De-Subjektivierung und Deformation ist Form einer gewaltlosen Gewalt. Zur Dialektik des Ästhetischen gehört, daß das, was an sich eine positive Funktion menschlicher Bildung, der Subjekt-konstitution, Emanzipation und Selbstbefreiung ist, zum Vehikel der Entmündigung und Deformation werden kann.

Mimetische Welt-Erschließung

8. Grundlegend für die materialistische Ästhetik der Künste ist die Unterscheidung zwischen mimetischen, dekorativen und operativen Formen, die sich als Momente des künstlerischen Prozesses in der gesamten Geschichte der Künste nachweisen lassen. Mimesis meint dabei nicht Widerspiegelung eines vorgegebenen Ganzen im Sinn einer Unterordnung, sondern Darstellung, Ausdruck, Nachahmung (Koller 1980, Metscher 1990, S. 844-854, Metscher 1993). Mimetische Kunst ist welterschließende und weltentdeckende Kunst, das Freilegen von Verborgenen, Erkundung des Wirklichen im Spielraum seiner Möglichkeiten. Vorstoß ins Unartikulierte. Mit dem Dekorativen ist das Moment schmückender Gestaltung im Sinn einer kulturellen Selbstzweck- (Selbstverwirklichungs)handlung gemeint. Mit operativen Formen ist an solche gedacht, in denen das Moment des lebenspraktischen Eingriffs (ein pragmatischer Gesichtspunkt mithin) der ästhetisch bestimmende Gesichtspunkt ist.

9. Die Besonderheit der Künste hat in keinem anderen Moment seinen Grund als in der Formbestimmtheit des ästhetischen Produkts. Der Begriff eines kompositorischen Machens ('Poiesis' als 'Herstellen' und 'Erfinden') ist der erste Grundbegriff des Kunstästhetischen. Die "geschichtliche und natürliche Wirklichkeit in ihrem Bezug auf den Menschen" (Naumann 1973, S. 49 f.), die als allgemeiner Gegenstand



Umschlagentwurf für die Zeitschrift "Wendungen" von El Lissitzky

künstlerischer Aneignung vorgeschlagen wurde, kann für sich genommen auch Gegenstand bestimmter Wissenschaften sein. Ästhetische Formbestimmtheit aber ist Spezifikum der Künste.

Ästhetische Produktivkräfte

10. In den Künsten ist, wie im Rahmen des Ästhetischen überhaupt (auch der Natur- und Alltagsästhetik) der Formbegriff an interner Zweckmäßigkeit, der Kohärenz und Gestalt zu orientieren. Form in den Künsten meint das Kompositorische im weitesten Sinn (die kompositorische Gestalt). Der Begriff künstlerischer Form (d.h. die ästhetische Form in den Künsten) bezieht sich damit auf den Gesamtkomplex historisch entstandener und sich historisch verändernder künstlerischer Produktivkräfte, über die ein Künstler verfügt, mit deren Hilfe die kompositorische Gestalt des Kunstwerks hergestellt wird. Mit der Kategorie ästhetischer Produktivkräfte ist der Komplex wechselseitig wirkender sachlich-gegenständlicher und menschlich-subjektiver Elemente in der Kunstproduktion gemeint: das System der in der Geschichte der Künste überlieferten Techniken oder Pro-

Sozialismus



Die Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇒ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Henschke, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇒ *ökonomische Analysen national und international* (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschildt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇒ *aktuellen politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: Egon Bahr, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:
Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

duktionsmittel, die einem Künstler zu einem gegebenen Zeitpunkt zur Verfügung stehen, wie auch seine Fähigkeit zum schöpferischen Gebrauch dieser Mittel, zu ihrer Anwendung und Weiterentwicklung.

11. Die ästhetische Form ist zu verstehen als Ensemble unterschiedlicher Elemente, die als Faktoren der Gestaltkomposition und damit auch der Konstitution einer ästhetischen Welt wirksam sind. Für die Literatur ist die Sprache das dominierende Element im System literarischer Produktivkräfte. Sprache ist in einem subjektiven wie objektiven Sinn erste Produktivkraft des Schriftstellers: als sprachlich-kreatives Vermögen und als überlieferter, mit bestimmten ästhetischen und semantischen Qualitäten ausgestatteter Sprachkörper, in dessen Medium sich literarische Produktion vollzieht. Es ist das gleiche Medium, in dem auch dekorative und operative Literaturformen ihren ästhetischen Ort haben. Für die anderen Künste sind gleichfalls Medien der Gestaltkomposition zu benennen (Ton, Farbe, Stein, Holz usw.), wobei die verschiedenen Kunstarten jeweils von einem dominierenden materialen Medium ästhetischer Aneignung her konstituiert sind. In ihrem historischen Gewordensein legen diese den Charakter bloß physikalischer Materie ab und fungieren im Sinne ästhetischen Materials und damit als Teil des Komplexes künstlerischer Produktivkräfte. Zum ästhetischen Material gehören spezifische, historisch entstandene und sich verändernde Verfahren (Techniken), die je spezifisch für die einzelnen Künste sind. Sie bleiben an die elementaren ästhetischen Materialien gebunden.

12. Kunst bedeutet immer Gestaltung (Formung) innerhalb gegenständlicher Materialien (naturhaft vorgefundener oder kulturell geformter bzw. überlieferter), die so unterschiedlicher Art sein können wie Sprache, Farbe, Töne, Erde, Stein, Holz, Eisen, Papier, industrieller Abfall usw. Auch der menschliche Körper (die menschliche Stimme) kann als Mittel künstlerischer Formung innerhalb eines Materialganzen fungieren (z.B. in den theatralischen Künsten). Die Unterschiede in der stofflichen Beschaffenheit der Materialien fundieren die Unterschiede der Kunstarten (Musik, Dichtung, Bildende Künste usw.) in einem elementaren Sinn. Sie zeichnen formal wie inhaltlich Möglichkeiten und Grenzen der

Werkgestaltung, Bedeutungskonstitution und Funktion der einzelnen Künste ab. Der Materialcharakter begrenzt also technisch(-formal) wie inhaltlich(-semantisch) die Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Künste. Die stofflichen Materialien der Künste bilden darüber hinaus die Grundlage für die Entwicklung künstlerischer Produktivkräfte. Mit der Entfaltung der ökonomisch-technologischen (wie allgemeingesellschaftlichen) Produktivkräfte werden vorhandene künstlerische Produktivkräfte und überlieferte ästhetische Materialien qualitativ weiterentwickelt, und es entstehen neue, an die technologische (wie allgemeingesellschaftliche) Produktivkraftentwicklung gebundene Künste und Möglichkeiten der künstlerischen Artikulation.

Die ästhetische Form

13. Erste Produktivkraft in allen Künsten ist die subjektive Fähigkeit zur gegenständlichen künstlerischen Gestaltung. Zu dieser gehört Phantasie als grundlegendes schöpferisches Vermögen wie als spezifische Fähigkeit der imaginativen Antizipation von Möglichkeiten des Materialgebrauches, der Formentfaltung und inhaltlich-semantischen Ausgestaltung. Der Begriff der ästhetischen Form bezeichnet in diesem Zusammenhang die kompositorische Ausgestaltung innerhalb des gewählten Materials auf der Grundlage des Standes künstlerischer Produktivkraftentwicklung. Form ist Inbegriff des gestalteten Werks. Form ist Resultat des Prozesses künstlerischer Produktion als eines Modus gesellschaftlicher Arbeit.

14. Die Form ist damit auch der Ort der Synthesis des in der künstlerischen Tätigkeit - in Produktion und Rezeption - betätigten menschlichen Vermögens. In ihr realisiert sich ein Ensemble von menschlichen Gattungskräften. Die ästhetische Form, gedacht in der Beziehung von Kunstproduzent, Kunstwerk und Kunstrezipient (in der Relation also eines Objekts zu Subjekten), ist der Ort, an dem, innerhalb des Prozesses künstlerischer Kommunikation, die Synthesis unterschiedlicher Elemente stattfindet. In ihr existieren Emotion und Begriff, Gefühl und Erkenntnis, Phantasie und Verstand. Die unterschiedlichen Subjektvermögen treten zusammen in der Weise einer Vergegenständlichung. Form ist der

Kern des für die materialistische Kunsttheorie entscheidenden Werkbegriffs. Werk heißt Vergegenständlichung künstlerischer Tätigkeit im Modus der ästhetischen Form.

15. Form-Inhalt in der materialistischen Ästhetik kann nie heißen, daß im Prozeß der Kunstschöpfung ein theoretisch vorformulierter oder wissenschaftlich bekannter gedanklicher Inhalt, gar eine besondere Ideologie, im Medium der ästhetischen Form ausgedrückt oder veranschaulicht wird. Grundsätzlich gesprochen, ist der ästhetische Begriff des Inhalts nicht auf ideologische oder Bewußtseinsinhalte zu beschränken, sondern bezieht sich auf den "totalen Inhalt unseres Daseins" (Hegel). Inhalt in diesem Sinn meint zunächst den ästhetischen Gegenstand: Wirklichkeit als Objekt der künstlerischen Aneignung. In diesem allgemeinsten Sinn ist 'Gegenstand' Teil der Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt. Einzelne Kunstwerke beziehen sich freilich immer nur auf bestimmte Aspekte dieser Totalität, wenn auch sämtliche Inhalte menschlicher Erfahrung zum Gegenstand der Künste werden können. Die konkreten Gegenstände individueller Kunstwerke haben den Charakter gesellschaftlicher Materialien, die von der Kunst bearbeitet und angeeignet werden. In diesem Sinne ist der Inhalt als Gegenstand identisch mit dem gesellschaftlichen Substrat der künstlerischen Produktion. Dieses besitzt, kraft der ihm innewohnenden ökonomisch-sozialen und kulturellen Formbestimmtheit, eine die ästhetische Form prägende Funktion. Freilich wäre die Vorstellung, daß in der Kunst sich die Inhalte quasi selbsttätig die angemessenen Formen schaffen, irreführend. Als weitere, Formqualität und semantische Struktur eines Kunstprodukts bestimmende Faktoren treten hinzu: Autorenstandpunkt, Autorenintention und Zweckbestimmung des Werks, die sozio-kulturelle Verfassung des intendierten Publikums, die dem Autor zur Verfügung stehenden (überlieferten) Kunstmittel (also der Entwicklungsstand der ästhetischen Produktivkräfte), der allgemeine Bewußtseinshorizont (Stand des Wissen und der Weltanschauung, existente Ideologien) zum historischen Zeitpunkt der Kunstproduktion. Sämtliche dieser Faktoren haben eine die ästhetische Form des Kunstprodukts prägende Funktion.

Kunst als lebensweltliche Erfahrung

16. Die Künste sind inhaltlich immer bezogen auf menschliche Erfahrung und Tätigkeit. Lebensweltliche Erfahrung bildet die Grundlage aller Künste: die geschichtlich-gesellschaftliche Erfahrung von Individuen als Teil menschlicher Lebenstätigkeit. Wirklichkeit 'an sich' kann nie Gegenstand der Kunst sein. Gegenstand der Kunst ist stets eine Wirklichkeit, die durch Erfahrung gegangen ist: Wirklichkeit in der Form von Erfahrung ('experientielle Wirklichkeit').

17. 'Ästhetische Idee' bezeichnet den Bedeutungskern, von dem her ein individuelles Kunstwerk als ästhetisches Weltbild gebaut ist. Im Prozeß werkhafter Vergegenständlichung vollzieht sich ein Vorgang der semantischen Verallgemeinerung und Transformation (der Veränderung von Bedeutungen) des zugrundeliegenden psychischen wie weltanschaulich-ideologischen Materials. Mit diesem Begriff sind die psychischen Tatbestände wie auch das Gesamt des Bewußtseins und der Ideologien gemeint, in deren Kraftfeld sich ein Werk bewegt und aus dem es hervorgeht, wobei festzuhalten ist, daß bereits der experientielle Gegenstand der Kunst ideologisch geprägt (auch deformiert) ist. In jeder künstlerischen Produktion vollzieht sich ein Transformationsprozeß von Bedeutungen zwischen einem zugrunde liegenden psychisch-ideellen Material (zu dem die normativen Einstellungen, Vorurteile, Wertungen usw. eines Autors gehören) und dem semantischen Profil (dem ideellen Gehalt) des vergegenständlichten Kunstprodukts. In der Regel ist zwischen beiden Ebenen eine Inkongruenz zu behaupten. Die Transformation geschieht kraft der ästhetischen Form, ist Teil der Herausbildung einer gegenständlichen ästhetischen Welt. Die Bedeutung, die ein Kunstwerk besitzt, kann nie auf das ihm zugrunde liegende semantische Material (auch nicht die Intention des Autors) reduziert werden.

Differenzen in den Wirklichkeitsansichten und Pluralität des Verstehens

18. Die Differenz in den Wirklichkeitsansichten, die verschiedene Kunstwerke vermitteln, ist einer Reihe von Faktoren geschuldet: der Biographie und individuellen Psyche des Produzenten, der Besonderheit der Si-

tuation und Erfahrung, aus der ein Kunstwerk hervorgeht, seinem spezifischen Gegenstand, der gewählten Gattung, Form und dem historischen Stand ästhetischer Produktivkräfte, der mit der Kunstproduktion verbundenen auktorialen Intention, der soziokulturellen Verfaßtheit des Adressaten, den gegebenen Institutionen der künstlerischen Produktion, Distribution und Konsumtion, dem allgemeinen Stand gesellschaftlichen Bewußtseins und Wissens, der gesellschaftlichen Gefühlkultur als Teil des Totums der vorliegenden kulturellen Verhältnisse, nicht zuletzt dem spezifischen sozialen Ort, Motiv und Interesse, von dem her ein Künstler Wirklichkeit bearbeitet, ein Kunstwerk schafft. Das in einem Werk entworfen Weltbild existiert in diesem immer nur in der Form eines Potentials von Bedeutungen, die in Akten rezeptiver Aneignung realisiert werden und einen (variablen) Spielraum von Interpretationen zulassen (vgl. Mettcher 1985, 1993). Weiter können in einem einzelnen Werk oder einer Gruppe von Werken verschiedene soziale Standpunkte und historische Perspektiven zusammentreten, was stets eine hochgradige Komplexität, oft Ambiguität des ideellen Profils solcher Werke zur Folge hat.

19. Die Weltbilder der Kunst sind damit auch in einem hermeneutischen Sinn variabel; eine Pluralität des Verstehens - der konsumtiven Aneignung wie der wissenschaftlichen Deutung - gehört konstitutiv zum Kunstästhetischen.

20. Von Kunst als ideologischer Form ist zu sprechen im Hinblick auf die Stellung der Werke in den sozialen Verhältnissen ihrer Produktion, Distribution und Rezeption: bezogen auf das Faktum, daß Kunst immer einen konkreten geschichtlich-sozialen Ort hat und nie außerhalb gesellschaftlicher Interessen und Auseinandersetzungen steht, von diesen formal wie inhaltlich geprägt, oft auch deformiert ist.

Kunst als Ideologie

Die Analyse einer ästhetischen Form als einer ideologischen besagt, daß Kunst an der Dialektik von Wahrheit und Falschheit als epistemischer Grundverfassung allen gesellschaftlichen Bewußtseins teilhat. Weiter bedeutet die Rede vom Ideologiecharakter der Kunst, daß diese, im Kontext

ihrer Distribution und institutionellen Vermittlung wie ihrer sozialen Funktion und Wirkung, als ideologische Praxis betrachtet werden soll. Als ideologische Praxis steht Kunst stets in der Doppelfunktion eines stabilisierenden, apologetisch-affirmativen Gebrauchs und der Möglichkeit kritisch-emanzipativer Verwendung.

II. Wissenschaftstheoretischer Status und wissenschafts-politisches Interesse materialistischer Kunstwissenschaften

1. Materialistische Kunstwissenschaften heute sollten sich als Beitrag innerhalb eines pluralen Spektrums konkurrierender theoretischer Positionen verstehen. Sie sollten sich als Wissenschaften sehen, die innerhalb eines vorgegebenen theoretischen Rahmens auch intern plural verfaßt sind. Im Unterschied zu anderen Theorien läßt materialistische Kunstwissenschaft eine große Zahl methodischer Varianten zu. Dies ergibt sich bereits aus vorliegenden Symbiosen mit angrenzenden Theorien (Psychoanalyse, Formalismus, Strukturalismus/Poststrukturalismus, New Criticism usw.). Solche Symbiosen konstituieren die interne Pluralität der materialistischen Kunstwissenschaften selbst. Diese Pluralität ist eine Chance und eine Gefahr. Die Chance liegt in der internen Differenziertheit, die konkurrierende Theorien nicht aufweisen, die Gefahr darin, daß sich materialistische Kunstwissenschaft in angrenzenden Theorien auflöst. Es ist deshalb immer auch ein Kernbestand festzuhalten, der einer materialistischen Kunstwissenschaft ihre Identität garantiert.

Materialistische Empirie und Kunstwissenschaft

2. Materialistische Kunstwissenschaften sind empirische Wissenschaften im Sinne des Marx'schen Theorietypus. Ihre empirische Basis sind die überlieferten Werke sowie die geschichtlichen Verhältnisse ihrer Produktion, Überlieferung und aktuellen Rezeption (die sog. >Kontexte<), wie auch die Prozesse der Rezeption und Überlieferung selbst. Im umfassenden Sinn ist der empirische Gegenstand materialistischer Kunstwissenschaft der künstlerische Prozeß. Damit ist der Vorgang künstlerischer

Produktion und Konsumtion (Rezeption) als Prozeß in der Zeit gemeint, mit dem Werk als dem zentralen und vermittelnden Glied.

3. Materialistische Kunstwissenschaftler studieren Werke und Texte also immer >im Kontext<, ohne die Werke und Texte auf die Kontexte zu reduzieren. Sie versuchen den >extrinsic< mit dem >intrinsic approach< (werkinterne und werkexterne Methoden) zu vereinen. Sie begreifen Geschichte als internes Problem der Werkkonstitution.

Kunstgeschichte als Gesellschaftsgeschichte

4. Die materialistischen Kunstwissenschaften sind in einem vielschichtigen Sinn geschichtliche Wissenschaften. Sie sind geschichtlich im Sinne einer am Marx'schen Formationsbegriff orientierten Gesellschaftsgeschichte. Sie anerkennen die relative Selbständigkeit (Autochthonie) der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche, nicht zuletzt der Bereiche der Kunst. Sie anerkennen damit auch, daß die verschiedenen Bereiche ihre eigenen Regularitäten und Strukturen, damit eine interne Geschichte ausbilden, die gleichwohl mit dem Ganzen der Gesellschaftsgeschichte (im Sinne Eric Hobsbawms) vermittelt ist. Und sie anerkennen, daß die Künste intern geschichtlich verfaßt sind. Die Formenwelt selbst ist das im eigentlichen Sinn Geschichtliche in den Künsten.

Künste als Organon der Geschichte

5. Geschichtlich sind die materialistischen Kunstwissenschaften nicht im Sinne des Historismus, sondern im Sinne einer historisch-kritischen (>materialistischen<) Hermeneutik. Der Brennpunkt ihres Interesses ist nicht die Vergangenheit >an sich<, sondern die "Jetztzeit" (Benjamin 1980, Bd. 1, S. 701). Was sie intendieren, ist die "Durchdringung von historischer und kritischer Betrachtung" (Benjamin 1980, Bd. 3). Nur so können ihnen die Künste zum "Organon der Geschichte" (ebd., Bd. 3, S. 289 f.) werden.

6. Die materialistischen Kunstwissenschaften verstehen sich ausdrücklich als Wissenschaften in der Perspektive universaler menschlicher Emanzipation, im Anschluß an den Emanzipationsbegriff des Marx'schen Denkens. Ihre Grundidee ist die der Befreiung. Sie

sind deshalb als geschichtliche zugleich kritische Wissenschaften. Gegenstand ihrer Kritik sind Verhältnisse, die die Menschen unterwerfen und in Abhängigkeit halten, sofern sich diese Verhältnisse in den Künsten selbst reproduzieren oder die Künste zur Reproduktion solcher Verhältnisse beitragen.

7. Aus den gleichen Gründen gilt das besondere Interesse der materialistischen Kunstwissenschaften den (offenen oder verborgenen) emanzipatorischen Linien und Tendenzen innerhalb der überlieferten Künste selbst. Eine ihrer zentralen Fragen geht auf das Verhältnis von >Erster< und >Zweiter< Kultur (Herrschaft und Widerstand) als Problem oppositioneller Kulturformen und individueller Werkkonstitutionen (vgl. Metscher 1982, S. 97-130). Als hervorragende Aufgabe gilt ihr die Rekonstruktion der "Tradition der Unterdrückten" (Benjamin 1980, Bd. 1, S. 696 f.). Da diese Tradition nicht offen zutage liegt, gehört zu ihrer Rekonstruktion die Arbeit einer hermeneutischen Archäologie.

Literatur

- Benjamin, W. 1980. Gesammelte Schriften. Frankfurt a.M.
 Koller, H. 1980. Mimesis. In: J. Ritter/K. Gründer (Hg.). Historisches Wörterbuch der Philosophie. Darmstadt
 Metscher, T. 1982. Kunst, Kultur, Humanität. Studien zur Kulturtheorie, Ideologietheorie und Ästhetik. Fischerhude
 Ders. 1985. Grundlagen und Probleme einer materialistischen Hermeneutik der Literatur. In: G. Pasternack (Hg.). Erklären, Verstehen, Begründen. Schriftenreihe Zentrum Philosophische Grundlagen der Wissenschaften. Bd. 1. Bremen. 196-222
 Ders. 1988. Ontologie - Tätigkeit - Kultur. In: Dialektik. Bd. 16. Köln. 98-123
 Ders. 1989. Herausforderung dieser Zeit. Zu Philosophie und Literatur der Gegenwart. Düsseldorf
 Ders. 1990. "Form/Inhalt, ästh." "Tätigkeit, ästh.", "Widerspiegelung, ästh.". In: H.J. Sandkühler (Hg.). Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Hornburg
 Ders. 1992. Pariser Mediationen. Zu einer Ästhetik der Befreiung. Wien
 Ders. 1993. Modell und Deutung von Welt. Für eine Mimesistheorie der Künste. In: H.J. Sandkühler (Hg.). Repräsentation und Modell. Formen der Weiterkenntnis. Bremen
 Naumann, M. 1973. Gesellschaft, Literatur, Lesen. Literaturrezeption in theoretischer Sicht. Berlin



Sozialdemokratische Regierungspolitik. Labor in Australien

von Norbert Faulhaber/
 Ingeborg E. Schäfer*

Im Dezember 1991 wurde der langjährige Parteivorsitzende der Australischen Labor Party (ALP) und Premierminister Bob Hawke von seinem Posten abgewählt. Der Caucus seiner Partei (die Parlamentsfraktionen des Repräsentantenhauses und des Senates) verweigerte ihm das Vertrauen und wählte den ehemaligen Schatzkanzler Paul Keating zum neuen Premier. Die wirtschaftliche Lage Australiens zur Zeit ist die Schlimmste seit 60 Jahren. Spätestens 1993 müssen nun Neuwahlen zum Repräsentantenhaus, das den Premierminister wählt, erfolgen. Eine Prognose für das Wahlergebnis schien für viele seit dem Wechsel an der Spitze der Partei und des Staates eindeutig: ALP wird die kommenden Wahlen verlieren. Jedoch seit den Bundesstaatswahlen in Victoria, bei der die ALP die Regierung an die national-liberale Koalition unter Jeff Kennett abgeben mußte, bläst unerwartet der Wind wieder für die ALP. Kennett versucht nämlich die tradierten hochgradig regulativen Beziehungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Australien mit einer neo-liberalen Strategie aufzubrechen. Paul Keating hatte in seiner Zeit als Schatzkanzler ähnliche Vorstellungen - eine solche Politik jedoch ungleich milder und vorsichtiger projiziert. "Auf der einen Seite scheint Keating den Übergang von einer freien zu einer sozialen Marktwirtschaft anzustreben, auf der anderen Seite aber auch alles zu versuchen, bisher vorhandene staatliche Investitionsmechanismen soweit wie nur irgend möglich abzubauen", so urteilt in der "Zeit" vom 4.12.92 Peter L. Münch. Um diese "Diskrepanz" besser verstehen und beurteilen zu können, muß man das australische System näher kennen,

denn es handelt sich um ein historisch gewachsenes System staatlicher Interventionsmechanismen - eine wirklich "freie Marktwirtschaft" im europäischen Sinne besaß Australien nicht.



"Policy-mix" - eine Tradition

Australien ist eines der letzten Länder der westlichen Welt, das über eine sozialdemokratische Regierung verfügt. Am 5. März 1983 avancierte der ehemalige Gewerkschaftsführer R.J.L. ("Bob") Hawke, der erst kurze Zeit vorher zum Vorsitzenden der ALP gewählt worden war, zum Regierungschef. Nach 1949 hatte die ALP nur in den Jahren 1972-1975 die Regierung gestellt, in der übrigen Zeit lag die Führung des Landes in der Hand einer Koalition aus liberaler und nationaler ("Country"-)Partei. Am 1. Dezember 1984, am 11. Juli 1987 und am 24. März 1990 konnte die ALP (einmalig in ihrer Geschichte) ihren Wahlerfolg jeweils wiederholen. Allerdings gründete sich dieser lediglich auf eine Mehrheit im Repräsentantenhaus des Zwei-Kammerparlamentes.

Die australische Labor-Partei unterscheidet sich seit ihrer Gründung in vielfacher Weise von den europäischen sozialdemokratischen Parteien. So versuchte die Laborregierung seit 1983 in einem "policy - mix" aus traditionell sozialdemokratischen und aus neo-konservativen Elementen ihre Regierungspolitik zu gestalten. Im Gesundheitsbereich, im Bildungsbereich, in ihrem prinzipiellen Verhältnis zu den Gewerkschaften und in ihrem Bemühen um Wiederherstellung der Vollbeschäftigung verfolgt sie eher traditionell sozialdemokratische Ziele, dagegen hängt sie finanz- und ordnungspolitisch eher neo-konservativem Gedankengut an. Besonders ihre Orientierung auf das Ziel Vollbeschäftigung zu Beginn ih-

rer Amtszeit war richtungsweisend. Über eine allgemeine Verständigung zwischen allen Tarifparteien ist es der Regierung gelungen, im Rahmen des neuen Tarifsystems, genannt "Accord" (ein zentralisiertes System zur Lohn- und Gehaltsfestsetzung, welches das alte staatliche Schlichtungssystem ablöste), neben der Senkung der Inflationsrate etc. vor allem auch die Arbeitslosenzahlen drastisch zu verringern. Im Jahr ihres Regierungsantrittes lag die Arbeitslosenquote bei über 10% (1983), sie fiel bis 1989 unter 6%. Allerdings wurde dann kurzzeitig diesem Ziel kaum noch Aufmerksamkeit geschenkt. Darüber hinaus ließ die Wirkung des Accords in der Rezession nach, so daß sich derzeit die Quote wieder bei 11,3% befindet (vgl. NZZ vom 15./16.11.92, S. 14). Jedoch wendet sich nun die derzeitige Regierung mit ihrem neuen Maßnahmenpaket wieder stärker diesem Problem zu. Seit kurzem hat sie es ermöglicht, Lohnverhandlungen auf Betriebsebene zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern direkt zu führen. Davon haben vorläufig nur wenige Unternehmen Gebrauch gemacht - diese allerdings mit Erfolg. Die Inflation hingegen konnte über Jahre niedrig gehalten werden. Sie liegt derzeit bei 0,8% (vgl. NZZ vom 15./16.11.92, S. 14).

Als die Laborpartei 1983 an die Regierung kam, steckte Australien in seiner schlimmsten Rezession seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. Einschneidende Reformen des Wirtschaftslebens wurden durch die Regierung, insbesondere durch den damaligen Schatzkanzler Paul Keating durchgeführt. So ließ man zunächst den AU-Dollar floaten, der bis zu diesem Zeitpunkt festgesetzt war. Dies brachte eine bis heute beständige Abwertung ein. Weiterhin wurde das Bankenwesen dereguliert. Schon im Dezember 1983 wurden eine Vielzahl der bis zu diesem Zeitpunkt von der Zentralbank ausgeübten Devisenkontrollen beseitigt. Insgesamt brachten diese Maßnahmen u.a. eine nie dagewesene Krediteuphorie hervor. Australische Firmen liehen immense Summen, kauften und verkauften Fir-

* Ingeborg E. Schäfer, Prof. f. Politikwissenschaft an der Universität Erlangen, Norbert Faulhaber, M.A., Universität Konstanz

men, das Wirtschaftsverhalten wurde immer aggressiver. Es entstanden große Oligopole, aber es waren auch große Bankrotte zu verzeichnen (z.B. Bond, Skase). Ergebnis war jedoch eine zusätzliche Steigerung der Auslandsverschuldung (1983 waren es netto AU\$ 23 Milliarden, 1991 waren es AU\$ 144.8 Mia.) sowie ein höheres Zahlungsbilanzdefizit des Landes (vgl. NZZ vom 6.3.92, S. 20).

Der Regierung gelang es, vor allem durch Sparmaßnahmen und durch Änderungen des Steuersystems, das Haushaltsdefizit des Bundes abzubauen (das 1983/84 bei 4,1% lag) und es sogar in eine positive Bilanz umzumünzen. Auch die als sehr willkürlich angesehene Steuergesetzgebung wollte Labor-Schatzkanzler Keating völlig verändern. Er plante, von der direkten zur indirekten Steuer überzugehen, wollte die Höchstbesteuerungsgrenze für Einkommenssteuer senken, eine Kapitalertragssteuer (capital gain tax) sowie eine zusätzliche Leistungssteuer (fringe-benefits tax) einführen. Teile der Arbeiterschaft jedoch sowie der Geschäftswelt lehnten eine Verbrauchssteuer (consumption tax) ab. Aus diesem Grund erweiterte Keating die direkte Besteuerung, setzte die Höchstbesteuerungsgrenze für Einkommen von 60% auf 47%, die der Betriebe von 49% auf 39% herab. Der neuerlichen Rezession, die als noch schlimmer gilt als die 1983er, möchte der jetzige Premierminister Keating dagegen mit dem keynesianischen Mittel staatlicher Intervention, d.h. der Haushaltsverschuldung, begegnen. Er plant Steuersenkungen und großangelegte Förderprogramme für die Landwirtschaft, die Textil- und Schuhindustrie (vgl. NZZ vom 28.2.92, S. 13).

Die Existenz sowohl traditionell sozialdemokratischer wie auch gewisser konservativer Elemente ist kein neues Phänomen australischer Laborregierungen. Die Partei selbst trägt ambivalente Züge. Die Gründe für dieses Selbstverständnis sind in den besonderen Lebens- und Entwicklungsbedingungen der australischen Gesellschaft zu finden.

Historische Wurzeln



Das australische Verständnis von Politik, die politische Kultur und Praxis

unterscheiden sich - mehr als bei uns in Europa vermutet wird - erheblich von europäischen aber auch amerikanischen Vorbildern. Die ALP konnte hiervon nicht unbeeinflusst bleiben. Die Lebensbedingungen prägten zwei Mentalitätszüge heraus: den Zug zu einer solidaren und den zu einer egalitären Gesellschaft.

Zwar war der Anfang der Besiedlung Australiens sehr leidvoll, jedoch entwickelte sich, nachdem ein gewisser landwirtschaftlicher Standard sowie ein industrieller Ausbau des Landes zu verzeichnen und die Reichhaltigkeit der vorhandenen Ressourcen (besonders 1850/60 Gold) entdeckt worden war, unter dem Einfluß besonders der klimatischen Bedingungen und der Mentalität der Siedler eine eher lebensfrohe Gesellschaft.

Konsensuale Konfliktregelungen dominieren dabei das politische Leben. Nach außen sorgte die Abschottung Australiens durch eine protektionistische Wirtschaft - aber auch Einwanderungspolitik ('White Australia'-Politik) bis in die 70er Jahre unseres Jahrhunderts dafür. Nach innen schaffte besonders das Zwangsschlichtungsverfahren (compulsory arbitration) eine Beruhigung. Entwickelt hatte sich dieses Schlichtungssystem schon im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts. Nach der wirtschaftlichen Depression und den darauf folgenden heftigen und umfangreichen Streiks (1890-1895) sah es zunächst so aus, als würden die Arbeitgeber diesen Kampf gewinnen, jedoch hatte sich die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung so weit entwickelt, daß sie durch taktisch kluge Vorgehensweise unter Zuhilfenahme der ALP Einfluß in den Parlamenten der einzelnen Kolonien gewann. Die kolonialen Regierungen kamen deshalb zum Schluß, Instrumente friedlicher Streikbeilegung einzuführen. Konsequenz dieser Politik war ein vergleichsweise hoher Lebensstandard der Stadtbevölkerung.

Die Anpassung der ALP an diese Gesellschaft zeigt sich auch in ihren programmatischen Zielvorstellungen. Die Wurzeln der ALP lagen zum einen in der Übernahme der Ideologie der britischen Labour Party, aber zum anderen auch in der des britischen Liberalismus¹. Die ALP besitzt drei verschiedene ideologische Fraktionen,

die unterschiedlichen Einfluß haben. Derzeit verfügt die 'Rechte' über eine Mehrheit. Zu ihr gehören der ehemalige wie der derzeitige Premier. Diese Fraktion ist pragmatisch orientiert. Es geht ihnen darum, an der Macht zu bleiben, auch wenn sozialdemokratische Werte modifiziert oder aufgegeben werden müssen. Die Fraktion der 'Linken' weist stark antikapitalistische Züge auf. Sie möchte u.a., daß der Export von Uran gebannt und daß dem Umweltschutz Priorität eingeräumt wird. Sie ist gegen Atomkraftwerke und möchte, daß die US-Stationen von Australiens Boden verschwinden etc. Die 'Zentrumslinke' dagegen verfügt über einen ähnlichen Pragmatismus wie die Rechte, möchte diesen jedoch nicht mit Konzessionen an den Idealismus sozialdemokratischer Werte paaren.



Die Labor Party dokumentiert sowohl das integrative wie auch das innovative Selbstverständnis der politischen Kultur Australiens. Gerade die Existenz verschiedener parteiinterner Fraktionen, wie auch ihr grundsätzlich pragmatisches Selbstverständnis, fördern dies in hohem Maße. Schon vor der Gründung des Australischen Bundes übernahm die ALP diese entscheidende Rolle. Diese Fähigkeit zur Integration wurde auch durch die relativ häufigen Parteispaltungen (1915, 1931, 1955) und die daraus resultierende Notwendigkeit des "Wiederzusammenkommens" der Partei nicht beeinträchtigt. Allerdings verstärkte sich unter dem Eindruck dieser Spaltungen und ihrer unmittelbaren Folgen insgesamt der interne Druck zum Ausgleich der verschiedenen Interessen der einzelnen Parteifaktionen.

Die Frage der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für den militärischen Einsatz "overseas" führte zur ersten großen Parteispaltung im November 1915. Die zweite Spaltung hatte die Wirtschafts- und Finanzpolitik zum Anlaß. 1931 verließen fünf rechte Labor-Abgeordnete die Partei, tags darauf spaltete sich eine linke Fraktion (ebenfalls fünf Abgeordnete) ab. Zum zweiten Mal nach 1917 vereinigte sich der rechte Laborflügel mit der vormals bekämpften bürgerlichen

Opposition. Ein Mißtrauensantrag gegen den Schatzkanzler führte zum Sturz und zum Verlust der Regierungsmacht. Anlaß für die Spaltung 1956 war die Haltung der Parteiführung zum Kommunismus. Sie hatte sich gegen ein Verbot der Kommunistischen Partei ausgesprochen und bei einem entsprechenden Referendum - zwar hauchdünn - die Mehrheit davongetragen. Der rechte Flügel der Partei beschuldigte sie daraufhin, "kommunistisch infiziert" zu sein und verließ die Partei.

"Vietnam" wurde zum erneuten Wendepunkt. Erst in Folge dieses Krieges und durch den 1969 neu gewählten Labor Vorsitzenden Gough Whitlam änderten sich die Erststimmen wieder zu Gunsten der Partei. Die neue sozialdemokratische Regierung (ab 1972) entwickelte eine Dynamik, die alle Beobachter überraschte. Das Beispiel Schweden vor Augen, versuchte die Regierung Whitlam innerhalb kürzester Frist, die Gesellschaft von Grund auf zu reformieren.

Außenpolitisch gab sich Whitlam betont "progressiv", nahm diplomatische Beziehungen zu China auf, verstärkte die Kontakte zu Dritte-Welt-Ländern und lockerte die traditionell rigiden Einwanderungsbestimmungen. Äußerst schwerwiegend waren die Proteste der Laborregierung gegen die ständigen Atombombenversuche der Franzosen in der Südsee und die Bestrebungen, die amerikanischen Militärbasen in Australien zu schließen. Besonders letztere Frage gilt nach manchen Quellen als ausschlaggebend für eine vermeintliche Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes CIA bei dem geglückten Sturz der Regierung nach nur drei Jahren Amtszeit².

Zwar hatte 1974 Labor noch einmal die vorgezogenen Wahlen gewonnen, doch im Laufe des nächsten Jahres verschlechterte sich die ökonomische Situation zusehends. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich, die Inflation stieg auf das Dreifache - (im wesentlichen eine Reaktion auf die sog.

"Ölpreiskrise" 74/75). Zum ersten Mal in der Geschichte der australischen Demokratie verweigerte der von Liberals und Country Party beherrschte Senat der Regierung die Zustimmung zum Staatshaushalt. Generalgouverneur John Kerr, der Vertreter der britischen Königin, löste die dadurch entstandene Verfassungskrise auf spektakuläre Weise: Er setzte eigenmächtig den Premierminister ab und ernannte den Führer der Liberalen, Malcolm Fraser, zum Premier. Dieser, da im Unterhaus in der Minderheit, löste sofort das Parlament auf und gewann mit seiner Koalition bei den Wahlen eine erdrückende Mehrheit.

Gemessen daran, daß sich die ALP seit Gründung des australischen Commonwealth 1901 die meiste Zeit mit der Rolle der parlamentarischen Opposition begnügen mußte, ist es ihr doch gelungen, der politischen Kultur des Landes in bemerkenswerter Art und Weise ihren Stempel aufzudrücken. Viele politische Innovationen gingen

DEUTSCHE POLITIK:

Das Problem am Fremdenhaß

sind die Fremden

Wer ANTIKommunistische GG für Deutschland will,
1992 kann er die Grundlagen der Demokratie

zu beziehen über die Blätter Verlagsgesellschaft, Bertha-von-Suttner-Platz 6, 5300 Bonn 1

**Blätter für
deutsche und
internationale
Politik**

von den kurzlebigen Laborregierungen aus und wurden von den bürgerlichen Kabinetten kaum modifiziert übernommen (Einführung der keynesianischen Konjunktursteuerung 1946/47, diverse wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen der Regierung Whitlam usw.). Ebenfalls interessant ist die Tatsache, daß die ALP vorzugsweise in Zeiten nationaler Krisen an die Regierung kam (beide Weltkriege, nach dem Börsenkrach 1929, nach der zweiten Ölkrise 1983). Perioden, in denen Labor regierte, waren in der Regel gekennzeichnet durch relativ "stürmische" politische Verhältnisse. Bürgerliche Kabinette verwalteten demgegenüber traditionell den Status Quo.



An ihren Wahlergebnissen gemessen, ist die ALP eine der stärksten sozialdemokratischen Parteien weltweit. Daß es ihr nicht gelang, sich bisher eine hegemoniale Position zu erkämpfen (wie beispielsweise der skandinavischen Sozialdemokratie), liegt nicht nur an der verhältnismäßig starken inneren Kohäsion der Koalition aus Liberalen und National/Country-Party, sondern auch und vor allem an den häufigen Parteispaltungen, die regelmäßig dann erfolgten, wenn Labor an der Regierung war (1916, 1931), oder im Begriff war, die Wahlen zu gewinnen (1955).

Inhaltliche sowie regionale und vertikale Strukturen laufen in der ALP ineinander über und verkörpern somit eine ständig sich ausbalancierende Interessensabwägung. Sie impliziert das Ergebnis, daß Machtpositionen sich permanent verschieben und somit sich widerstreitende Resultate hervorbringen können. Dies wird damit zu einem Grundzug, auf dem sich der ambivalente Charakter der Partei manifestiert. So hat die ALP verschiedene Entscheidungs- und Machtzentren, die unterschiedlich 'stark' sind: die oben beschriebenen ideologischen Fraktionen, die einzelnen Organisationen auf Staatenebene, auf Bundesebene die Parlamentsfraktionen - der Caucus - und auf Bundesebene die nationale Konferenz, der nationale Vorstand und, falls an der Regierung, der Premierminister und das Kabinett. In diesem Konzert spielt auch der Ein-

fluß der Gewerkschaften auf die Partei eine Rolle. Dieser Einfluß ist formal nur auf der Landesebene zu verzeichnen, hier sind die Gewerkschaften angegliedert und verfügen über 60% der Stimmen (auf lokaler wie auf Staatenebene). Sie dominieren damit die Finanzen, das Personal und die Politik der Partei. Auf der Bundesebene ist ihr informeller Einfluß unübersehbar. So wurden selbst die eher neo-konservativ eingefärbten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Laborregierung von dem ACTU flankierend unterstützt; ein möglichst enges Verhältnis zwischen Labor-Partei und Gewerkschaften ist ein Ziel, an dem die jeweilige Regierung bisher nicht rüttelte. Gleichwohl hatte es Keating immer wieder versucht, die Gewerkschaften zu schwächen.

Daß der vorsichtig-lavierende Kurs der ALP, der möglichst integrativ wirken sollte, zunächst einmal Erfolg hatte, ist nicht zu bestreiten. Am 24. März 1990 gewann Labor die vierte Amtsperiode nacheinander. Der Wahlsieg war jedoch knapp und er hatte einen politischen Preis gefordert: Labor sank auf 39,4 % der Erststimmen (die Oppositionskoalition aus Liberals und National Party gewann 43,5 %) und wurde durch die Zweit- oder Drittpräferenzstimmen der kleineren Parteien, im wesentlichen der ökologisch orientierten "Democrats" und der vielen grünen und linken Splitterparteien gerettet (vgl. die Wahlergebnisse im Sydney Morning Herald vom 26.03.1990). Bereits lange vor der Wahl war die Regierung Hawke den verschiedenen grünen Gruppen entgegengekommen: Australien setzte sich auf internationaler Ebene für die Errichtung eines Naturparks auf dem Gebiet der Antarktis ein, die Rodung bestimmter Waldregionen wurde gestoppt, der Uranabbau strengen Kontrollen unterworfen und ein amerikanischer Flottenstützpunkt von der australischen Marine übernommen. Das australische Präferenzwahlssystem (preferential voting) ist im Prinzip eine Variante des absoluten Mehrheitswahlsystems ohne zweiten oder dritten Wahlgang. Gewählt wird in Einer-Wahlkreisen, die Wähler beziffern die Kandidaten mit 1, 2, 3 etc. gemäß ihrer "Präferenz". Erreicht ein Kandidat eine absolute Mehrheit an Erstpräferenzstimmen, ist er gewählt. Ist dies nicht der Fall, finden weitere

Auszählungen entsprechend der gewählten Präferenzen statt. Dieses Wahlsystem garantiert einerseits die Bildung klarer Mehrheiten im Parlament, gibt aber andererseits den kleineren Parteien einen nicht zu unterschätzenden Einfluß, da sie ihre Anhänger dazu aufrufen können, mit der Zweit- oder Drittpräferenz für den Kandidaten einer der beiden großen Parteien zu stimmen, und in umkämpften Wahlkreisen diese Stimmen entscheidend sind. Ein gutes Beispiel hierfür bietet die Wahl von 1990: Die Labor Party gewann 39,4 % der Erstpräferenzstimmen, der Bürgerblock aus Liberal Party und National Party 43,5 %, aber Labor errang eine absolute Mehrheit der Mandate im Repräsentantenhaus (78 von 148), weil die große Mehrheit der Wähler und Wählerinnen der "Australian Democrats" und der vielen kleineren grünen Parteien mit der Zweitpräferenzstimme für die Sozialdemokraten votierte. In etwa 20 Wahlkreisen, so schätzte nach der Wahl Labor-Umweltminister Richardson das Ergebnis ein, waren diese Stimmen ausschlaggebend. Zwar sind die Grünen in Australien in viele, teilweise sektiererisch agierende Gruppen zersplittert, ihr Einfluß ist dennoch beträchtlich: 1990 erhielt die 1977 gegründete, ursprünglich linksliberale, heute stark ökologisch orientierte "Australian Democratic Party" 11,3 % der Erstpräferenzstimmen, neun weitere grüne Parteien bekamen zusammen genommen 1,2 %. Auch viele der unabhängigen Kandidaten ("Independents"), die insgesamt 3,6 % erhielten, müssen der politischen Linken zugeordnet werden; bei einer aufsehenerregenden Nachwahl in Melbourne im April 1992 siegte ein Unabhängiger, der den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zum zentralen Programmpunkt seiner Wahlkampagne gemacht hatte. Die Labor Party ist somit, will sie ihre Regierungsmehrheit nicht gefährden, einerseits auf die (Zweitpräferenz-)Stimmen der Grünen und Linken angewiesen, darf ihnen andererseits aber auch nicht zu viele Zugeständnisse machen, da sonst der Verlust von (Erstpräferenz-) Stimmen aus der traditionellen Arbeiterklassenstammwählerschaft droht. Denn eine Gruppe wirtschaftsfreundlicher Labor-Abgeordneter, denen auch der jetzige Regierungschef

Paul Keating zuzurechnen ist, macht gerade die Anbiederung der Partei bei Grünen und linken Splitterparteien für die massiven Stimmenverluste (-6,4 %) verantwortlich. Sie fordert eine Politik, die im Interesse eines rascheren Wirtschaftswachstums und einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Australiens auf den Weltmärkten auf die Belange der Umweltschützer weniger Rücksicht nimmt. Strukturelle Veränderungen innerhalb des australischen Parteiensystems haben die Gewichte deutlich verschoben: Die Democratic Labor Party, fast zwanzig Jahre lang Steigbügelhalter der konservativ-liberalen Regierungen, ist mittlerweile völlig bedeutungslos geworden, die Australian Democrats, ursprünglich eine eher links-liberale bürgerliche Partei, rücken mehr und mehr nach links, grüne und radikale Splitterparteien gewinnen an Gewicht (und aufgrund des Präferenzwahlsystems an "bargaining power").



Labor ist heute im Grunde genommen eine Partei, die tendenziell "everybody's second choice" ist. Dies bedeutet, daß die bürgerlichen Oppositionsparteien (Liberal und National Party) bei Wahlen erheblich mehr Erststimmen als Labor auf sich vereinigen müssen, um eine absolute Parlamentsmehrheit an Sitzen zu gewinnen (ein Vorsprung von 4,1% am 24.3.1990 reichte nicht aus). Labor hat, vielleicht zum ersten Mal in der australischen Geschichte, die Chance, zu einer Art "natural party of government" zu werden, vorausgesetzt, es gelingt weiterhin, die Gratwanderung zwischen stark materiell gefärbten Interessen (von Gewerkschaften und Arbeiterschaft) und "postmaterialistischen" issues (der ökologisch und pazifistisch orientierten "neuen" Mittelklasse besonders junger Wählerschichten) erfolgreich fortzusetzen.

In zahlreichen tagespolitischen Maßnahmen und Statements der Regierungen Hawkes und seines Nachfolgers Keating spiegelt sich dieses Lavieren wieder. Auch der "neue Republikanismus", den Keating anlässlich des Besuchs der Queen im Februar 1992 demonstrierte, scheint Teil eines solchen taktischen Kalküls zu sein: Premier Keating, ursprünglich vom rechten Labor-Flügel kommend, setzt wohl vor allem deswegen auf die anti-monarchistische Karte, um die ob seines wirtschaftsfreundlichen Kurses erboste Linke zu besänftigen. Sollte Labor die nächsten Wahlen gewinnen, so ist es durchaus wahrscheinlich, daß im Jahre 2001 (anlässlich des 100. Jahrestages der Staatsgründung) die Monarchie abgeschafft und Australien eine Republik wird. Innerhalb der sozialdemokratischen Parteien ist damit die australische Labor Party eine mit einem dezidiert pragmatischen und integrativen Profil. Ihr zurückgelegter Weg - weitab von Europa - zeigt eigenständige Wesensmerkmale, die sie zu einer interessanten Variante sozialdemokratischer Regierungspolitik machte und immer noch macht.

¹ vgl. Jupp, James 1982, Party Politics, Australia 1966-1981, Sydney: Allen & Urwin, S. 138
² vgl. Freney, Denis 1983, Australien - Die Destabilisierung einer weißen Regierung, in: Dhunjibhoy, R./Hübner, K.L. (Hrsg.), Unterwanderung - Von Angola bis Nicaragua, Wuppertal: Peter Hammer Verlag

Weiterhin lieferbare Titel aus dem **SPW-Verlagsprogramm**

- Ich bestelle:
- Expl. Josef Hindels, **Marxismus und Gegenwart** Berlin 1985 (2. Auflage); 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück.
 - Expl.: **FRAUENBILDER**. Die weibliche Wirklichkeit ist anders Hrsgg. von den JungsozialistInnen Berlin, Berlin 1986; Ergebnisse eines Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, 80 Seiten mit Fotos, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.
 - Expl.: **Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken**. Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa Hrsgg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, Berlin 1982; mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten Fotowettbewerblichen Linken, 160 Seiten, Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM.
 - Expl.: **Herforder Thesen**. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD Hrsgg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Berlin 1981 (2., überarbeitete Auflage); Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Grundlegende Positionsbestimmung von MarxistInnen in der SPD zu Beginn der 80er Jahre, anknüpfend an den marxistischen Traditionen in der deutschen wie auch internationalen Sozialdemokratie.
 - Expl.: **Sozialismus der Zukunft**. Grundlagen für das neue Programm der SPD Hrsgg. von Detlev Albers, Frank Heidenreich, Heinrich Lienker und Kurt Neumann, Berlin 1988; mit Beiträgen von Diether Dehm, Jürgen Egerl, Katrin Fuchs u.a., 185 Seiten, Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.
 - Expl.: **Projekt Moderner Sozialismus**. 53 Thesen Hrsgg. von Susi Möbbeck, Fieta Saß und Birgit Zoerner, Berlin 1989; Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM. In 53 Thesen formulierten marxistische Jusos in der SPD Bausteine für eine zeitgemäße Gesellschaftsanalyse und eine moderne sozialistische Strategie.
 - Expl.: **Vorwärts, rückwärts, seitwärts ... Das Lesebuch zur SPD-Organisationsreform** Hrsgg. von Peter von Oertzen und Susi Möbbeck, Köln 1991, 190 Seiten, Ladenpreis 19,80 DM
 - Expl.: **Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik** Bausteine für einen neuen Internationalismus. Hrsg. v. Katrin Fuchs und Joachim Schuster, Köln 1992, 164 Seiten, Ladenpreis 19,80 DM

spw-Hefte 1, 3-29: Ladenpreis je 9,80 DM, für AbonnentInnen je 5,- DM.
spw-Hefte 30-50: Ladenpreis je 9,50 DM, für AbonnentInnen je 7,50 DM.
Ab spw-Heft 51: Ladenpreis je 7,- DM, für AbonnentInnen je 7,- DM.

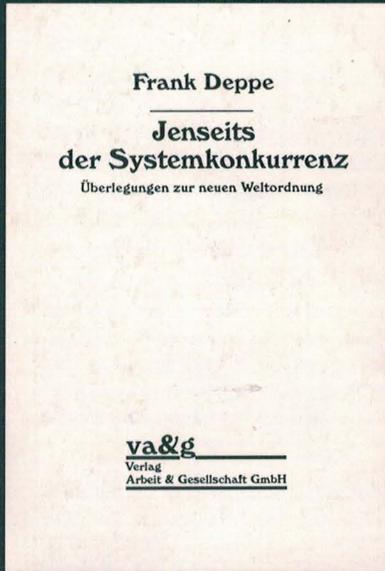
- Ich bestelle Expl. spw-Hefte Nr.
 Ich zahle nach Erhalt der Rechnung (Preise zzgl. Versandkosten von 1,50 DM).
 Ich zahle mit Verrechnungsscheck (versandkostenfrei).

Name, Vorname _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Datum, Unterschrift _____

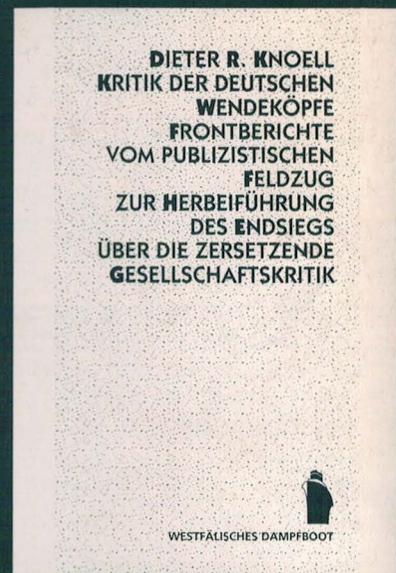
NEUE LITERATUR

hat **spw** für seine Leserinnen und Leser ausgesucht. Wer sich ein **spw**-Abonnement bestellt (oder ein solches vermittelt), erhält - als kostenlose Beigabe zur neuen Zeitschrift - ein neues Buch.

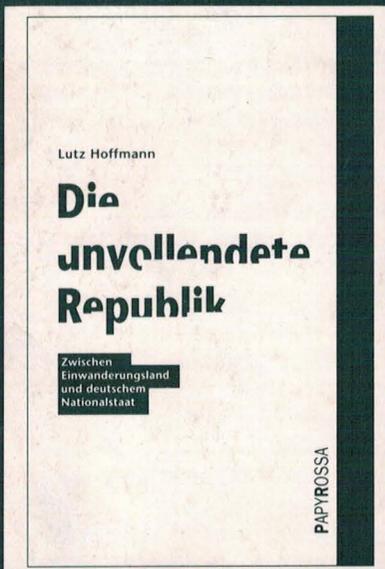
Aktuell zur Auswahl:



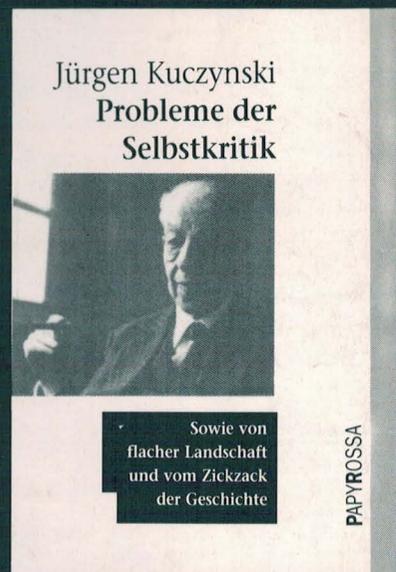
Nr. 1/1993
Frank Deppe,
Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung.
Marburg 1991 (Verlag Arbeit und Gesellschaft), Ladenpreis DM 22,-



Nr. 2/1993
Dieter R. Knoell,
Kritik der deutschen Wendeköpfe. Frontberichte vom publizistischen Feldzug zur Herbeiführung des Endsiegs über die zersetzende Gesellschaftskritik,
Münster 1992 (Verlag Westfälisches Dampfboot), Ladenpreis DM 19,80



Nr. 3/1993
Lutz Hoffmann,
Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat,
2., aktualisierte und erweiterte Auflage,
Köln 1992 (PapyRossa Verlag),
Ladenpreis DM 24,-



Nr. 4/1993
Jürgen Kuczynski,
Probleme der Selbstkritik. Sowie von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte,
Köln 1991, (PapyRossa Verlag), Ladenpreis DM 24,-